

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 21 / 63
22. Mai 1963

Hundert Jahre
deutsche Arbeiterbewegung

Gerhard A. Ritter, Dr. phil., B. Litt (Oxon), o. Professor, geb. 29. März 1929 in Berlin, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft (unter besonderer Berücksichtigung der historischen Grundlagen der Politik) an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900, 2. Aufl., Berlin 1963; Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein Verfassungsgeschichtlicher Vergleich, Tübingen 1962; mit Sir Ivor Jennings: Das britische Regierungssystem, Köln und Opladen 1958; diverse Aufsätze über Fragen der Neueren Geschichte und des „Comparative Government“.

Ernst Schraepler, Dr. phil., geb. 29. Juni 1912 in Berlin, Oberassistent, dann Kustos am Lehrstuhl für Geschichte der Humanistischen Fakultät an der Technischen Universität Berlin. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte, Mitherausgeber von: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Berlin 1958 ff.

Ulrich Dübber, geb. 2. Januar 1929 in Berlin, Dipl. Pol., Dr. phil., Rundfunkkorrespondent in Bonn. Veröffentlichung: Parteienfinanzierung in Deutschland, Köln—Opladen 1962.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands 1863 — 1914¹⁾

Zum 100. Jahrestag der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die als die Geburtsstunde der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung gelten kann, werden in dieser Ausgabe drei Beiträge veröffentlicht. — Die Autoren geben eine Darstellung der Geschichte vornehmlich des demokratischen Sozialismus in Deutschland. Die hier vertretenen wissenschaftlichen Auffassungen stellen selbstverständlich weder die offizielle Meinung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch die der herausgebenden Stelle dar.

I. Die Sozialdemokratie im Zeitalter Bismarcks

Die politische und soziale Situation zur Zeit der Gründung des

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863

Vor hundert Jahren, am Spätnachmittag des 23. Mai 1863, wurde im Pantheon zu Leipzig von einer kleinen Gruppe von Delegierten, die die Arbeitervereine von elf deutschen Städten — Leipzig, Hamburg, Harburg, Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Solingen, Frankfurt, Mainz und Dresden — vertraten, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet²⁾.

Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands bildete sich damit in einer Welt, in der der revolutionäre, radikaldemokratische Republikanismus Mazzinis in Süditalien einen fruchtbaren Boden fand, in der die junge russische Intelligenz immer leidenschaftlicher gegen die überkommene Ordnung des Zarenreiches protestierte und in der der amerikanische Bürgerkrieg in sozialistischen Zirkeln Europas als Klassenkampf gedeutet wurde³⁾. Auch in Deutschland waren nach der politischen Erstarrung der Reaktionszeit von 1851 bis 1858, durch das Beispiel der italienischen Einigung und des Beginns der neuen Ära in Preußen geschürt, die 1848/49 gescheiterten Bestrebungen nach nationaler Einheit und politischer Freiheit wieder aufgeflammt und

hatten zur Politisierung der Bevölkerung und zur Neubildung politischer Parteien geführt. Wirtschaftlich hatte die Konjunktur der fünfziger Jahre den Untergang der Kleinbetriebe und die Bildung von Fabriken beschleunigt und mit der damit verbundenen zunehmenden Proletarisierung der Handwerkerschaft — an die Stelle des von seinem Meister sozial und wirtschaftlich noch kaum geschiedenen Gesellen tritt der im Lebensstil

Gerhard A. Ritter:

**Die politische Arbeiterbewegung
Deutschlands 1863—1914 Seite 3**

Ernst Schraepler:

**Die deutsche politische
Arbeiterbewegung
von 1914 bis 1945 Seite 27**

Ulrich Dübber:

**Die deutsche Sozialdemokratie
nach 1945 Seite 52**

1) Der vorliegende Artikel beruht — vor allem für die Zeit nach 1890 — auf dem Buch des Verfassers „Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900“. Bd. III der „Studien zur Europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin“, Berlin² 1963.

2) Über die Gründungsversammlung vgl. den bei Wilhelm Schröder (Hrsg.), Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909, München 1910, S. 400 ff. abgedruckten Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Leipzig.

3) Für die Situation zur Zeit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vgl. den instruktiven Aufsatz von Horst Lademacher, Zu den Anfängen der Deutschen Sozialdemokratie 1863—1878, in: International Review of Social History [Neue Folge], Bd. 4, 1959, S. 239 ff.

und Klasseninteresse vom Unternehmer getrennte Fabrikarbeiter — die notwendigen sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung einer unabhängigen sozialistischen Arbeiterbewegung geschaffen.

Die Trennung der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie

Die ersten selbständigen Regungen der deutschen Arbeiterschaft in der vorwiegend bürgerlich-liberalen und nationalen Revolution von 1848/49⁴⁾ waren politisch ohne Gewicht geblieben. Die Mehrzahl der Arbeiter — soweit sie sich nicht überhaupt als unbeteiligte Zuschauer verhielten — stand unter der Führung der linksradikalen demokratischen Kräfte im Bürgertum.

4) Vgl. darüber Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 158 ff.

Mit der Neubelebung der deutschen Politik um 1860 wurde zunächst versucht, diese alte Allianz von Bürgertum und Arbeiterschaft neu zu zementieren, das Proletariat mit dem bestehenden Wirtschaftsgefüge zu versöhnen und in die liberale Bewegung einzubeziehen. Die Gründung zunächst unpolitischer Arbeiterbildungsvereine und die Bestrebungen des Vertreters der liberalen Fortschrittspartei, Franz Hermann Schulze-Delitzsch, die Handwerker und Arbeiter für seine Idee der Lösung der sozialen Frage durch freien genossenschaftlichen Zusammenschluß und Selbsthilfe zu gewinnen, sollten diesem Zweck dienen.

Die Auflösung der gemeinsam von allen Klassen getragenen demokratischen Volksbewegung der 48er Revolution — die die Hinwendung der Arbeiterschaft zum Sozialismus und das Erlahmen der demokratischen Tendenzen im Bürgertum zur Folge hatte —, vollzog sich in zwei Stufen⁵⁾, deren erste, die Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als Sammelbecken für die mit der Fortschrittspartei unzufriedenen Arbeiter Preußens und der norddeutschen Kleinstaaten, das Ergebnis der politischen Arbeit Ferdinand Lassalles, des ersten Präsidenten des Vereins, darstellt. Der 1825 geborene Sohn eines jüdischen Seidenkaufmanns hatte bereits in seiner Schulzeit mit demokratischen Bestrebungen sympathisiert und war 1848 wegen seiner revolutionären Aktivität einige Monate inhaftiert worden. Seit seinem Universitätsstudium Junghegelianer, hat Lassalle⁶⁾ in der Folgezeit in zwei bedeutenden wissenschaftlichen Werken über „Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos“ (1858) und „Das System der erworbenen Rechte“ (1861) — eine brillante Abhandlung über das Eigentum — seine Lebensphilosophie entwickelt, ehe er sich 1862/63, als der preußische Verfassungskonflikt seinen ersten Höhepunkt erreichte, der aktiven Politik zuwandte.

Geistreich, lebenswürdig und hochbegabt — aber auch ehrgeizig, egoistisch, dem Luxus nachjagend und nicht ohne Eitelkeit — hat Lassalle in der kurzen Frist bis zu seinem frühen, durch ein Duell wegen einer Liebesaffäre herbeigeführten Tod im August 1864

5) Vgl. dazu die noch immer grundlegende Arbeit von Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863—1870), Leipzig 1911

6) Für die Persönlichkeit und die Ideen Lassalles s. Hermann Oncken, Lassalle, Eine politische Biographie, Stuttgart und Berlin³ 1920 Für sein politisches Vorgehen vgl. ferner den bedeutenden Aufsatz von Gustav Mayer, Zum Verständnis der politischen Aktion Lassalles, in: International Review for Social History [alte Folge], Bd. 3, 1938, S. 89 ff.

mit seiner Agitation und seinen Ideen weite Teile der Arbeiterschaft aus ihrer politischen Interesselosigkeit geweckt und die Keimzelle einer großen sozialistischen Partei gelegt.

Im Gegensatz zu dem von ihm heftig angegriffenen Schulze-Delitzsch vertrat Lassalle die Ansicht, daß die Arbeiter aus eigener Kraft allein nicht imstande wären, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Auf Grund eines „ehernen“ ökonomischen Gesetzes werde der durchschnittliche Arbeiterlohn immer wieder auf den Betrag reduziert, der „zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung“ der Arbeiter unbedingt erforderlich sei. Allein durch die Bildung von großen Produktionsgenossenschaften, in denen die Arbeiter als ihre eigenen Unternehmer den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhielten, könne die Wirkung dieses grausamen Lohngesetzes beseitigt werden. Die Aufgabe des Staates, der für Lassalle die treibende Kraft für den Kulturfortschritt der Menschheit ist, sei es nun, sich der Sache der Arbeiter fördernd anzunehmen und ihnen die Mittel zur Selbstorganisation und zum Aufbau der benötigten großen Fabriken zu geben.

Diese skizzierte Lösung der sozialen Frage setzte aber eine grundlegende politische Reform — die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts durch die unermüdliche Agitation der Arbeiterschaft — voraus. Erst durch eine Demokratisierung der gesetzgebenden Körperschaften könne der Staat bestimmt werden, seine Pflichten gegenüber den Arbeitern zu erfüllen und den Sozialismus zu verwirklichen⁷⁾.

Lassalle, der im Kommunistischen Manifest von Marx sein Glaubensbekenntnis sah, ging in seiner Politik von der Vorstellung eines nicht zu überbrückenden Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bürgertum aus. In der Wendung gegen das politische Übergewicht des Bürgertums und in der hohen Einschätzung der Rolle des Staates ergaben sich Berührungspunkte mit Bismarck, dem auf der Höhe des preußischen Verfassungskonflikts ein Bundesgenosse im Rücken der vom Dreiklassenwahlrecht in Preußen profitierenden liberalen Fortschrittspartei politisch zupaß kam.

Die berühmten Verhandlungen zwischen Bismarck und Lassalle verliefen im Sande, da der sozialistische Agitator dem preußischen Staats-

7) Für diese Grundideen Lassalles vgl. sein zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führendes programmatisches „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ (1863), abgedruckt in: Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften, hrsg. v. Ludwig Maenner, Berlin 1926, S. 211 ff.

mann nicht genug bieten konnte. Der geistliche Traum des Republikaners Lassalle von einem revolutionären sozialen Volkstönigtum, das sich mit Hilfe der Arbeiter gegen den „Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft“ setzen würde⁸⁾, blieb unverwirklicht. Die Frage aber, ob damals noch die Chance bestanden habe, den die deutsche Geschichte in der Folgezeit so verhängnisvoll belastenden Gegensatz zwischen Staat und Arbeiterbewegung zu vermeiden, ist eines der Kernprobleme der deutschen Geschichte.

Der bald zum Nachfolger Lassalles gewählte Frankfurter Anwalt Johann Baptist von Schweitzer⁹⁾, der aus dem kleinen Verein Lassalles erst eine zur politischen Aktion befähigte Partei machte, versuchte, an der Zusammenarbeit mit Bismarck festzuhalten. Die Versöhnung zwischen liberalem Bürgertum und preußischem Staat 1866 und das mangelnde Interesse der Konservativen für die Idee eines sozialen Königtums entzogen jedoch dieser Politik den realen Boden. Schweitzer selbst sah sich bald heftigen Angriffen in der Arbeiterschaft ausgesetzt, die sich gegen seine preußen-freundliche Politik und seine fast diktatorische Leitung des seit seiner Gründung streng zentralistisch organisierten Vereins¹⁰⁾ wandten.

Im August 1869 wurde schließlich als zweite Stufe der Loslösung selbständiger Arbeiterparteien vom demokratischen Flügel des bürgerlichen Liberalismus in Rivalität zur Organisation Schweitzers auf einem Kongreß in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet. Sie setzte sich zusammen aus der kleinbürgerlichen Sächsischen Volkspartei, abgesplitterten Lassalleanern sowie den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, der 1863 zunächst als Bollwerk des Bürgertums gegen die proletarische Bewegung geschaffen worden war, aber bald sozialistische Tendenzen aufwies.

Im Programm der neuen Partei verbanden sich die demokratischen Ideen des bürgerlichen Radikalismus mit marxistischem Gedankengut und Zugeständnissen an die Lassalleaner¹¹⁾. Im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Ar-

beiterverein war die Partei scharf antipreußisch und ein Anhänger der großdeutschen Lösung der Frage der nationalen Einigung. Auch in der Betonung der internationalen Solidarität der Arbeiter, in der scharfen Ablehnung der bestehenden Staaten als Instrument der Klassenherrschaft und in der relativ lokaleren Form der Organisation, die den örtlichen Parteigruppen eine bessere Entfaltungsmöglichkeit gab¹²⁾, unterschieden sich die Eisenacher von den Lassalleanern.

Liebkecht und Bebel

Die führenden Köpfe der neuen Partei waren der Journalist Wilhelm Liebkecht und der Drechsler August Bebel. Der 1826 in Gießen geborene, früh verwaiste Liebkecht entstammte einer bürgerlichen Gelehrtenfamilie. Während der Schulzeit in Gießen und während des Universitätsstudiums zu extremen republikanischen und kommunistischen Theorien bekehrt, hat der junge Liebkecht in der Revolution von 1848 an dem gescheiterten Versuch der Schaffung der Republik Baden führend mitgewirkt. In den folgenden 13 Jahren hat er sich in London in enger Berührung mit Marx und Engels sein theoretisches Rüstzeug angeeignet, ehe er auf Grund einer Amnestie 1862 nach Deutschland zurückkehrte. Kurze Zeit bis zum Bruch mit Schweitzer als Vertrauensmann von Marx und Engels in der Redaktion des „Sozialdemokrat“, des Zentralorgans der Lassalleaner, in Berlin wirkend, kam Liebkecht nach seiner Ausweisung aus Preußen 1865 in Leipzig mit dem 14 Jahre jüngeren Bebel in Berührung, dessen Mause rung zum Sozialisten er beschleunigte.

Der nach dem frühen Tod seines Vaters, eines preußischen Unteroffiziers, und seines Stiefvaters, eines Gefängnisaufsehers, in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsene Bebel¹³⁾ hatte über einen katholischen Gesellenverein, dem er sich — obwohl Protestant — in seinen Wanderjahren anschloß, und einen Leipziger Arbeiterbildungsverein den Weg zur Politik gefunden. Als politischer Taktiker mit einem Sinn für Realitäten, als geschickter Parlamentarier und glänzender Organisator war er Liebkecht, der bis zu seinem Tode 1900 die deutsche Politik nach dem unzulänglichen Maßstab seiner 48er Erfahrungen beurteilte, weit überlegen. Bebel wurde so der eigentliche Baumeister der neuen Partei, die 1870 — als den gemeinsamen nationalpolitischen Konzeptionen durch den Deutsch-

12) Vgl. das Organisationsstatut der Partei, in: Schröder, Parteiorganisation, S. 66 ff.

13) Über Bebels Lebensweg vgl. seine leider nur bis 1882 reichende Autobiographie: Aus meinem Leben, 3 Teile, Stuttgart 1910—14.

8) Vgl. den von Lademacher abgedruckten Brief Lassalles an Bismarck vom 8. 6. 1863.

9) Gustav Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909.

10) Abdruck des „Statuts“ und der „Grundzüge des Geschäfts- und Verwaltungsreglements“ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 23. 5. 1863 in: Wilhelm Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912, S. 60 ff.

11) Abdruck bei Schröder, Handbuch, S. 464 f.

Französischen Krieg 1870/71 jede Hoffnung auf Verwirklichung genommen wurde — endgültig die noch vorhandenen Brücken zur bürgerlichen Demokratie abbrach.

Die Sozialdemokratie im Deutsch-Französischen Krieg

Bebel und Liebknecht — seit 1867 im Reichstag des neugeschaffenen Norddeutschen Bundes — haben im Gegensatz zu den zunächst für die geforderten Kriegskredite stimmenden Lassalleanern sofort nach Ausbruch des Krieges ihre „Neutralität“ durch Stimmenthaltung zum Ausdruck gebracht. Als nach dem deutschen Sieg von Sedan der Krieg auch gegen die neugegründete Französische Republik fortgesetzt wurde und die Pläne zur Annexion Elsaß-Lothringens immer deutlicher zu erkennen waren, haben sie diesmal zusammen mit den Lassalleanern gegen die geforderten neuen Kriegskredite gestimmt und zur Organisation großer Kundgebungen gegen jede Annexion aufgerufen. Ihr mutiges Auftreten gegen die Welle patriotischer Hochstimmung haben die Sozialdemokraten beider Richtungen mit einer schweren Niederlage in den Reichstagswahlen von 1871 — nur Bebel konnte sein Mandat behaupten — bezahlen müssen. Die tieferen Ursachen, die die Entstehung politischer Arbeiterorganisationen begünstigt hatten, verstärkten sich aber durch die jetzt einsetzende Beschleunigung der Industrialisierung, so daß das Wachstum der Partei nur vorübergehend unterbrochen wurde.

Die Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher und das Sozialistengesetz

Die scharf antisozialistische Politik Bismarcks nach den Erfahrungen der Pariser Kommune und der Rücktritt Schweitzers von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1871 ebneten schließlich den Weg für die durch eine zweijährige Festungshaft Bebels und Liebknechts¹⁴⁾ noch einmal verzögerte organisatorische Verschmelzung der beiden deutschen Arbeiterparteien auf dem Kongreß von Gotha 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

In dem Vereinigungsprogramm¹⁵⁾ hatten — wie Marx in einer von den Parteiführern bis 1891 unterdrückten vernichtenden Kritik an der „Heiligsprechung der Lassalleschen Glau-

14) Für den vorangegangenen Prozeß vgl. Wilhelm Liebknecht, Der Leipziger Hochverratsprozeß, Nachdruck der 2. Aufl., Berlin 1911. Dieses Buch, das eine Reihe von Dokumenten abdruckt, ist eine der wichtigsten Quellen zur Frühgeschichte der Eisenacher.

15) Schröder, Handbuch, a. a. O., S. 467 ff.

bensartikel“ im einzelnen nachwies¹⁶⁾ — die Vorstellungen Lassalles noch einen starken Niederschlag gefunden. Das allmähliche Zurücktreten dieser Ideen und das innere Zusammenwachsen der beiden konstituierenden Gruppen der neuen Partei war eine Folge des Sozialistengesetzes, das 1878 nach zwei Attentaten auf den Kaiser, die der Sozialdemokratie unberechtigt zur Last gelegt wurden, vom Reichstag verabschiedet wurde. Mit diesem Ausnahmegesetz wollte Bismarck die sich rasch ausbreitende Sozialdemokratie zerschlagen, ehe sie dem Staat selbst gefährlich werden konnte.

Alle selbständigen Arbeiterorganisationen wurden verboten, ihre Zeitungen — die Partei verfügte bereits über 51 Blätter — wurden mit zwei Ausnahmen unterdrückt und die Versammlungsfreiheit aufs äußerste beschränkt. Etwa 900 führende Persönlichkeiten der Partei wurden während der Dauer des Gesetzes 1878—1890 aus ihren Wohnsitzen ausgewiesen und gegen 1500 zeitweilig ins Gefängnis geworfen¹⁷⁾. Neben diesen Unterdrückungsmaßnahmen versuchte aber Bismarck auch durch eine für die damalige Zeit großzügige soziale Gesetzgebung — die Einführung der staatlichen Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung — die Arbeiter mit ihren materiellen Interessen an das Deutsche Reich zu binden und so der sozialdemokratischen Agitation das Wasser abzugraben.

Die Politik Bismarcks ist gescheitert. Nach dem ersten Schock, der Tendenzen zu einer Kapitulation aufkommen ließ¹⁸⁾, wurde die Sozialdemokratie als Geheimorganisation neu aufgebaut. Die ersten örtlichen Organisationen wurden zunächst als Rauch- oder Kartenklubs getarnt oder entstanden in Anlehnung an die nicht aufgelösten Hilfskassen der früheren Gewerkschaften. Später gaben die mit der mildereren Handhabung des Sozialistengesetzes nach 1884 neu entstehenden gewerkschaftlichen Fachvereine und Arbeiterwahlvereine den Rahmen der lokalen Parteioorganisation. In vielen Orten wurde ein Lokal zum Treffpunkt der sozialdemokratisch Gesinnten und der Wirt zum Führer der Partei des Ortes. Die für ein Jahr völlig abgerissene

16) Karl Marx, Aus dem Nachlaß, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, in: Neue Zeit, 1890/91, Bd. IX, 1, S. 561 ff.

17) Die wichtigste veröffentlichte Quelle für die Parteigeschichte 1878—90 ist die Denkschrift des Parteivorstandes: Nach 10 Jahren, Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, I. Historisches, London 1889, II. Die Opfer des Sozialistengesetzes, London 1890.

18) Vgl. Kurt Brandis, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Leipzig 1931, S. 50 ff.

Verbindung der Parteimitglieder der einzelnen Orte mit der Parteiführung, die auf die Reichstagsfraktion und ihren Vorstand übergang, wurde durch den im Ausland hergestellten und nach Deutschland eingeschmuggelten „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der Partei, sowie durch die Auslandskongresse in Wyden (Schweiz) 1880, Kopenhagen 1883 und St. Gallen 1887 neu geknüpft. Weiterhin bildeten sich in den achtziger Jahren schlagkräftige illegale regionale Organisationen, die es der Parteiführung eines Gebietes ermöglichten, eine Mobilisierung der Parteimitglieder für bestimmte Aktionen innerhalb kürzester Zeit zu veranlassen. Die Schaffung regionaler Organisationen und die Stärke der Stellung der in dieser Zeit bewährten lokalen und regionalen Parteiführer ist ein Erbe der Zeit des Sozialistengesetzes für die spätere Parteiorganisation. Schließlich wurde auch die lokale Presse langsam unter geschickter Umgehung der Bestimmungen des Sozialistengesetzes wieder aufgebaut.

Das Vordringen der Sozialdemokratie bis 1890

Es war in jener Zeit des Sozialistengesetzes von 1878—90, daß die Sozialdemokratie sich zu einer großen Massenpartei der Industriearbeiter und Handwerker entwickelte. Der Schwerpunkt der Eisenacher hatte zunächst bei den wirtschaftlich rückständigen Handwerkern in den halbländlichen Distrikten Sachsens gelegen. Die Lassalleaner dagegen hatten ihre ersten Zentren in Schleswig-Holstein und in Städten des Niederrheins. Erst in den Wahlen von 1877 war es den Sozialdemokraten gelungen, in den Großstädten Nord- und Ostdeutschlands fest Fuß zu fassen. In den Jahren des Sozialistengesetzes konnte die Sozialdemokratie ihren Aktionsradius auf Süddeutschland, wo vor 1878 nur wenige Städte von der Parteiorganisation erfaßt worden waren, ausdehnen und auch im Ruhrgebiet erste größere Wahlerfolge erringen. Die während des Sozialistengesetzes übliche Ausweisung sozialistischer Agitatoren hat dabei die Verbreitung sozialistischer Ideen und die Gründung neuer Organisationskerne nur gefördert.

Die Ausbreitung der Partei spiegelt sich in den Ergebnissen der Reichstagswahlen der achtziger Jahre wider¹⁹⁾. Hatte die Wahl von 1881 aufgrund der scharfen Überwachung durch die Behörden noch einen Rückschlag gebracht, so konnte die Partei bei den folgenden Reichstagswahlen von 1884 und 1887 große Gewinne verbuchen. 1890 wurde die Sozialdemokratie schließlich mit fast 20 Pro-

zent der abgegebenen Stimmen zur größten Partei Deutschlands und gleichzeitig zum ersten Beispiel einer sich über das ganze Reichsgebiet erstreckenden politischen Massenorganisation. Das Muster der von der Sozialdemokratie praktizierten modernen Methoden der Propaganda und der Massenorganisation ist schließlich auch von den anderen deutschen Parteien nachgeahmt worden. So schuf sich das Zentrum 1890 im Volksverein für das katholische Deutschland eine Hilfsorganisation zur politischen Beeinflussung der katholischen Wähler, während der Massenanhang der Konservativen von dem 1893 gegründeten Bund der Landwirte organisiert wurde. Auch die Liberale Partei ging langsam dazu über, ihren Charakter als reine Honoratiorenpartei abzustreifen und eine eigene Massenorganisation aufzubauen²⁰⁾.

Die Folgen des Sozialistengesetzes

Hat so das Sozialistengesetz das Wachstum der Partei, deren erfolgreiches Vorbild zu einer grundlegenden Veränderung des deutschen Parteienwesens führte, nicht aufhalten können, so hat es doch den Charakter der Sozialdemokratie und ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat geprägt. Die Erfahrungen jener Jahre, wachgehalten durch die ständige Furcht vor einer Welle neuer Verfolgungen waren eine Hypothek, die die Politik der Partei auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 noch entscheidend belastete. Vor allem die älteren Sozialdemokraten, die in dieser Zeit des Kampfes ihre sozialistische Rekrutenausbildung durchgemacht hatten und nach 1890 die Kader der Partei bildeten, behielten einen starken Vorbehalt gegenüber dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft, der immer wieder in entscheidenden Momenten zum Durchbruch kommen sollte. Die verhängnisvolle Kluft zwischen Arbeiterschaft und Staat, die in den Jahren des Sozialistengesetzes aufgerissen worden war, hatte sich noch Jahrzehnte später nicht wieder völlig geschlossen.

Die während der Dauer des Sozialistengesetzes von außen aufgezwungene Isolierung der sozialistischen Arbeiterschaft bestärkte dabei als natürliche Reaktion die Selbstisolierung der Partei, die von der Berührung mit anderen Kräften eine Verwässerung ihrer Prinzipien und eine Aufgabe des Klassencharakters der Bewegung befürchtete. Der für die deutsche Sozialdemokratie der Zeit vor 1914 so kennzeichnende Charakter der Par-

20) Für den inneren Aufbau der deutschen Parteien der behandelten Zeit vgl. jetzt: Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

19) Vgl. dazu Anhang I.

tei als Staat im Staate erhielt in jenen Jahren des Sozialistengesetzes seine Prägung. In den lokalen Partei- und Gewerkschaftsvereinen fand der sozialistische Arbeiter nicht nur eine Organisation zur Wahrnehmung seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen, sondern eine geistige Heimat und eine Gemeinschaft Gleichgesinnter, deren gesellschaftliches Leben auch seine Freizeit bestimmte. Die Arbeiterorganisationen aber erhielten einen Stamm erprobter und ihnen ergebener Mitglieder, denen keine andere Partei etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Es entwickelten sich die typischen Ehrbegriffe der Arbeiter, ihr Gefühl für Solidarität und Disziplin, ihre Opferbereitschaft, ihr Sinn für Gerechtigkeit und ihre Hingabe an die Ziele der Arbeiterbewegung.

Ein weiteres Erbteil der Zeit des Sozialistengesetzes war das Vordringen des Marxismus, dessen Analyse des Staates als eines Instruments der herrschenden Klassen durch die praktische Politik bestätigt zu werden schien. Gleichzeitig aber setzte sich die Partei aufs

schärfste von allen anarchistischen Bestrebungen ab²¹). So rücken gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes die Propaganda für die Reichstagswahlen und die vor allem als Agitation verstandene parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten — die einzig übriggebliebenen legalen Betätigungsfelder der Partei — noch stärker als bisher in den Mittelpunkt der politischen Arbeit. Als Konsequenz dieser Entwicklung wurde die revolutionäre Zielsetzung in der Praxis immer mehr von der konkreten Reformarbeit in den Hintergrund gedrängt. Durch die Wahlerfolge zur Zeit des Sozialistengesetzes bestätigt, wurde dann diese Taktik der Konzentration des Emanzipationskampfes des Proletariats auf die politische Aktion im Wahlkampf und in den Parlamenten, die die deutsche Sozialdemokratie zur ersten großen Massenpartei der Arbeiterschaft der ganzen Welt gemacht hatte, zum Vorbild für die in den Jahren vor 1914 in Mittel-, Nord- und Westeuropa aufkommenden sozialistischen Parteien.

II. Die politische Arbeiterbewegung von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges

Staat und Arbeiterschaft nach 1890

Das Jahr 1890 markiert für den deutschen Sozialismus und seine Partei — die Sozialdemokratie — den Abschluß einer alten und den Beginn einer neuen Epoche. Das Sozialistengesetz, das die Partei zwölf Jahre lang schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt hatte, wurde nicht verlängert. Mit Bismarck war der gefährlichste Gegner der Partei gestürzt, und der Kaiser selbst verkündete in zwei Erlassen vom 4. Februar 1890²²) ein großzügig konzipiertes Programm sozialer Reformen, das den sozialpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie weitgehend entgegenkam. Dieser von einigen Gruppen der hohen Beamtenschaft mit großem Elan aufgegriffene Versuch, die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und der revolutionären Agitation unter den Arbeitern den Boden zu entziehen, führte zur Grundlegung der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung und zum Ausbau der Gewerbeinspektion. Alle weiterreichenden Bestrebungen scheiterten aber an der Uneinigkeit der Regierung, am Widerstand der betroffenen Interessen und der von Augenblickseinflüssen abhängigen schwankenden Haltung des Kaisers, dessen kurzfristig

entflammtes Interesse an Fragen der Sozialpolitik bald wieder erlosch.

Mit der Umsturzvorlage 1894/95 und der Zucht-hausvorlage, die allerdings am Widerstand des Reichstags scheiterten, wurde erneut mit einer Unterdrückungspolitik gedroht, ehe die Regierung schließlich nach der Jahrhundertwende in die Bahnen einer vorsichtigen, von patriarchalischen Ideen getragenen sozialen Fürsorgepolitik einlenkte²³). Die Politik des „Neuen Kurses“ blieb so auf dem Gebiet der Arbeiterpolitik, wie in anderen Bereichen, in Ansätzen stecken. Sie zeigte, daß von Ausnahmeerscheinungen, wie dem preußischen Handelsminister Freiherrn von Berlepsch und seinen engsten Mitarbeitern, abgesehen, bei den sozial bestimmenden Schichten noch keine Bereitschaft bestand, mit dem alten System der Fürsorge und der Wohltaten zu brechen und den tieferen Antrieben der Arbeiterbewegung — dem Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung und Mitbestimmung bei der Entscheidung ihrer Anliegen — Verständnis entgegenzubringen.

22) Über die Februarerlasse vgl. Hermann Bollnow, Wilhelms II. Initiative zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Entlassung Bismarcks, in: Aspekte sozialer Wirklichkeit, Berlin 1958, S. 94 ff.

21) Vgl. den „Bericht über die Verhandlungen des Parteitagcs der Deutschen Sozialdemokratie“, St. Gallen 1887, S. 58 ff.

23) Über die staatliche Sozialpolitik vgl. Karl Erich Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, Wiesbaden 1957, sowie Peter Rassow und Karl Erich Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890—1914, Wiesbaden 1959.

Durch den Zickzackkurs ihrer Arbeiterpolitik und die grundsätzliche Weigerung, die Sozialdemokratie und die von ihr beeinflussten Freien Gewerkschaften als politische und wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter zu akzeptieren und zu tolerieren, nahm sich die Regierung auch die Chance, die innere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Das Erfurter Programm und die Grundzüge der Parteitaktik

Durch die Festigung und den Ausbau ihrer Organisation und vor allem durch die Annahme des berühmten Erfurter Parteiprogramms von 1891²⁴⁾ glaubte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — wie sie sich jetzt nannte — für die neu an sie herantretenden Aufgaben gewappnet. Im Erfurter Programm wurden die an Lassalle anklingenden Formulierungen des alten Gothaer Programms von 1875 ausgemerzt. Gleichzeitig wurde der Marxismus zur alleinigen offiziellen Ideologie der Partei erhoben.

Die Durchdringung der europäischen und besonders der deutschen Arbeiterbewegung mit marxistischen Gedankengängen war im wesentlichen das Werk von Friedrich Engels. Seine zuerst 1877/78 in einer Aufsatzreihe veröffentlichte Schrift gegen den sozialistischen Privatdozenten Karl Eugen Dühring — der sogenannte „Anti-Dühring“ — begründete eine marxistische Schule und wurde zur „weltanschaulichen Grundschrift des dialektischen Materialismus“²⁵⁾. In der deutschen Sozialdemokratie wurde besonders Karl Kautsky — ein Österreicher tschechischer Abstammung, der mit Engels bis zu dessen Tode in engem Kontakt stand — zum Vorkämpfer des Marxismus. In der „Propagandierung, Popularisierung und ... Fortführung der wissenschaftlichen Resultate Marxschen Forschens und Denkens“²⁶⁾ sah er nach seinen eigenen Worten sein Lebenswerk. In seinem Streben nach einer einheitlichen Weltanschauung faßte Kautsky die von ihm redigierte wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, „Neue Zeit“, als ein Organ des Marxismus auf, das rivalisierende Weltanschauungen bekämpfen und den Marxismus den Massen einhämmern sollte. Als theoretisches Gewissen der Partei hatte Kautsky einen bedeutenden und oft verhäng-

nisvollen Einfluß auf die Festlegung der Parteipolitik, die er völlig einseitig nach dem Maßstab des von ihm interpretierten Marxismus beurteilte. Ganze Gebiete der Politik konnten für die Partei gar nicht oder erst spät erschlossen werden, da der von Kautsky benutzte Schlüssel des Marxismus für sie nicht paßte.

Hatte schon der Anti-Dühring von Engels als ein „Filter“ gewirkt, der wesentliche Elemente des Marxismus nicht durchließ²⁷⁾, so stellte der Kautskyanismus eine weitere Verflachung, Einengung und Umformung der Lehren von Marx dar. An die Stelle der Dialektik im Marxismus wurde von Kautsky die Evolution gesetzt. Die die aktive Rolle des Proletariats betonenden revolutionären Bestandteile wurden ausgeklammert. Schließlich wurde der Marxismus im Verständnis Kautskys fast völlig auf eine Diagnose der nur durch den Sozialismus heilbaren Krankheitserscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft und auf eine Prognose der mit naturgesetzlicher Sicherheit zu bestimmenden weiteren Entwicklung reduziert.

Der Glaube an den von der Theorie vorhergesagten, naturnotwendigen und von selbst erfolgenden Zusammenbruch des Kapitalismus sollte auch das taktische Vorgehen der Partei bestimmen. Für die Führer der deutschen Sozialdemokratie — wie für Engels — war die Voraussetzung einer erfolgreichen Revolution die Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung²⁸⁾. In der vorrevolutionären Epoche lag daher die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Propagierung des Sozialismus und in der Organisation des Proletariats, durch die die Position der Sozialdemokratie für den Endkampf, über dessen Form man sich kaum Gedanken machte, ständig verbessert wurde. Die Organisations- und Propagandaarbeit der Sozialdemokratie hatte damit in der Theorie ein revolutionäres Vorzeichen.

Die Führer der Sozialdemokratie waren aufgrund der Ideologie der Partei der Überzeugung, daß die Zeit für sie arbeite. Nicht die Partei, sondern ihre Gegner würden schließlich — verzweifelt über die unaufhaltsame Verstärkung der sozialistischen Bewegung als Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung

27) Vgl. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus, in: Marxismus-Studien, 2. Folge, S. 157.

28) Vgl. dazu Engels' Einleitung zu Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850, in: Marx-Engels, Ausgewählte Schriften, Berlin 1953, Bd. 1, S. 107 ff. — Nicht der leninistische Typ einer Kaderpartei der Berufsrevolutionäre, sondern der von der deutschen Sozialdemokratie repräsentierte Typ einer Massenpartei der Arbeiterschaft entsprach den Vorstellungen Engels' von einer revolutionären Partei.

24) Schröder, Handbuch, a. a. O., S. 470 ff.

25) S. Iring Fetscher, Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, in: Marxismus-Studien, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 41.

26) Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, 2., durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe ..., hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 90.

— die Initiative zum Entscheidungskampf ergreifen.

Die optimistische Einschätzung der Situation und die daraus abgeleitete Taktik des Abwartens erklärt auch die doppelte Frontstellung der Partei in den Auseinandersetzungen mit den „Jungen“, die mit der Provozierung eines verfrühten Zusammenstoßes mit den herrschenden Gewalten vor der Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung eine Niederwerfung der Partei riskieren würden, und dem bayerischen Sozialistenführer Vollmar, dessen Taktik die Arbeiter mit der kapitalistischen Gesellschaft versöhnen würde.

Die Oppositionsbewegung der „Jungen“

Die von links kommende Oppositionsbewegung der sogenannten „Jungen“ richtete sich gegen die angebliche Diktatur der Parteiführer und die nach ihrer Ansicht immer deutlicher werdende Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer opportunistischen kleinbürgerlichen Reformpartei. Die radikalsten und konsequentesten Elemente dieser lokal differenzierten und völlig uneinheitlichen Bewegung lehnten die Mitarbeit der Sozialdemokratie in Parlamenten und Stadtverordnetenversammlungen ab und propagierten eine anarchistische Kampfweise. Das Bedeutsame an dieser Bewegung, die weder eine einheitliche revolutionäre Taktik noch eine zusammenhängende Theorie herausbildete, ist jedoch nicht ihre sachliche Kritik an der Partei und auch nicht ihre äußerst verschwommenen Vorstellungen, sondern vielmehr die in der Opposition zum Ausdruck kommenden Ressentiments der alten Parteigenossen gegen die jetzt nach dem Ende der Kampfzeit des Sozialistengesetzes zur Partei stoßenden Neulinge. Es ist der Parteiführung — vor allem dank des persönlichen Einsatzes von Bebel — jedoch gelungen, die sich anbahnende Verbindung der Vorurteile der Prätorianergarde des Sozialismus mit den revolutionären Phraseologien der intellektuellen Vertreter der „Jungen“ aufzulösen, den Stamm der alten Mitglieder, die sich mit ihrer Kritik nicht außerhalb des Parteirahmens stellen wollten, wieder an sich zu fesseln und die so isolierten Sprecher der Opposition auf dem Parteitag in Erfurt 1891 zum Austritt aus der Sozialdemokratie zu provozieren ²⁹⁾.

Georg von Vollmar und die Begründung des Reformismus

Sehr viel gewichtiger als diese zu einer sektiererischen Haltung tendierende Linksoption waren die von einem erheblichen Teil der süddeutschen Sozialdemokratie unterstütz-

ten Bemühungen Georg von Vollmars, den neuen reformfreundlichen Kurs der Regierung Capravis mit einem Wandel der Politik der Sozialdemokratie zu honorieren.

Vollmar, eine mächtige Bauerngestalt mit einem feinen sensiblen Gesicht, ein volkstümlicher Agitator und ein Meister der ausgewogenen, geschliffenen Rede im Parlament, war der unbestrittene Führer der bayerischen Sozialdemokratie. Seine Rede vom 1. Juni 1891 über „Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie“ im Eldorado-Palast in München wurde das grundlegende Programm aller Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die sich unter Verzicht auf theoretische Erörterungen auf den Boden des bestehenden Staates stellten und in praktischer Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften versuchten, die Demokratisierung Deutschlands zu beschleunigen. Vollmar forderte die Konzentration der gesamten Kraft der Sozialdemokratie auf die Herbeiführung konkreter Reformen — wie z. B. die Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Erringung eines demokratischen Vereinsrechts und die Beseitigung der Lebensmittelzölle ³⁰⁾. Gleichzeitig deutete er an, daß die Sozialdemokraten im Falle eines Angriffs von außen bereit wären, ihr Vaterland zu verteidigen.

Bebels Kritik an den Ansichten Vollmars ging davon aus, daß das Paktieren mit den herrschenden Gewalten das Rückgrat der Partei brechen, den Klassenkampf lähmen und die Partei zu einem Zeitpunkt mit der kapitalistischen Gesellschaft verbinden würde, in dem deren Untergang unmittelbar bevorstehe. „Ich bin überzeugt“, so rief er auf dem Erfurter Parteitag 1891 den Delegierten zu, „die Verwirklichung unserer Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden“ ³¹⁾. Auch aus anderen Zeugnissen von Bebel und Engels wissen wir, daß sie fest mit einem Sieg des Sozialismus im Laufe der nächsten zehn Jahre rechneten ³²⁾.

Die wuchtige Auseinandersetzung zwischen Vollmar und Bebel wurde schließlich ohne endgültige Entscheidung abgebrochen. Weder war es Vollmar gelungen, seinen Ansichten in der Gesamtpartei zum Durchbruch zu verhelfen, noch hatte Bebel, der Protagonist in diesem Streit, eine Isolierung seines Gegenspielers erreichen können. Es hatte sich ge-

30) Georg von Vollmar, Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1891, S. 11 ff.

31) Protokoll, S. 172.

32) Für Engels vgl.: „Le Socialiste“ vom 25. III. 1891; der Sozialismus in Deutschland, Neue Zeit, Bd. X, 1, S. 583.

29) Protokoll des Erfurter Parteitages 1891, S. 318.

zeigt, daß Vollmar in der Gefolgschaft der bayerischen und den Sympathien der übrigen süddeutschen Sozialdemokraten eine Stütze fand, die es ihm ermöglichte, die Herrschaft des Parteivorstandes in den nächsten Jahren in Süddeutschland weitgehend zu mediatisieren. In den inneren Parteikämpfen der nächsten Jahre, die immer wieder den gespannten Zustand des Waffenstillstandes unterbrachen, war Vollmar als Antipode Bebels die zentrale Figur.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bis 1894

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes hatte auch für die deutschen Gewerkschaften, die — mit der Ausnahme einiger früher gebildeter Fachvereine³³⁾ — am Ende der sechziger Jahre durch die Hebammendienste politischer Parteien begründet worden waren, eine grundsätzliche Neuorientierung zur Folge.

Die sozialdemokratisch beeinflussten Verbände, die nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes verboten und meist völlig zerrieben worden waren, wurden in den späten achtziger Jahren während der lascheren Handhabung des Sozialistengesetzes im allgemeinen unter Bruch mit der Kontinuität von einer neuen Schicht von Gewerkschaftsführern neu begründet. Mit der Schaffung der unter der Leitung von Carl Legien stehenden „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“³⁴⁾, der Entscheidung für die Organisation in gewerkschaftlichen Zentralverbänden statt in örtlichen Vereinigungen und dem Aufkommen der ersten großen Industrieverbände, die die Arbeiterschaft verschiedener Berufe organisierten, wurde schließlich in den schwierigen Jahren der wirtschaftlichen Krise 1890—94 die organisatorische Grundlage des sozialistischen Flügels der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der über zwei Drittel der organisierten Arbeiter umfaßte, gelegt.

Das Verlangen nach einer strikten Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Sozialdemokratie führte auf dem Parteitag in Köln 1893 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Partei- und Gewerkschaftsführern, in denen Bebel — bestimmt von der Erwartung des sozialistischen Zukunftsstaates — den baldigen Niedergang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung als Folge der Kon-

zentration des Kapitals und der sozialpolitischen Gesetzgebung des Staates, die die Gewerkschaften aus ihrem eigentlichen Tätigkeitsbereich verdrängen, prophezeite³⁵⁾. Selbst Legien, der ein Jahr zuvor auf dem Parteitag in Berlin vergeblich versucht hatte, eine Resolution durchzusetzen, die die Parteimitglieder zum Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ihres Berufes verpflichtete³⁶⁾, verteidigte die Bedeutung der Gewerkschaften als „Vorschule für die politische Bewegung“ und als „Erziehungsanstalt“ der Partei nur unter Hinweis auf ihre Dienste für die Sozialdemokratie³⁷⁾.

Tatsächlich sollten jedoch die Diskussionen des Kölner Parteitages den Ausgangspunkt einer allmählichen Loslösung der Gewerkschaften von der Bevormundung durch die politische Partei, die durch das Desinteresse der Sozialdemokratie selbst provoziert wurde, bilden. Vom Aufschwung der wirtschaftlichen Konjunktur und der industriellen Expansion nach 1895 mitgerissen, konnte die Gewerkschaft ihre Mitgliederzahl erhöhen, ihre Organisationen festigen, ihren Tätigkeitsbereich ausdehnen und schließlich eine der Sozialdemokratie gleichberechtigte, wenn nicht sogar führende Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung erringen.

Die Agrarfrage und die Ausdehnung der Partei 1890—1912

Die Sozialdemokratie hatte nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes damit gerechnet, in kurzer Frist eine Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen und auch die preußische Armee durch Infizierung mit sozialistischen Gedanken für einen Bürgerkrieg aktionsunfähig zu machen. Diese Hoffnungen sollten sich nicht verwirklichen, da es der Partei trotz aller Bemühungen nicht gelang, wesentliche Einbrüche in die traditionellen Herrschaftsbereiche anderer Parteien zu erzielen.

Besonders bedeutsam war das Scheitern des zunächst mit großem Elan unternommenen Versuches, den Einfluß der Partei auf die Agrargebiete des Reiches auszudehnen und damit die Sozialdemokratie — bisher eine Minderheitspartei der gewerblichen Arbeiter — zu einer echten Volkspartei zu machen. Die von den süddeutschen Sozialdemokraten initiierte leidenschaftliche parteiinterne Diskussion der möglichen Reformen für die Landwirtschaft legte die tiefsten sozialen und geistigen Wurzeln der Partei bloß, führte aber zu keinem praktischen Ergebnis. Der von einer Parteikommission ausgearbeitete Entwurf eines

33) Es handelte sich dabei um die Organisationen der Buchdrucker, Tabakarbeiter, Schneider und Zimmerer.

34) Vgl. Paul Umbreit, 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890—1915. Erinnerungsschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1915, S. 7 ff.

35) Protokoll des Parteitages, S. 201.

36) Protokoll, S. 221 f.

37) Protokoll, S. 183 f.

Agrarprogramms, der einen Schutz der bäuerlichen Betriebe vorsah, wurde schließlich auf dem Parteitag von Breslau 1895 auf Betreiben Karl Kautskys, des Gralshüters des Marxismus, abgelehnt. Derartige Maßnahmen, so argumentierte Kautsky, ließen sich nicht mit der marxistischen Lehre vereinbaren, nach der die Bauern eine zum Untergang verurteilte soziale Schicht darstellten³⁸⁾. Die Mobilisierung der Bauern als Anhang der Konservativen war damit unvermeidbar und hat die Chancen zu einer Verwirklichung des Sozialismus durch die Gewinnung einer Reichstagsmehrheit praktisch zunichte gemacht. Tief resigniert über den Beschluß des Parteitages schrieb Bebel an den österreichischen Sozialistenführer Victor Adler: „Im Eifer zu verwerfen hat man dann auch Forderungen verwerfen, die man vernünftigerweise gar nicht verwerfen konnte, nicht verwerfen durfte und deren Verwerfung auf dem Lande — und ich rechne mit keinen anderen Elementen dort neben den Landarbeitern als mit den Kleinbauern — den allerbösesten Eindruck macht, sogar bei den halb Tagelöhnern, halb Bauern. Das allerschlimmste aber war die Motivierung der Ablehnung, die, da mögen die Vertheidiger der Resolution K. [= Kautsky] sagen was sie wollen, eine prinzipielle Ablehnung jeder Forderung zu Gunsten der Bauern, auch solcher, die uns nichts kosten, bedeutet. ... Die Breslauer Beschlüsse verlängern unsere Wartezeit um mindestens 10 Jahre, aber dafür haben wir das ‚Prinzip‘ gerettet.“³⁹⁾

Auch die weiteren, der Organisations- und Propagandaarbeit der Sozialdemokratie 1890 gesteckten Ziele — die Durchdringung der ostelbischen Landarbeiter mit sozialistischen Ideen, die Gewinnung der in ihrer Mehrheit vom Zentrum politisch erfaßten katholischen Industriearbeiter und die Erfassung der im Reichsgebiet ansässigen polnischen Arbeiter⁴⁰⁾ — ließen sich nicht verwirklichen.

Die Partei, die zunächst ihren Stimmenanteil und die Zahl der gewonnenen Mandate ständig vergrößerte, erhielt bei dem von nationalen Parolen bestimmten Wahlkampf von 1907 erstmals seit 1881 einen Rückschlag, konnte jedoch bei den folgenden Wahlen von 1912, die unter ungewöhnlich günstigen Umständen für die Partei abgehalten wurden, mit 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und 110

gewonnenen Mandaten noch einmal ihre bisherigen Wahlerfolge übertrumpfen⁴¹⁾. Damit war aber auch — sofern nicht völlig neue Schichten der Bevölkerung gewonnen wurden — der Sättigungsgrad der Partei erreicht.

Das deutliche Abstoppen des Wachstumsprozesses der Sozialdemokratie seit der Mitte der neunziger Jahre und die damit verbundene Suche nach neuen Wegen zur Ausübung und Erweiterung der von der politischen Arbeiterbewegung repräsentierten, aber nicht eingesetzten Macht bildet dann auch eine wesentliche Ursache der das innere Parteileben der folgenden Jahrzehnte mitbestimmenden Auseinandersetzungen über die Theorie und Taktik der Partei.

Eduard Bernstein und der Revisionismus

Im Verlauf der Diskussionen über das Agrarprogramm hatte der hessische Sozialist Dr. Eduard David, zum Nachweis der ökonomischen Existenzfähigkeit der kleinbäuerlichen Wirtschaften, als erster führender Vertreter der Partei die Allgemeingültigkeit der Marxschen Lehre von der fortschreitenden Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe angegriffen⁴²⁾. Seine Arbeiten bildeten den Ansatzpunkt der seitdem nicht mehr abreißenden Diskussion um die Revision der marxistischen Glaubenssätze.

Die Zusammenfassung der in der Mitte der neunziger Jahre immer stärker werdenden Kritik an der doktrinären Erstarrung der traditionellen Parteianschauungen unter dem Schlagwort des Revisionismus täuscht eine Einheitlichkeit der oppositionellen Gruppen vor, die in den positiven Anschauungen durchaus nicht gegeben war. Tatsächlich zerfällt der „Revisionismus“ in eine Fülle von differen-

41) Vgl. Anhang I. Die aus der dort wiedergegebenen Tabelle klar hervorgehende Diskrepanz zwischen dem relativ hohen Stimmenanteil der Sozialdemokratie und dem viel niedrigeren Anteil an gewonnenen Mandaten beruht im wesentlichen auf zwei Faktoren. Erstens war es für die sozialdemokratischen Kandidaten schwierig, den aufgrund des absoluten Mehrheitswahlrechts erforderlichen Anteil von über 50% der in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen zu gewinnen, da die bürgerlichen Parteien sich in den häufig notwendigen Stichwahlen meist gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zusammenschlossen. Zweitens wurde die Sozialdemokratie durch die Wahlkreiseinteilung des Reiches benachteiligt, die auf Bevölkerungszahlen von 1867 beruhte und die durch die Industrialisierung und die Abwanderung in die großen Städte eingetretenen Bevölkerungsverschiebungen nicht berücksichtigte.

42) Vgl. Davids Artikelserie in der Wochenzeitung „Sozialdemokrat“, Nr. 28—35 (9., 16., 23., 30. August, 6., 13., 20., 27. September 1894). David hat seine Ansichten später in seinem Werk „Sozialismus und Landwirtschaft“, 1. Bd., Berlin 1903, untermauert.

38) Protokoll des Parteitages, S. 124 ff.

39) Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 194.

40) Diese Aufgaben wurden der Sozialdemokratie ausdrücklich von Bebel in einem grundlegenden Referat auf dem Parteitag in Halle 1890 — dem ersten seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes — gesetzt (Protokoll, S. 39 f.).

zierten Strömungen und Gruppen, die, meist aus der Praxis bestimmter engerer Arbeitsbereiche heraus, irgendeinen Punkt der Theorie und der Taktik der Sozialdemokratie der kritischen Betrachtung unterwerfen.

Der erste systematische Versuch, den durch die offizielle Parteitheorie in ihrer Arbeit eingengten Praktikern der Partei und der Gewerkschaften eine theoretische Grundlage ihrer Tätigkeit zu geben, geht auf Eduard Bernstein⁴³⁾, einen langjährigen Freund und Mitarbeiter von Karl Kautsky und Friedrich Engels, zurück. Der 1850 in Berlin geborene Sohn eines jüdischen Lokomotivführers hatte während des Sozialistengesetzes von 1881 bis 1890 das offizielle Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“ zunächst in Zürich und dann in London mit großem Geschick redigiert. Bernstein, einer Persönlichkeit von unbedingter innerer Wahrhaftigkeit und intellektueller Integrität, waren im Verlaufe der neunziger Jahre immer stärkere Zweifel an der Richtigkeit der Lehren von Marx gekommen. Seine Wandlung vom orthodoxen Marxist zum führenden Revisionisten der Sozialdemokratie bewirkten zunächst einmal die genaue Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Englands als des am weitesten entwickelten kapitalistischen Industrielandes sowie die Demonstration der Lebensfähigkeit des Kapitalismus in den Jahren der wirtschaftlichen Konjunktur nach 1895. Ein vertieftes wissenschaftliches Studium und die intensive Berührung mit dem nicht vom Marxismus geprägten Sozialismus der Fabier und der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens waren weitere Antriebe in diesem intellektuellen Gärungsprozeß.

Seine von der offiziellen Parteimeinung abweichenden Ansichten — zuerst veröffentlicht in einer Reihe von Aufsätzen in der „Neuen Zeit“ 1896—98⁴⁴⁾ — fanden ihren klarsten Ausdruck in dem 1899 erschienenen, vielbeachteten Buch über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“.

43) Über Bernsteins Leben vgl. seine Memoirenwerke: Aus den Jahren meines Exils, Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin 1918; Erinnerungen, Berlin 1929.

44) Bernstein, Problem des Sozialismus, Eigenes und Übersetztes, Neue Zeit, 1896/97, Bd. XV, 1, S. 164 ff., S. 204 ff., S. 303 ff., S. 772 ff.; Bd. XV, 2, S. 100 ff., S. 138 ff. Vgl. weiterhin die gleichfalls in der „Neuen Zeit“ erschienenen Aufsatzreihen „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft“ und „Das realistische und das idealistische Moment im Sozialismus“. Besonders aufschlußreich für die innere Entwicklung Bernsteins sind die im Adler-Briefwechsel abgedruckten Briefe an Bebel vom 20. 10. 1898 und Adler vom 3. und 28. 3. 1899 (a. a. O., S. 258 ff., 287 ff. und S. 305 ff.).

Bernsteins Kritik an den philosophischen Grundlagen des Marxismus lief im wesentlichen auf die Verwerfung der Hegelschen Dialektik, die nach seiner Meinung kein integraler Bestandteil der Marxschen Lehre sei, und auf die Ablehnung einer rein materialistischen Begründung des Sozialismus hinaus. Als Philosoph war Bernstein ein reiner Eklektiker und äußerst unklar.

Seine Zweifel am Marxismus beruhen aber in erster Linie auch nicht auf philosophischen Erwägungen, sondern darauf, daß der von Marx vorhergesagte Entwicklungsverlauf der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit der an Hand von Statistiken untersuchten tatsächlichen Entwicklung übereinstimmte. Weder die Marxsche Lehre von der zunehmenden Konzentration der Produktion und des Besitzes, noch die Theorie von dem Verschwinden der Mittelschichten und der zunehmenden Verelendung des Proletariats könnten absolute Gültigkeit beanspruchen. Da Bernstein auch die Auffassung, daß die kapitalistische Produktionsweise notwendig zu ständig verheerender wirkenden Wirtschaftskrisen führe, bezweifelte, wurde so der von Kautsky in den Mittelpunkt der Parteitheorie und der Parteipolitik gestellten Lehre von der naturnotwendigen Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft der Boden entzogen.

In Verbindung mit seiner Kritik an der Zusammenbruchstheorie bezweifelte Bernstein auch die Einheitlichkeit des Proletariats als einer Klasse. So schreibt er in einem Rechtfertigungsbrief an Bebel vom Oktober 1898: „Es gibt so wenig ein einheitliches Proletariat, wie es ein einheitliches Volk oder einen einheitlichen dritten Stand gegeben hat. Sie sind nur einheitlich in bestimmten Gegensätzen und unter bestimmtem Druck. Je mehr er nachläßt, desto differenzierter verhalten sie sich...“⁴⁵⁾ Indem Bernstein die den Zusammenbruch aufhaltenden bzw. verhindernden Erscheinungen und Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund der Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse aufzeigte, erwies er sich in seinem methodischen Vorgehen als Marxist. Auch für Marx sollten ja politische Entscheidungen auf der Analyse der tatsächlichen Klassensituation beruhen. Eine Abweichung von Marx liegt jedoch darin, daß Bernstein den wissenschaftlichen Charakter des Sozialismus aufgibt⁴⁶⁾. Nach Marx will der Sozialist das aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnis Unabwendbare und Notwendige. Für Bernstein ist

45) Brief an Bebel vom 20. 10. 1898, in: Adler, Briefwechsel, a. a. O., S. 261.

46) Besonders deutlich wird das in dem 1901 vor Berliner Studenten gehaltenen Vortrag: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? Berlin 1901.

eine sozialistische Ordnung nicht mehr unabwendbar und notwendig, sondern ein Ziel des vorwiegend von ethischen Motiven getragenen Wollens. Der tiefere Antrieb der Tätigkeit Bernsteins — und darin ist er dem französischen Sozialistenführer Jean Jaurès im innersten verwandt — war sein stark ausgeprägtes und von humanitären Impulsen getragenes Rechtsgefühl: „Wenn wir uns genau prüfen“, so schreibt er an Victor Adler am 3. März 1899, „so ist es nicht der hypothetische Zukunftsstaat, der uns zu Sozialisten macht, auch nicht der Ausblick auf die große allgemeine Expropriation, sondern unser Rechtsgefühl. Dieses aber, das Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit, ist, soweit ideelle Kräfte in Betracht kommen, das dauernde Element in der Bewegung, das alle Wandlungen in der Doktrin überlebt, aus dem sie zu allen Zeiten immer wieder neue Kraft schöpft.“⁴⁷⁾

Vom Angelpunkt der Betonung der Lebensfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft ausgehend, kam Bernstein nun nicht zu der Überzeugung, daß der Sozialismus nicht verwirklicht werden könne, sondern entwickelte vielmehr in positivem Umschlag seiner Kritik die Idee einer stufenweisen Einführung des Sozialismus durch die praktische Reformarbeit von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die Verwirklichung des Sozialismus war für Bernstein nicht das Ergebnis einer punktuellen Katastrophe oder eines revolutionären Impulses, sondern ein sich in der Gegenwart vollziehender, langsamer aber ständiger Prozeß der Umformung der kapitalistischen Gesellschaft im Sinne des Sozialismus. Die Demokratie war das wichtigste Instrument zur Beschleunigung dieser Entwicklung und zugleich die Substanz der erstrebten neuen sozialistischen Gesellschaft.

Die gesamte Konzeption Bernsteins gipfelte in der Betonung der Bedeutung der praktischen Gegenwartsarbeit der sozialistischen Organisationen, in der er das schlechthin einzige Mittel zum organischen Aufbau des sozialistischen Staates der Zukunft sah. Im Interesse einer Verstärkung des realen Einflusses der Partei forderte Bernstein daher von der Sozialdemokratie die Emanzipation von ihrer überlebten revolutionären Phraseologie. Die Partei solle das scheinen wollen, was sie in Wirklichkeit sei, „eine demokratische sozialistische Reformpartei“⁴⁸⁾. Die Überwindung der Kluft zwischen der revolutionären Theorie und der

reformistischen Praxis durch die Anpassung der Theorie an die reale Politik der Partei war also das Anliegen Bernsteins.

Die Reaktion auf die Thesen Bernsteins und die Politik des Parteizentrums

Die zugespitzten Thesen Bernsteins haben in der Sozialdemokratie eine vielschichtige, sich über Jahrzehnte erstreckende leidenschaftliche Diskussion über die Theorie und die Taktik der Partei ausgelöst, die die Herauskristallisierung verschiedener Grundrichtungen in der Partei beschleunigte.

Das unmittelbare Echo auf die Ideen Bernsteins war — wenn man von einem kleinen Kreis von sozialistischen Intellektuellen absieht — in der Sozialdemokratie im Gegensatz zu der begeisterten Aufnahme seiner Ideen in bürgerlichen Kreisen fast durchweg negativ. Selbst die in der politischen Gegenwartsarbeit aufgehenden reformistischen Sozialdemokraten, denen Bernstein eine theoretische Rechtfertigung ihrer an die bestehenden Verhältnisse anknüpfenden Reformversuche geben wollte, sahen in der grellen Beleuchtung ihrer seit Jahren unauffällig verfolgten praktischen Arbeit eine taktische Ungeschicklichkeit. So schrieb der zu dieser Gruppe gehörende langjährige Parteisekretär und nüchterne Taktiker Ignaz Auer an Bernstein: „Hältst Du es wirklich für möglich, daß eine Partei, die eine 50 Jahre alte Literatur, eine fast 40 Jahre alte Organisation und eine noch ältere Tradition hat, im Handumdrehen eine solche Wendung machen kann? Speziell seitens der maßgebenden Parteikreise so zu handeln, wie Du es verlangst, hieße einfach die Partei sprengen, jahrzehntelange Arbeit in den Wind streuen. Mein lieber Ede, das, was Du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man. Unsere ganze Tätigkeit — sogar auch die unter dem Schandgesetz (gemeint ist das Sozialistengesetz Bismarcks) — war die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Reformpartei. Eine Partei, die mit den Massen rechnet, kann auch gar nicht anders sein.“⁴⁹⁾

Die führenden Reformisten sahen also in dem Vorgehen Bernsteins ein Einrennen offener Türen, das ihre praktische Reformarbeit erschwerte, indem es sie überflüssigerweise in die Schußlinie der Auseinandersetzung mit dem Marxismus trieb. Tatsächlich führte die Kampfstellung gegen Bernstein vielfach dazu, daß die konkrete Gegenwartsarbeit abgewertet und als Alternative zur Prinzipientreue aufgefaßt wurde.

47) Adler, Briefwechsel, a. a. O., S. 289.

48) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 165.

49) Abdruck des Briefes in dem Gedächtnisartikel Eduard Bernstein, Ignaz Auer, der Führer, Freund und Berater, Sozialistische Monatshefte, 1907, Bd. I, S. 345 f.

Der orthodoxe Marxismus im Sinne Kautskys und Bebels wurde durch Bernsteins Kritik in seinem Lebensnerv getroffen. Wenn man mit Bernstein das unaufhaltsame Anwachsen der Armee des Proletariats und den schließlich von selbst erfolgenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft bestritt, wurde die parteioffizielle Taktik des Abwartens unhaltbar. Obgleich die konkrete Entwicklung — die anhaltende Wirtschaftskonjunktur 1895 und die Fortdauer der Mittelschichten — die Richtigkeit der Analysen Bernsteins bewies, haben die in ihrer Vorstellungswelt erstarrten orthodoxen Marxisten sich in ihrer Polemik gegen Bernstein im wesentlichen auf die stereotype Wiederholung der angegriffenen Lehren von Marx beschränkt. Sie brachten nicht die Kraft auf, die Politik der Partei zu ändern, als sich herausstellte, daß die optimistische Einschätzung der Lage, auf der sie beruhte, falsch war. Das bedeutete aber, daß die von den orthodoxen Marxisten repräsentierte Parteimehrheit keine tragfähige Konzeption zur Eroberung der politischen Macht besaß. Einerseits wurde der von den Revisionisten und Reformisten vorgeschlagene Weg zur Gewinnung neuer Einflußsphären durch die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine alle Wählerschichten ansprechende Volkspartei und durch taktische Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften aus Sorge vor einer möglichen Verletzung der Reinheit der Prinzipien der Partei abgelehnt. Andererseits schreckte die Parteimehrheit — wohl auch aus Furcht vor einer möglichen Niederlage — vor der Vorbereitung revolutionärer Aktionen zurück.

Typisch dafür war, daß in der offiziellen sozialdemokratischen Theorie der Revolutionsbegriff völlig sinnentleert und verharmlost wurde. Für Kautsky war so jede große politische Erschütterung, die das Leben der Nation beschleunigte, eine Revolution, und die Sozialdemokratie eine revolutionäre, aber nicht eine Revolutionen machende Partei⁵⁰⁾. Diese Wortklauberei in der Erklärung des revolutionären Charakters der Partei ist kennzeichnend für das krampfhafteste Festhalten an radikalen Phrasen bei dem Fehlen jeder revolutionären Ausrichtung der Gegenwartsarbeit. Sie zeigt die ganze Unklarheit, Richtungslosigkeit und Inkonsistenz dieser schließlich das Parteizentrum bildenden Gruppe der orthodoxen Marxisten.

Die Grenzen ihrer politischen Konzeption wurden besonders deutlich, als die deutsche Sozial-

demokratie auf dem internationalen Sozialistenkongreß von Amsterdam 1904 versuchte, eine auf dem Parteitag in Dresden 1903 beschlossene Resolution gegen den Revisionismus⁵¹⁾ für die Parteien der 2. Internationale verbindlich zu machen. In scharfen Auseinandersetzungen mit Bebel warf dabei der große französische Sozialistenführer Jean Jaurès den deutschen Sozialdemokraten vor, daß ihre hinter starren theoretischen Grundsätzen verdeckte Impotenz und Machtlosigkeit das eigentliche Hindernis auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschritts und einen Gefahrenherd für den Frieden Europas darstelle⁵²⁾.

Für Kautsky und Bebel, wie überhaupt für die Verteidiger der überlieferten Grundanschauungen der Partei, bildete der Marxismus in der Praxis so nur noch einen Deckmantel für eine unfruchtbare Politik der Abstinenz, die auch das Gewicht der Sozialdemokratie als eine für die Völkerverständigung wirkende Kraft nicht genügend zur Geltung brachte.

Rosa Luxemburg und die Bildung eines linksradikalen Flügels

Im Gegensatz dazu war der von Rosa Luxemburg ausgehende Versuch, den offensichtlich klaffenden Widerspruch zwischen der revolutionären Theorie und der reformistischen Praxis der Partei durch eine revolutionäre Gesamtkonzeption zu überbrücken, nicht ohne Wucht und innere Geschlossenheit.

Die aus dem russischen Polen stammende jüdische Revolutionärin Rosa Luxemburg⁵³⁾ ist eine der fesselndsten Frauengestalten der modernen europäischen Geschichte. Sie verband einen eindringlichen scharfen Verstand und ein leidenschaftliches energiegeladenes Eintreten für ihre Ideen mit einer hingebungsvollen menschlichen Wärme, ohne daß man angesichts der ungeheuren Spannungen in ihrem Wesen das Gefühl eines inneren Bruches hat. Die tiefsten Wurzeln dieser mimosenhaft sensiblen, aber doch unbeugsamen Persönlichkeit und den Motor ihrer revolutionären Aktivität bildeten ihren unbändigen Haß gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, ihr Mitgefühl für die leidende Kreatur und ihre unmittelbare, nicht nur ab-

51) Protokoll des Parteitages, S. 133 ff., S. 419 f.

52) Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 1904, Berlin 1904, S. 35 ff.

53) Den besten Eindruck von ihrer Persönlichkeit vermitteln die nach ihrem Tode veröffentlichten Briefsammlungen: Briefe aus dem Gefängnis, Berlin 1920; Briefe an Karl und Luise Kautsky 1896 bis 1918, hrsg. von Luise Kautsky, Berlin 1923; Briefe an Freunde. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Hamburg 1950.

50) Vgl. Karl Kautsky, Ein sozialdemokratischer Katechismus, Neue Zeit, 1893/94 Bd. XII, 1, S. 368. Kautsky hat an seinen Auffassungen fast ohne Korrektur festgehalten (vgl. Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 241 ff.).

strakte Liebe zur Menschheit. Rosa Luxemburg hat die revolutionären Elemente des Marxismus vitalisiert und die theoretische Grundlegung und taktische Führung eines sich langsam herausbildenden linksradikalen Parteiflügels übernommen.

Ihre 1899 veröffentlichte Schrift „Sozialreform oder Revolution“, in der wir das erste Dokument dieser Parteiströmung zu sehen haben, wendet sich zwar formell im Namen der überlieferten Parteianschauungen gegen Bernstein, enthält aber tatsächlich bereits die verkappte Formulierung einer neuen revolutionären Taktik.

Der Unterschied zwischen den Ideen der Anhänger Bernsteins und der Konzeption der radikalen Linken ist durch die verschiedene Auffassung der von beiden Richtungen betonten praktischen Gegenwartsarbeit bedingt. Sah Bernstein in der Sozialreform ein Mittel zur allmählichen Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft mit sozialistischen Elementen, so lehnte Rosa Luxemburg die Idee einer Verwandlung des Meeres der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweise Hinzufügung der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit als absurd und phantastisch ab⁵⁴). Für sie war der praktische Kampf für Sozialreformen nur ein Weg zur Durchführung des proletarischen Klassenkampfes, ein Mittel zur Aufweckung der Massen. Zwar würden sich die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr denen der sozialistischen nähern; gleichzeitig aber würde durch die rechtlichen und politischen Verhältnisse eine starre Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft errichtet, die durch die Entwicklung der Sozialreform wie der Demokratie nur fester und starrer gemacht würde. Die einzige Möglichkeit zur Niederreißung dieser Wand sei „der Hammerschlag der Revolution“⁵⁵).

Wenn auch ihre Ansichten im einzelnen der offiziellen Parteiideologie nicht direkt zuwiderliefen, so war doch der revolutionäre Atem ihrer Sprache und die eindeutige Bejahung der Gewalt als Mittel der Revolution in der Partei neu. Wie Rosa Luxemburg in einem Brief von 1904 schrieb, dürfe sich die Reaktion auf den Revisionismus nicht darauf beschränken, die Partei in den „heimatlichen Stall der Prinzipienfestigkeit zurückzuführen“, vielmehr müßten die revolutionären Aspekte

der Taktik betont und weiterentwickelt werden⁵⁶).

Das Vorbild der russischen Revolution von 1905, schwere Arbeitskämpfe vor allem im Ruhrgebiet Januar-Februar 1905, die aus den romanischen Ländern übernommene Idee des politischen Massenstreiks der Arbeiter, das Aufkommen von Massenbewegungen zur Demokratisierung des Wahlrechts in den deutschen Einzelstaaten und besonders in Preußen, wo das bestehende Dreiklassenwahlrecht einseitig die besitzenden Schichten bevorzugte, sowie die Verschärfung des Kampfes gegen Militarismus und Nationalismus waren die Hauptantriebe für die Bildung und Konsolidierung eines linksradikalen Flügels in der Sozialdemokratie, der sich allerdings erst 1910 klar von der Parteiführung und dem Parteizentrum absetzte.

Die Debatte und die Anwendbarkeit des Massenstreiks als politisches Kampfmittel

Die Radikalen sahen nicht mehr im Wahlkampf und in der Parlamentstätigkeit, sondern im politischen Massenstreik das entscheidende taktische Kampfmittel der Sozialdemokratie. Auch die das Parteizentrum repräsentierende Führung der Sozialdemokratie hat die Idee des Massenstreiks als eines möglichen Kampfmittels der Arbeiterschaft 1905/06 formell akzeptiert. In der Praxis jedoch hat sie — mitbedingt durch die Opposition der Gewerkschaften und die Furcht vor einer Zerschlagung der Arbeiterorganisationen — nie ernsthaft an die Anwendung dieses Druckmittels zur Erzwingung einer Reform des Wahlrechts in Preußen oder gar zur Verhinderung eines Krieges gedacht. Während sogar einige der bedeutendsten Führer der Revisionisten wie Eduard Bernstein und der badenser Sozialistenführer Ludwig Frank im Streik ein brauchbares Instrument zur Erzwingung politischer Reformen und zur Aktivierung der latenten Macht der Sozialdemokratie sahen⁵⁷), war er für das Parteizentrum nur ein mögliches Defensivmittel zur Bekämpfung eines Anschlages auf das Koalitionsrecht oder das Reichstagswahlrecht. Selbst dann aber sollte ein etwaiger Massenstreik nur begrenzte, genau definierte Ziele verfolgen und — wie in einer Abmachung zwischen dem Parteivor-

56) Brief an Roland-Holst vom 17. 12. 1904, mitgeteilt in: Henriette Roland-Holst, Rosa Luxemburg, ihr Leben und Wirken, Zürich 1937, S. 216.
57) Für Bernstein vgl. Peter Gay, The Dilemma of Democratic Socialism, Eduard Bernstein's challenge to Marx, New York 1952, S. 234 f.; für Frank vgl. seine Rede auf dem Parteitag von 1913, Protokoll, S. 306 ff.

54) Sozialreform oder Revolution, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, hrsg. von Clara Zetkin und Adolf Warski, Bd. III: Gegen den Reformismus, Berlin 1925, S. 60 f.

55) Sozialreform oder Revolution, S. 61.

stand und der Generalkommission der Gewerkschaften ausdrücklich festgelegt wurde⁵⁸⁾ — von der Partei und Gewerkschaftsführung gemeinsam eingeleitet und mit straffer Disziplin von den Arbeiterorganisationen durchgeführt werden.

Man hat in dem Verzicht der Sozialdemokratie auf eine alleinige Bestimmung der Politik der Arbeiterbewegung eine Kapitulation der Partei vor den Gewerkschaften gesehen⁵⁹⁾. Tatsächlich aber war die Verpflichtung zum gemeinsamen Vorgehen lediglich ein Ausdruck der realen Machtverhältnisse, aufgrund derer die Partei nicht daran denken konnte, ohne die Unterstützung der Freien Gewerkschaften, die ihr an Mitgliederzahl und Geldmitteln weit überlegen waren⁶⁰⁾, einen Massenaufstand der Arbeiter erfolgreich durchzuführen. Nicht das Prinzip der Mitbestimmung der Gewerkschaften in politischen Fragen, sondern der von vielen Parteifunktionären und vor allem den orthodoxen Marxisten geteilte Mangel an politischem Machtwillen der meisten Gewerkschaftsführer und die Tendenz, die aufkommenden Fragen allzu einseitig nach den voraussichtlichen Rückwirkungen auf die Organisationsarbeit zu entscheiden, waren das Bedenkliche an der „Vergewerkschaftung“ der Sozialdemokratie, die mit der Vernachlässigung der ideellen Antriebe der politischen Arbeit und der einseitigen Beschränkung auf die Vertretung der materiellen Interessen der Arbeiterschaft sich selbst einen ihrer Lebensfäden abschnitt. Die von der Sozialdemokratie angestrebte Reform der Verfassungsstruktur des Reiches und Preußens erforderte nicht nur rechnerisches Abwägen, sondern auch politischen Elan und die Bereitschaft, Risiken einzugehen.

In scharfem Gegensatz zur Partei- und Gewerkschaftsführung sahen die Radikalen im Massenstreik eine spontane Erhebung der Arbeiterschaft als Vorstadium der Revolution und als Mittel zur revolutionären Schulung der unorganisierten Arbeiterschaft, auf die die

58) Vgl. das Protokoll des Parteitag von 1906, S. 306 und S. 473.

59) S. Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism*, Cambridge/Mass. 1955, S. 110.

60) 1906 hatten die Freien Gewerkschaften 1 689 709, die Partei dagegen nur 384 327 Mitglieder. Die Jahreseinnahmen des Parteivorstandes betrugen 810 917 Mk. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Ortsvereine der Partei schätzungsweise etwa weitere 2 Millionen Mk. einnahmen, ist doch die Gesamtsumme gering gegenüber der Jahreseinnahme von 41 602 939 Mk., die die Zentralverbände der Freien Gewerkschaften verbuchen konnten.

Radikalen ihre entscheidenden Hoffnungen setzten⁶¹⁾.

Die Eroberung der politischen Macht war bei Rosa Luxemburg und den meisten ihrer Anhänger nicht als Staatsstreich einer entschlossenen Minderheit gedacht, sondern als Folge des zähen revolutionären Kampfes einer großen und klassenbewußten Volksmasse. Die Bruchstelle der Konzeption Rosa Luxemburgs und des linken Parteiflügels, der 1911/12 — provoziert durch die Dämpfung der Massenstreikdebatte, die aus wahltaktischen Gründen erfolgende Zurückhaltung in der Marokkokrise 1911 und das Stichwahlabkommen mit dem Fortschritt 1912 — gegen den Parteivorstand rebellierte, war die Verkennung der wirklichen Einstellung der angeblich revolutionären Massen, als deren Wortführer sie sich ansahen. Rosa Luxemburgs Vorstellung einer „demokratischen Revolution“ entsprach im Gegensatz zu Lenins Idee — einer durch eine Minderheit von Berufsrevolutionären bewußt herbeigeführten und straff gelenkten Revolution — der von Engels dargelegten spätmarxistischen Auffassung der Revolution. Sie war aber undurchführbar, da sie auf einer falschen Einschätzung der politischen Verhältnisse beruhte. Trotz aller Kritik der Arbeiterschaft an der ungenügenden Berücksichtigung ihrer politischen und sozialen Forderungen war die Eingliederung der Arbeiter, — die an den Früchten des wirtschaftlichen Aufschwungs der beiden Jahrzehnte vor 1914 beteiligt worden waren — in den Staat und die Gesellschaft ihrer Zeit bereits so weit fortgeschritten, daß ein echter Resonanzboden für die Ideen Rosa Luxemburgs und ihrer politischen Freunde nicht gegeben war.

In der politischen Praxis entwickelte sich die Sozialdemokratische Partei unter fast unbekümmerter Beibehaltung der alten radikalen Schlagworte trotz des Widerstandes prinzipieller Bedenken immer weiter in der vorgezeichneten Richtung einer reformistischen Emanzipationspartei der Arbeiterschaft. Die langsame Umwandlung der Sozialdemokratie von einer Agitationspartei mit genau festgelegten theoretischen Richtlinien zu einer praktisch tätigen Reformpartei mit einer Vielfalt von durch die konkreten Verhältnisse nuancierten und wandelbaren Einzelansichten war auch die letzte Ursache der besonders in Süddeutschland immer deutlicher werdenden revisionistischen Bestrebungen.

Die agitatorischen Phrasen und radikalen Grundsätze waren das typische Kennzeichen einer Partei gewesen, die, jahrzehntelang auf

61) Typisch für diese Auffassung sind die Reden von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem Parteitag von 1910, Protokoll, S. 426 ff. und S. 447 ff.

den Reichstag als einzige Tribüne zur Vertretung ihrer Ideen angewiesen, auf die Fragen der konkreten Tagespolitik fast ohne jeden Einfluß blieb. Während nun in den letzten Jahren vor 1914 im Reichstag selbst mit der steigenden Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten an die Stelle der summarischen Behandlung der aufgeworfenen Fragen eine ernstere Prüfung und sachliche Einzelkritik trat, erschloß sich der Sozialdemokratie in den Selbstverwaltungskörperschaften der Sozialpolitik sowie den Landtagen und Gemeindevertretungen ein immer breiteres Arbeitsfeld, das, ungeeignet zu Propagandazwecken, ein großes Maß an sachlicher Einsicht und praktischem Können erforderte.

Die Sozialdemokratie in den deutschen Einzelstaaten

Um die Jahrhundertwende war die Sozialdemokratie in der Mehrzahl der Landtage der deutschen Einzelstaaten vertreten⁶²). Während im Reichstag die scharfen Gegensätze in den Fragen der Wehrpolitik, der auswärtigen Politik, der Kolonialpolitik sowie der Zoll- und Steuerpolitik einer positiven Mitarbeit der Sozialdemokratie enge Grenzen zogen, bestanden für die in den Kompetenzbereich der Landtage fallenden Fragen wie Sozial-, Kirchen- und Schulpolitik im allgemeinen keine unüberbrückbaren prinzipiellen Gegensätze zwischen der Regierung und der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien sowie der Sozialdemokratie. In geschickter Ausnutzung der Gegensätze zwischen den anderen Parteien — vor allem dem Zentrum und den Liberalen — gelang es der Sozialdemokratie in Staaten wie Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, Gotha und zunächst auch Bremen, die Landespolitik zu beleben und wesentliche Reformmaßnahmen durchzusetzen.

In den meisten Staaten stand der Kampf um eine Reform des Wahlrechts im Mittelpunkt der Arbeit der Partei. In Süddeutschland konnte die Sozialdemokratie in Bayern, Württemberg und Baden einen bedeutenden Einfluß auf die Schaffung neuer Wahlgesetze nehmen, die die Vorstellungen der Partei im wesentlichen verwirklichten. Im Gegensatz zu dieser Demokratisierung des Wahlrechts im Süden 1904—07 scheiterten alle Bestrebungen zur Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. In Sachsen, Braunschweig, Lübeck und Hamburg kam es sogar zu Wahlrechtsveränderungen, die den politischen Einfluß der Arbeiterschaft zugunsten privilegierter Gruppen noch stärker als bisher beschränkten. Der Unterschied im politischen und sozialen Klima

zwischen dem Süden, in dem die Sozialdemokratie mit bürgerlichen Kräften bei der Demokratisierung der Verfassung zusammenarbeiten konnte, und dem Norden, in dem die Partei weiterhin isoliert blieb und keine politischen Konzessionen erringen konnte, hat den bereits in den neunziger Jahren sichtbaren Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie Nord- und Süddeutschlands weiter verschärft. Es ist bezeichnend, daß die Kritik des Parteizentrums und der Radikalen an der reformistischen Praxis der süddeutschen Sozialdemokraten nicht an sachliche Einzelfragen der Landespolitik anknüpfte, sondern auf der Verschiedenartigkeit der Staatsauffassungen beruhte. Während die an der Festlegung der staatlichen Politik beteiligten süddeutschen Sozialdemokraten eine allmähliche Umwandlung des Staates durch den Einfluß der Arbeiterschaft für möglich hielten, tendierten die Sozialdemokraten in Norddeutschland, wo die Partei durch das die Arbeiter benachteiligende Wahlrecht aus den Landtagen ihrer Staaten ausgeschlossen war oder aufgrund ihrer Schwäche und der Stärke der konservativen Parteien keinen konkreten Einfluß ausüben konnte, dazu, den Staat als ein Instrument der Klassenherrschaft anzusehen, das nicht umgewandelt, sondern nur durch den Sieg des Proletariats zerstört werden könnte.

Der bedeutendste Versuch zur Aufhebung der Gegensätze von Radikalismus und Reformismus, die ja letztlich in den verschiedenen politischen Verhältnissen im Norden und Süden ihre wesentliche Ursache hatten, ging von Ludwig Frank aus. Als eigentlicher Initiator des badischen Großblocks — einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft von Liberalen und Sozialdemokraten gegen das Zentrum und die Konservativen im Landtag von Baden — demonstrierte er die Möglichkeit eines erfolgreichen Zusammengehens der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien, gleichzeitig aber sprach er sich eindeutig für einen Massenstreik der Arbeiterschaft zur Erzwingung einer Wahlreform in Preußen aus⁶³). Sein Plan einer Mobilisierung der Kräfte der Partei im Dienste der Demokratisierung Deutschlands war den politischen Ideen von Victor Adler, Jean Jaurès, Hjalmar Branting und Emile Vandervelde — den berühmten Führern der österreichischen, französischen, schwedischen und belgischen Sozialisten — verwandt; in Deutschland jedoch blieb diese Konzeption sowohl in der Spannweite der Ideen als auch in dem für die deutsche Sozialdemokratie so ungewöhnlichen echten Drang nach politischer Aktion eine Ausnahme.

62) Vgl. Anhang III.

63) Protokoll des Parteitages von 1913, S. 306 ff.

Die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie und die Auswirkung der praktischen Gegenwartsarbeit auf den Charakter der Partei

Die Fragen der Gemeindepolitik waren von der Sozialdemokratie, die schon frühzeitig in einer Reihe von bedeutenden Städten eigene Stadtverordnete besaß, lange kaum beachtet worden. Erst als die offensichtliche Stagnation der Sozialpolitik des Reiches in Arbeiterfragen und die zunehmende Verlagerung der sozialpolitischen Initiative auf die größeren Kommunen die Bedeutung der städtischen Verwaltung unterstrichen, konnten die führenden Kommunalpolitiker der Sozialdemokratie, unterstützt von den seit dem Ende der neunziger Jahre in vielen Städten bestehenden Arbeitersekretariaten, für ihre Arbeit ein stärkeres Echo in der Gesamtpartei finden. Die Demokratisierung des Gemeindewahlrechts, die Reformierung des Schul-, Gesundheits- und Armenwesens, die Verbesserung der Lage der Gemeindearbeiter, die Munizipalisierung der Monopolbetriebe, die Förderung des kommunalen Wohnungsbaus sowie die Neuregelung des kommunalen Steuerwesens waren die Hauptforderungen der sozialdemokratischen Gemeindepolitiker, von denen einige in der Gemeinde sogar einen entscheidenden Hebel zur Neuorganisation der Gesellschaft sahen⁶⁴).

Das in vielen Gebieten bestehende undemokratische Wahlrecht zu den kommunalen Vertretungskörperschaften hat es dabei der Sozialdemokratie erschwert, ihren Einfluß in den Städten und Landgemeinden genügend zur Geltung zu bringen. Beim Gemeinde- wie beim Landtagswahlrecht machte sich die Differenz zwischen Nord- und Süddeutschland, wo in Bayern 1908 und in Baden 1910 die Gemeindewahlrechte grundlegend reformiert wurden, stark bemerkbar. Während in Baden, Württemberg und Bayern Sozialdemokraten in vielen Orten in die Magistrate gewählt oder sogar als Bürgermeister eingesetzt wurden, war es den Sozialdemokraten in Preußen unmöglich, ihre Vertreter in die Magistrate oder die Schuldeputationen zu bekommen.

Da Prinzipienfragen auf kommunaler Ebene kaum eine Rolle spielten, wurde die Mitarbeit in den Gemeindevertretungen — es gab 1913 über 10 000 Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen und 320 in Magistraten und Gemeindevorständen —⁶⁵) für die örtlichen Führer der Partei eine Schule zum Verständ-

nis der komplexen Probleme der modernen Verwaltung und zu einem Experimentierfeld in der Zusammenarbeit mit Angehörigen divergierender Anschauungen.

Neben den Landtagen und Kommunen boten vor allem die Vertretungs- und Verwaltungskörperschaften der Arbeiterversicherung, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sowie die kommunalen Arbeitsnachweise, in denen nach einer Schätzung Bernsteins von 1910 zusammen fast 100 000 Sozialdemokraten tätig waren⁶⁶), ein fruchtbares Feld für praktische Arbeit.

In der mit dem wachsenden Umfang der praktischen Gegenwartsarbeit ständig zunehmenden Bedeutung konkreter politischer Fragen gegenüber prinzipiellen Erwägungen lag die Stärke des Revisionismus, dem wie der Hydra der Sage immer neue Köpfe nachwuchsen. Die Revision der Vorstellungen der Partei war nicht an die theoretische Konzeption Bernsteins und deren Schicksal gebunden, sondern war als Betrachtung vom Standpunkte der praktischen Parteiarbeit her als Gesamterscheinung schlechthin unfaßbar. Von einer Fülle wandelbarer Faktoren abhängig, war sie der festgelegten starren Doktrin der orthodoxen Marxisten zwar im einzelnen nicht gleichwertig, im ganzen aber unendlich überlegen. So mußten die sogenannten „Siege“ über den Revisionismus — u. a. die ausdrückliche Verurteilung der Bewilligung einzelstaatlicher Budgets durch sozialdemokratische Landtagsfraktionen auf den Parteitag von 1908 und 1910 — Pyrrhussiege bleiben. Der Wandel der theoretischen Vorstellungen als Reflex der das Parteilieben immer mehr überwuchernden reformistischen Politik war das unvermeidliche Schicksal der Partei.

Der Stand der sozialdemokratischen Bewegung am Vorabend des ersten Weltkrieges

Dem letzten vor dem ersten Weltkrieg abgehaltenen Parteitag der Sozialdemokratie in Jena 1913 konnte der Parteivorstand berichten, daß die Sozialdemokratie fast eine Million Mitglieder umfaßte und über 90 Tageszeitungen und 62 Druckereien verfügte⁶⁷). Die Partei war zu einem großen Konzern geworden, dessen Presse allein (mit Zeitungsausträgerinnen) 11 089 Personen beschäftigt und deren Interessen in zunehmendem Maße von der seit der Jahrhundertwende schnell ansteigenden Gruppe der Parteibeamten — 1913 waren allein 50 Bezirkssekretäre und 100

64) Besonders ausgeprägt ist diese Auffassung in den Schriften von Hugo Lindemann, dem führenden Kommunaltheoretiker der Partei.

65) Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag von 1913, Protokoll, S. 26 f.

66) Eduard Bernstein, Die Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1910, S. 92.

67) Protokoll, S. 10 und S. 28 f.

Wahlkreissekretäre von der Partei ange- stellt — 68) vertreten wurden.

Die Sozialdemokratie, deren Arbeit von der 1904 entstandenen proletarischen Jugendbewegung 69) und der sehr viel älteren sozialistischen Frauenbewegung — beides Zentren radikaler Tendenzen — ergänzt wurde, war jedoch keineswegs nur eine politische Organisation. In enger Verbindung mit ihr standen die von Mitgliedern der Partei und der Freien Gewerkschaften begründeten unpolitischen Arbeiterklubs — die Hunderte von Turnvereinen, Gesangvereinen, Ruderklubs, Schwimmvereinen, Kegelklubs, Radfahrvereinen, die Volksbühnen, Wohlfahrtsverbände, Bestattungskassen usw. In ihnen wurde versucht, die Person des einzelnen Arbeiters über den politischen Bereich hinaus — von der Wiege bis zur Bahre — zu erfassen 70), später wohl auch in der Absicht, ihn gegen die Einflüsse der bürgerlichen Welt zu immunisieren. In den Anfängen der Arbeiterbewegung und teilweise bis 1914 wird man aber in der Gründung dieser Vereine vor allem das Bestreben sehen müssen, die Arbeiter, denen die bestehenden Vereine ja in der Praxis häufig versperrt blieben oder in denen sie von den das Vereinsleben bestimmenden bürgerlichen Elementen isoliert wurden, aus der Enge ihrer Wohn- und Arbeitsverhältnisse hinauszuführen, ihnen statt Kartenspiel und Alkohol neue Interessen zu geben und die Annehmlichkeiten der bürgerlichen Welt zugänglich zu machen. Das Problem der Emanzipation der Arbeiterschaft war ja keineswegs nur ein politisches Problem.

Die deutsche Arbeiterbewegung als Kultur- und Emanzipationsbewegung

Die deutsche Arbeiterbewegung war eine politische und soziale Emanzipationsbewegung mit festgefügt, durch den spezifischen Ehrbegriff der Solidarität im gewerkschaftlichen und politischen Kampf erweiterten bürgerlichen Moral- und Anstandsbegriffen. Das kam in der reservierten Einstellung der Partei zum sogenannten „Lumpenproletariat“ deutlich zum Ausdruck. Die unter diesem Namen zusammengefaßten Parasitenexistenzen von notorischen Säufern, Vagabunden, Zuhältern, Gaunern und ähnlichen zweifelhaften Typen wurden als Abfall der bürgerlichen Gesell-

68) Protokoll, S. 12.

69) Vgl. Karl Korn, Die Arbeiterjugendbewegung, Einführung in ihre Geschichte, Berlin 1922.

70) Sigmund Neumann bezeichnet daher die alte deutsche Sozialdemokratie als den Prototyp einer „demokratischen Integrationspartei“ (Die Deutschen Parteien, Berlin 1932, S. 109).

schaft und bedauernswerte deklassierte „Opfer des Kapitalismus“ 71) zwar als eine zwangsläufige Begleiterscheinung der bestehenden Verhältnisse angesehen, aber doch im einzelnen tief verachtet. Man lehnte jede Gemeinschaft mit diesen Elementen, die zudem organisatorisch nicht erfaßt werden konnten, vor allem aus einem deutlich profilierten Gefühl für persönliche Ehrenhaftigkeit — aber auch aus Furcht, daß die Partei für Ausschreitungen unzuverlässiger Radaubröder verantwortlich gemacht werden könnte — auf das schärfste ab.

Die Förderung der Erziehung und Bildung des einzelnen Arbeiters galt seit Lassalle und den ersten Arbeiterbildungsvereinen als eine wesentliche Aufgabe der Partei. Der Drang nach dem „Tempel des Wissens“ 72) fand nicht nur in der bereitwilligen Unterstützung aller Kultur- und Bildungsaufgaben durch die Sozialdemokratie im Reichstag und in den Landtagen, sondern auch in der Bildungsarbeit der Partei und der Gewerkschaften selbst seinen Ausdruck. So hatte die Partei 1913 in 791 Orten Bildungsausschüsse, die neben Hunderten von Kursen und Einzelvorträgen, die zum Teil von festangestellten Wanderlehrern der Partei gehalten wurden, allein 848 Theatervorstellungen für 559 199 Besucher organisierten 73). Die Sozialdemokratie gehörte nach den Worten Max Webers zu den „mächtigsten charakterbildenden Elementen breitester Volksmassen“ 74). Ähnlich wie die Partei bewiesen auch die Freien Gewerkschaften ein starkes Interesse an der geistigen Weiterentwicklung und der fachlichen Schulung ihrer Mitglieder.

Eine Betrachtung der Veröffentlichungen der Partei über nichtpolitische Fragen und der in Einzelfällen überlieferten Listen des Bücherbestandes der Bibliotheken sozialdemokratischer Wahlvereine und gewerkschaftlicher

71) So Wilhelm Liebknecht auf dem Berliner Parteitag 1892, Protokoll S. 273.

72) Vgl. für diese Formulierung die „Rede des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht über den Kölner Parteitag mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung“, Bielefeld 1893, S. 38.

73) Parteitagsprotokoll von 1913, S. 12 und S. 37 ff.

74) Bemerkungen Max Webers zu einer Arbeit von R. Blank über „die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands“, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 20, 1905, S. 550. — Dr. Wörrischofer, der Leiter der vorbildlichen badischen Fabrikinspektion und wohl beste neutrale Kenner der süddeutschen Arbeitsverhältnisse, sah in den Organisationen der Arbeiterschaft das Bestreben, „die Arbeiter intellektuell und moralisch zu heben“ (Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1892, hrsg. im Auftrage des Großherzoglichen Ministeriums des Innern, Karlsruhe 1893, S. 65).

Fachvereine⁷⁵⁾ zeigt, daß die ursprüngliche Idee eines spezifisch proletarischen Weltbildes, die Vorstellung einer besonderen sozialistischen Kunst und Wissenschaft langsam zurückgedrängt wurde, so daß die Arbeiterbewegung sich immer mehr an die bürgerliche Vorstellungswelt anlehnte und so letztlich zur Vermittlerin der bestehenden Kultur wurde.

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung als Emanzipations- und Kulturbewegung wird durch die Lebenswege der um 1890 in die Arbeiterorganisationen gelangten späteren Führer der Sozialdemokratie, wie z. B. Philipp Scheidemann, Wilhelm Keil, Carl Severing, Paul Löbe und Friedrich Ebert⁷⁶⁾, unterstrichen. Sie zeigen, daß seit dem Ende des 19. Jahrhunderts neben der katholischen Kirche die Organisationen der Arbeiterschaft zum entscheidenden Hebel für den sozialen Aufstieg intelligenter Arbeiterkinder werden.

Der Ausgangspunkt der geradezu frappierend ähnlichen Lebensläufe der erwähnten Sozialisten ist jeweils der am finanziellen Unvermögen der Eltern scheiternde Versuch zur Erreichung eines gehobenen Berufes. Die weiteren Interessen, die in den ursprünglichen Berufszielen zum Ausdruck kamen, waren auch der entscheidende Antrieb, der sie über die vorgezeichnete Bahn von Fabrikarbeitern, Handwerksgesellen und Handwerksmeistern hinaus führte. Sie alle drängte das Bestreben,

Ausblick

Bereits vor dem ersten Weltkrieg war die Verwurzelung der Arbeiterschaft im Deutschen Reiche so stark, daß die berühmte Entscheidung der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 für die Bewilligung der Kriegskredite und damit für die Verteidigung des als bedroht angesehenen Vaterlandes von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Sozialisten als selbstverständlich akzeptiert wurde. Die Enttäuschung über die offizielle Regierungspolitik, das Entsetzen über die ungeheuren Opfer und Härten des Krieges und die Begeisterung für das Beispiel der russischen

75) Vgl. J. S. und E. F.: Was lesen die organisierten Arbeiter in Deutschland? in: Neue Zeit, 1894/95, Bd. XIII, 1, S. 153 ff.; Advocatus, Was liest der deutsche Arbeiter? in: Neue Zeit, 1894/95, Bd. XIII, 2, S. 814 ff.; Konrad Haenisch, Was lesen die Arbeiter? in: Neue Zeit, 1899/1900, Bd. XVIII, 2, S. 691 ff. 76) Vgl. dafür: Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, I. Bd., Dresden 1928; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, I. Bd., Stuttgart 1947; Carl Severing, Mein Lebensweg, I. Bd., Köln 1950; Paul Löbe, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949 und Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hrsg. von Friedrich Ebert jun. Mit einem Lebensbild von Paul Kampffmeyer, I. Bd., Dresden 1926.

nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Masse der Arbeiter den Zugang zu den lange versperrten Schätzen von Kunst und Wissenschaft aufzuschließen. Den Schlüssel dazu sahen sie in den Organisationen der Arbeiterbewegung. Ein weiterer gemeinsamer Zug ihres Entwicklungsganges ist der Ausgang vom lokalen, umgrenzten Bereich und der unbedingte Vorzug der praktischen Arbeit vor prinzipiellen theoretischen Erwägungen. Sie alle sind Einzelpersönlichkeiten des in den neunziger Jahren emporgekommenen Typus des deutschen Arbeiterführers, der im Gegensatz zur älteren Generation der Arbeiterführer in erster Linie nicht mehr ein Agitator der theoretischen Grundsätze des Sozialismus, sondern ein sachkundiger Reformpolitiker ist.

Die Sozialdemokratie, die immer tiefer in den bestehenden Verhältnissen wurzelte, organisierte so die Arbeiter nicht im Sinne ihrer Theorie als feindliche Sonderklasse gegen die bestehende Gesellschaft, sondern wurde im Gegenteil zusammen mit den Gewerkschaften der Hebel, der die Arbeiterschaft langsam — und angesichts des Widerstandes der herrschenden Schichten noch keineswegs vollständig — in den Gesamtaufbau des gesellschaftlichen Lebens einfügte und damit die vorhandenen Gegensätze wenigstens teilweise überbrückte und versöhnte.

Revolution von 1917 bewirkten dann im Laufe des Ersten Weltkrieges die Abwendung der pazifistischen und revolutionären Kräfte von der parteioffiziellen Politik des Burgfriedens. Der vorläufige Endpunkt dieser Entwicklung war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung mit ihren verhängnisvollen Konsequenzen für die Stabilität der Weimarer Republik. Der eine, von der Kommunistischen Partei repräsentierte revolutionäre Flügel gab die noch bei Rosa Luxemburg zentrale demokratische Komponente der alten Ideenwelt der Sozialdemokratie auf und geriet immer mehr in das Fahrwasser Moskaus⁷⁷⁾. Die andere Richtung, die sozialdemokratische Partei, wurde im Sinne Vollmars und Bernsteins eine ihre sozialistischen Ziele allein auf parlamentarischem Wege verfolgende demokratische Reformpartei, in der der Marxismus zwar noch nicht aufgegeben wurde, aber doch ständig an Bedeutung verlor.

77) Vgl. dazu die glänzende Studie von Richard Löwenthal. The Bolshevisation of the Spartacus League, in: St. Anthony's Papers, Nr. 9, London 1960, S. 23 ff.

Anhang I¹⁾

Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie 1867 bis 1912

| Wahl | Kandidaturen | in Wahlkreisen ⁴⁾ | kamen in Stichwahl | Stichwahlsiege | Mandate zu Beginn der Legislaturperiode | %-Anteil an Gesamtzahl aller Mandate | Wählerstimmen | %-Anteil an Gesamtzahl der Wählerstimmen |
|--------------|--------------|------------------------------|--------------------|------------------|---|--------------------------------------|---------------|--|
| 1867 (Febr.) | 7 | 7 | 2 | 1 | 2 | 0,673 | 27 908 | ³⁾ |
| 1867 (Aug.) | 11 | 11 | 3 | 2 | 6 | 2,020 | 43 858 | ³⁾ |
| 1871 | 76 | 75 | 3 | — | 1 | 0,261 | 101 927 | 2,622 |
| 1874 | 182 | 155 | 11 | 2 | 9 | 2,267 | 351 670 | 6,776 |
| 1877 | 180 | 176 | 20 | 3 | 12 | 3,022 | 493 447 | 9,138 |
| 1878 | 162 | 162 | 16 | 7 | 9 | 2,267 | 437 158 | 7,796 |
| 1881 | 152 | 149 | 22 | 13 ²⁾ | 12 ²⁾ | 3,022 | 311 961 | 6,119 |
| 1884 | 227 | 219 | 24 | 15 | 24 | 6,045 | 549 990 | 9,712 |
| 1887 | 266 | 253 | 18 | 5 | 11 | 2,770 | 763 128 | 10,119 |
| 1890 | 356 | 341 | 57 | 15 | 35 | 8,813 | 1 427 298 | 19,746 |
| 1893 | 384 | 376 | 83 | 20 | 44 | 11,083 | 1 786 738 | 23,154 |
| 1898 | 390 | 380 | 98 | 24 | 56 | 14,105 | 2 107 076 | 27,178 |
| 1903 | 393 | 387 | 118 | 25 | 81 | 20,403 | 3 010 771 | 31,707 |
| 1907 | 390 | 389 | 90 | 14 | 43 | 10,831 | 3 259 029 | 28,936 |
| 1912 | 399 | 397 | 122 | 46 | 110 | 27,707 | 4 250 399 | 34,817 |

1) Diese Liste der Wahlergebnisse wurde nach den Angaben des Verfassers von Herrn cand. phil. Jürgen Bertram, dem ich hiermit danken möchte, hergestellt.

2) Liebknecht wurde in Offenbach und Mainz gewählt und lehnte das Mandat für Mainz ab, das in der Nachwahl der Sozialdemokratie verloren ging.

3) Der prozentuale Anteil der Sozialdemokratie an den Wählerstimmen war nicht festzustellen.

4) 1867 bestanden insgesamt 297, 1871 382 und in den folgenden Wahlen 397 Wahlkreise. Die höhere Zahl der Kandidaturen als der Wahlkreise erklärt sich dadurch, daß 1871 und 1874 Lassalleaner und Eisenacher gegeneinander kandidierten. In den späteren Wahlen traten gelegentlich sozialdemokratische Gegenkandidaten gegen den offiziellen Vertreter der Partei an.

Anhang II:

1. Vorstand ¹⁾

Die Zusammensetzung der Parteileitung 1890—1914 *)

| Namen | 1890 | 1891 | 1892 | 1893 | 1894 | 1895 | ²⁾ | 1897 | 1898 | 1899 | ³⁾ | 1901 | 1902 | 1903 | ⁴⁾ | 1905 | 1906 | 1907 | ⁵⁾ | 1909 | 1910 | 1911 | ⁶⁾ | 1913 |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------|-------------|
| | bis 1891 | bis 1892 | bis 1893 | bis 1894 | bis 1895 | bis 1896 | bis 1897 | bis 1898 | bis 1899 | bis 1900 | bis 1901 | bis 1902 | bis 1903 | bis 1904 | bis 1905 | bis 1906 | bis 1907 | bis 1908 | bis 1909 | bis 1910 | bis 1911 | bis 1912 | bis 1913 | bis 1914 |
| Gerisch | V | V | K | K | K | K | | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | K | S | S |
| Singer | V | V | V | V | V | V | | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | — | — | — |
| Bebel | K | K | V | V | V | V | | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | V | — |
| Auer | S | S | S | S | S | S | | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | — | — | — | — | — | — | — |
| Fischer | S | S | S | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Pfannkuch | — | — | — | S | S | S | | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S |
| Eberhard | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | B | B | B | B | B | B | B | B | B | B | — | — | — | — |
| Ernst | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | B | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Wengels | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | B | B | B | B | B | B | B | B | B | B | B | B | B |
| Molkenbuhr | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | S | S | S | S | S | S | S | S | S | S |
| Ebert | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | S | S | S | S | S | S | S | S | V |
| Müller | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | S | S | S | S | S | S | S | S | S |
| Zietz | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | B | B | B | B | S | S |
| Haase | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | V | V |
| Braun | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | S | K | K |
| Scheidemann | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | S | S | S |
| Liepmann | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | B | B | B | — | — |
| Brühl | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | B | — |
| Wels | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | B |

*) Bei der Herstellung dieser Tabelle war mir Herr cand. phil. Jürgen Kocka, dem ich hiermit danke, behilflich.

1) Abk.: V=Vorsitzender, K=Kassenwart, S=Schriftleiter, B=Beisitzer.

2) 1896/97 wurde auf Grund der Auflösung des Berliner Parteivorstandes durch die Maßnahmen Köllers lediglich ein geschäftsführender Ausschuß für die Erledigung der laufenden Parteigeschäfte gewählt, der in Hamburg seinen Sitz nahm. Zu Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses wurden Hermann Förster, Hermann Molkenbuhr, Wilhelm Pfannkuch, Albin Gerisch und Heinrich Koenen gewählt.

3) 1900 gehörten dem Vorstand erstmalig zwei von der Kontrollkommis-

sion gewählte Beisitzer an (§ 13 der Mainzer Org.-Stat.). Zugleich erhöhte sich die Zahl der Kontrolleure von bisher 7 auf 9 (§ 17 der Mainzer Org.-Statuten von 1900).

4) Erstmals wurden mehr als zwei Schriftführer gewählt. Die Feststellung der Zahl war ab nun dem Parteitag überlassen (§ 18, 1905).

5) 1908 gehört erstmalig eine Frau dem Vorstand an, zunächst als dritter Beisitzer (§ 14 der Org.-Statuten, Leipzig 1909).

6) Ab 1912 muß einer der Schriftführer eine Frau sein. Die Zahl der Beisitzer reduziert sich wieder auf zwei. (§ 14 der Org.-Statuten, Chemnitz 1912).

Anhang III

Die Sozialdemokratie in den Deutschen Landtagen

Nach den Parteitagsprotokollen von 1895 (S. 26), 1901 (S. 29), 1903 (S. 26) und 1913 (S. 26)

| | Zahl der S.P.-Abgeordneten | | | | Gesamtzahl der Abgeordneten |
|------------------------------------|----------------------------|------|------|------|-----------------------------|
| | 1895 | 1901 | 1903 | 1913 | 1911 |
| Preußen | — | — | — | 10 | 443 |
| Bayern | 5 | 11 | 11 | 30 | 159 |
| Württemberg | 2 | 5 | 6 | 17 | 92 |
| Sachsen | 14 | 4 | — | 26 | 91 |
| Baden | 3 | 7 | 6 | 20 | 73 |
| Hessen | 3 | 6 | 7 | 8 | 50 |
| Sachsen-Weimar | 1 | 2 | 2 | 4 | 33 |
| Mecklenburg-Strelitz | — | — | — | — | Landstände |
| Mecklenburg-Schwerin | — | — | — | — | Landstände |
| Oldenburg | — | 1 | 6 | 12 | 34 |
| Braunschweig | — | — | — | — | 48 |
| Sachsen-Meiningen | 1 | 6 | 7 | 9 | 24 |
| Sachsen-Altenburg | 4 | 3 | 4 | 7 | 30 |
| Sachsen-Coburg-Gotha | 1 | 10 | 10 | 8 | 30 (11 Coburg, 19 Gotha) |
| Anhalt | — | — | 4 | 1 | 36 |
| Schwarzburg-Sonderhausen | 1 | — | — | 1 | 18 |
| Schwarzburg-Rudolstadt | — | 1 | 7 | 9 | 16 |
| Waldeck | — | — | — | — | 15 |
| Reuß ält. Linie | — | 1 | 1 | 3 | 12 |
| Reuß jg. Linie | 1 | 3 | 5 | 5 | 16 |
| Schaumburg-Lippe | — | — | — | 1 | 15 |
| Lippe | — | 3 | 3 | 1 | 21 |
| Lübeck | — | — | — | 12 | 120 |
| Bremen | — | 11 | 20 | 16 | 150 |
| Hamburg | — | 1 | 1 | 20 | 160 |
| Elsaß-Lothringen | — | — | 1 | 11 | 58 |
| | 36 | 75 | 101 | 231 | 1744 |

Anhang IV
Mitgliederzahl und Finanzen
der den Freien Gewerkschaften angeschlossenen Zentralverbände

| Jahr | Zahl der Zentralverb. | Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt | in Verbänden | Einnahmen Mk. | in Verbänden | Ausgaben Mk. | Vermögensbestand der Zentralverbände Mk. |
|------|-----------------------|--------------------------------------|--------------|------------------|--------------|-----------------|---|
| 1891 | 62 | 277 659 | 49 | 1 116 588 | 47 | 1 606 534 | 425 845 |
| 1892 | 56 | 237 094 | 46 | 2 031 922 | 50 | 1 786 271 | 646 415 |
| 1893 | 51 | 223 530 | 44 | 2 246 366 | 44 | 2 036 025 | 800 579 |
| 1894 | 54 | 246 494 | 41 | 2 685 564 | 44 | 2 135 606 | 1 319 295 |
| 1895 | 53 | 259 175 | 47 | 3 036 803 | 48 | 2 488 015 | 1 640 437 |
| 1896 | 51 | 329 230 | 49 | 3 616 444 | 50 | 3 323 713 | 2 323 678 |
| 1897 | 56 | 412 359 | 51 | 4 083 696 | 52 | 3 542 807 | 2 951 425 |
| 1898 | 57 | 493 742 | 57 | 5 508 667 | 57 | 4 279 726 | 4 373 313 |
| 1899 | 55 | 580 473 | 55 | 7 687 154 | 55 | 6 450 876 | 5 577 547 |
| 1900 | 58 | 680 427 | 58 | 9 454 075 | 58 | 8 088 021 | 7 745 902 |
| 1901 | 57 | 677 510 | 56 | 9 722 720 | 56 | 8 967 168 | 8 798 333 |
| 1902 | 60 | 733 206 | 60 | 11 097 744 | 60 | 10 005 528 | 10 253 559 |
| 1903 | 63 | 887 698 | 63 | 16 419 991 | 63 | 13 724 336 | 12 973 726 |
| 1904 | 63 | 1 052 108 | 63 | 20 190 630 | 63 | 17 738 756 | 16 109 903 |
| 1905 | 64 | 1 344 803 | 64 | 27 812 257 | 64 | 25 024 234 | 19 635 850 |
| 1906 | 66 | 1 689 709 | 66 | 41 602 939 | 66 | 36 963 413 | 25 312 634 |
| 1907 | 61 | 1 865 506 | 63 | 51 396 784 | 63 | 43 122 519 | 33 242 545 |
| 1908 | 60 | 1 831 731 | 62 | 48 544 396 | 62 | 42 057 516 | 40 839 791 |
| 1909 | 57 | 1 832 667 | 59 | 50 529 114 | 60 | 46 264 031 | 43 480 932 |
| 1910 | 53 | 2 017 298 | 57 | 64 372 190 | 57 | 57 926 566 | 52 575 505 |
| 1911 | +51 | 2 320 986 | 51 | 72 086 957 | 51 | 60 025 080 | 62 105 821 |
| 1912 | +48 | 2 530 390 | 50 | 80 233 575 | 50 | 61 105 675 | 80 797 786 |
| 1913 | +47 | 2 548 763 | 47 | 82 005 580 | 47 | 74 904 962 | 88 069 295 |

* Ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter.

Die deutsche politische Arbeiterbewegung von 1914 bis 1945

1. Der Kriegsausbruch

Der Ausbruch des Krieges bedeutete für die Sozialdemokratie — das gilt für die Führung genau so wie für die Masse der Anhänger — eine Überraschung. Der Mord von Sarajewo erregte zwar in den politisch interessierten Kreisen der europäischen Staaten allgemein Besorgnis, aber nur wenige Staatsmänner und Parlamentarier waren von einer unmittelbaren Kriegsgefahr überzeugt. Schließlich hatte man in den letzten Jahren kritischeren außenpolitischen Situationen gegenübergestanden und war mit ihnen auf dem Verhandlungswege fertig geworden, ohne zu den Waffen greifen zu müssen.

Erst die österreichische ultimative Erklärung an Serbien vom 23. Juli 1914 änderte die Situation. „Das Ultimatum hat mich sehr überrascht“, schrieb der maßgebende sozialdemokratische Theoretiker, Karl Kautsky, an den Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler. „Es kam so unvorbereitet, und ich dachte, der alte Franz Joseph und der junge wollten ‚ihre Ruh‘ haben. Und jetzt plötzlich die Kriegserklärung, denn etwas anderes ist doch das Ultimatum nicht“¹⁾.

Die Sozialdemokratische Partei war stets für die Verteidigung des eigenen Landes im Falle eines feindlichen Angriffs eingetreten. Andererseits verlangten die Interessen des internationalen Proletariats, das sich die Sozialisten aller Länder dem Ausbruch eines Krieges zu widersetzen hätten. Der außerordentliche Internationale Sozialistenkongreß zu Basel vom November 1912 hatte die herrschenden Klassen aller Staaten davor gewarnt, „das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeigeführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen“ und wies die europäischen Regierungen nachdrücklich darauf hin, „daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den

Krieg entfesseln können“²⁾. Wie sollten die nationalen und internationalen Grundlinien jetzt in Übereinstimmung gebracht werden?

Während es in den ersten Tagen nach dem Ultimatum an Serbien in einigen deutschen Städten noch zu Kundgebungen der Arbeiterschaft gegen Österreich-Ungarn kam, in denen gefordert wurde, „daß unsere Regierung sich nicht nur jeder kriegerischen Einmischung enthält, sondern alles tut, um die Kriegsfurie zu bannen . . .“³⁾, zeigte die deutsche Mobilmachung am 1. August 1914, daß sich die Anhänger der SPD von der zögernden und unentschlossenen Haltung der Parteiführung nicht beeinflussen ließen. Denn die Mehrzahl der Arbeiter hegte trotz der Kriegserklärungen der Reichsregierung genau so wie das Bürgertum den festen Glauben, von neidischen und feindselig gesinnten Nachbarn, die eine seit langem sorgfältig vorbereitete Einkreisung zum erfolgreichen Abschluß gebracht hätten, überfallen worden zu sein. Die Parteiführung stand nun vor der schwerwiegenden Entscheidung, sich entweder dieser mitreißenden Strömung anzuschließen oder einen großen Teil der Mitglieder zu brüskieren.

Schließlich hatte die deutsche Sozialdemokratie von jeher im zaristischen Rußland eine Gefährdung der demokratischen Entwicklung Westeuropas gesehen. Schien jetzt nicht der von Karl Marx immer wieder befürchtete Angriff Frankreichs im Bunde mit Rußland zur Rückgewinnung Elsaß-Lothringens Tatsache geworden zu sein? Für diesen Fall hatte Friedrich Engels 1892 folgende Prognose aufgestellt: „Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Tod und Leben, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher

2) Manifest des außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses zu Basel vom 25. November 1912 über die Kriegsgefahr und die Aufgabe des internationalen Proletariats. In: Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 26.

3) Resolution der Berliner Arbeiterschaft vom 28. Juli 1914 gegen das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien. In: Vorwärts Nr. 204 vom 29. Juli 1914.

1) Kautsky an Adler, 25. Juli 1914. In: Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien, 1954, S. 596.

nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die Sozialdemokratische Partei." 4)

Der Kampf um die deutschen Lebensinteressen an zwei Fronten und die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Rußland waren jetzt Wirklichkeit geworden. Es bestand die Gefahr, daß Deutschland von den Heeren des Zaren überrannt wurde. Zudem überstürzten sich in der Öffentlichkeit die Gerüchte über einen russischen Einfall. Alle diese Eindrücke beeinflussten die gesamte Partei. Konrad Haenisch, der spätere preußische Kultusminister, schrieb rückblickend über den allgemeinen Stimmungsumschwung: „Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem ersten und vierten August 1914 zu durchleben hatte. Aus der denkbar schroffsten innerpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen die übrigen Parteien ... mußte sie sich im Sturmgebraus wildester Ereignisse innerhalb weniger Stunden hineinfinden in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes." 5)

Auch die Gewerkschaftsführung bekannte sich zur Landesverteidigung und beschloß den Abbruch jeglicher Streikaktionen. Die Sozialdemokratie wäre zwar in der Lage gewesen, aus Prinzip die von der Regierung geforderten Kriegskredite zu verweigern, besonders, da die Eröffnung der Feindseligkeiten im Westen durch deutsche Armeen und nicht durch die Truppen des Gegners und der Einmarsch nach Belgien die Möglichkeit dazu geboten hätten. Aber niemals konnte sich die Parteiführung der von ihr immer wieder anerkannten Landesverteidigung entziehen. Ein Vertreter der jüngeren Generation, der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, schrieb in diesen Tagen an einen Freund, „daß jetzt im Augenblick der Gefahr und der nationalen Verteidigung alle Rücksichten zurücktreten müßten hinter der Notwendigkeit, geschlossen die Grenze zu schützen, und daß selbstverständlich unsere Fraktion die Kriegskredite — bei aller Friedensliebe und Wahrung unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Krieg — nicht ablehnen werde." 6)

4) Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: Die Neue Zeit, X. Jahrgang (1891/92), Bd. 1, S. 586.

5) Konrad Haenisch: Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Kriege, Berlin 1916, S. 14f.

6) Ludwig Frank an Wilhelm Kolb, 1. August 1914. In: S. Grünebaum, Ludwig Frank — Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Heidelberg 1924, S. 37.

Auf der Fraktionssitzung der Partei am 3. August 1914 stand von Anfang an eine Mehrheit für die Bewilligung fest. Mit 78 gegen 14 Stimmen fiel die Entscheidung für die Kriegskredite. Dem Beschluß der Mehrheit, einheitlich die Kredite zu bejahen, fügten sich alle, auch der radikale Karl Liebknecht. Dieser allerdings in der Hoffnung, daß die Partei bald wieder zu ihrer früheren negierenden und pazifistischen Haltung gegenüber der Regierung zurückfinden würde.

Als Fraktionsvorsitzender verlas Hugo Haase, der selbst zu den Protestierenden gehört hatte, am nächsten Tage im Reichstag eine Erklärung, deren Kernsätze lauteten: „... Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen". Gleichzeitig wurde der Charakter und das Ziel der sozialdemokratischen Kriegspolitik festgelegt: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht." 7)

Der 4. August 1914 bedeutete einen Einschnitt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Sie war nicht, wie später ihre linksradikalen Gegner behaupten, unter Verrat der Arbeiterklasse mit fliegenden Fahnen in das Lager des Nationalismus übergegangen. An diesem Tage stellte sich lediglich auch in der Öffentlichkeit heraus, daß die sozialdemokratische Bewegung mit etwa einer Million Mitgliedern und 4½ Millionen Wählern keine revolutionäre Massenorganisation war, sondern eine soziale Reformpartei, die sich zwar ihre internationale Überlieferung bewahrte, sich aber nicht dem gefühlsmäßigen Patriotismus, der das gesamte Volk erfaßt hatte, entziehen konnte, wie es auch bei den sozialistischen Parteien der anderen Länder der Fall war.

2. Die Zerreißung der Parteieinheit

Die Haltung der Sozialdemokratie als der stärksten oppositionellen Partei in Deutschland bedeutete für die Regierung eine erhebliche Stärkung. Mit ihrer Hilfe konnte Reichskanzler von Bethmann Hollweg einen innenpolitischen Waffenstillstand, den sogenannten Burgfrieden, abschließen. Auch die Gewerk-

7) Erklärung vom 4. August 1914. In: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 306 (Sten. Ber.), S. 9.

schaften stellten sich bereitwillig zur Verfügung. Das war für die Lösung der industriellen Kriegsaufgaben von größter Bedeutung. Umgekehrt konnte die Sozialdemokratie jetzt auch ein gewisses Entgegenkommen von Seiten der Regierung erwarten. Die feindselige Haltung der Behörden, die sich oft in Schikanen gegen Partei und Gewerkschaften geäußert hatte, ließ nach. Die Regierung hob bestehende Kampfverlässe auf, die sozialdemokratische Presse wurde für die Soldaten erlaubt und Parteimitglieder durften in den Gemeindeverwaltungen und Staatsbetrieben angestellt werden.

Bald sollte es sich freilich zeigen, daß sich der Burgfrieden zur Ausschaltung der innenpolitischen Kämpfe in Anbetracht der Dauer des Krieges nicht konsequent durchführen ließ. Die Zensur lähmte das Presse-, Vereins- und Versammlungsleben, während der militärische Belagerungszustand das wirksamste Kampfmittel der Arbeiterschaft, den Streik, nicht zuließ. Der sozialdemokratischen Führung waren die Hände gebunden, so daß sie nicht mehr in der Öffentlichkeit mit aller Kraft auf Mißstände kritisch hinweisen durfte. Sie sah sich sogar gezwungen, unpopuläre Maßnahmen der Regierung zu verteidigen. Unter den Arbeitern verstärkte sich daher gegenüber den anderen Schichten des Volkes das Gefühl, bewußt benachteiligt zu werden. Dazu kamen seit 1915 die verhängnisvollen wirtschaftlichen Auswirkungen der Blockade, die einerseits zur Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel durch den Staat, andererseits zu einem ausgedehnten Schleichhandel führten, von dem in der Hauptsache nur finanzkräftige Kreise profitierten, während die breite Masse hungern mußte.

Trotz des Burgfriedens setzten bald scharfe politische Auseinandersetzungen ein, die sich außenpolitisch besonders auf die Frage der Kriegsziele, innenpolitisch auf die Weiterentwicklung der Parlamentarisierung und die preußische Wahlrechtsfrage konzentrierten. In Kreisen der bürgerlichen Parteien, der Industrie und Wirtschaft sowie der Obersten Heeresleitung waren seit Beginn des Krieges Annexionsforderungen großen Ausmaßes aufgestellt worden, die zwar nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden durften, aber doch bekannt wurden und gerade innerhalb der Sozialdemokratie, die sich auf die Forderung der nationalen Sicherheit beschränkte, eine Abwehrhaltung auslösen mußte. Denn die Vertreter derartiger uferlosen Eroberungsprogramme waren in den meisten Fällen auch scharfe Gegner einer innenpolitischen Entwicklung im demokratischen Sinne, besonders wenn es sich um die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts handelte, Gerade

gegen dieses Wahlrecht hatte die Sozialdemokratie schon vor dem Kriege immer wieder Sturm gelaufen. Der Reichskanzler sträubte sich aber nicht nur gegen Reformen wie das Mitbestimmungsrecht des Reichstags bei der Ernennung und Entlassung von Ministern und gegen die Einführung eines kollegialen Ministeriums, sondern ließ sich auch das Versprechen einer Wahlreform nur widerwillig Stück für Stück abringen. Ein Gefühl von Erbitterung und Enttäuschung über diese gewollte Verzögerung der Regierung ergriff daher die gesamte Sozialdemokratie, besonders als die Staatsführung auch nichts unternahm, um die nationale Stimmung vom August 1914 auszunutzen und eine Versöhnung von Staat und Arbeiterschaft wenigstens zu versuchen.

Es war daher keine Überraschung, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie von einer Kreditvorlage zur anderen die Stimmen mehrten, die einen Kurswechsel forderten. Im Dezember 1914 stimmten 17 Abgeordnete der Reichstagsfraktion dagegen, im März 1915 25, im August 36 und schließlich im Dezember 43 Abgeordnete von insgesamt 110. Da die Reichsregierung keinerlei Bereitschaft zeigte, sich auf die Forderung einer sofortigen Eröffnung von Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Annexionen festzulegen, erklärte Friedrich Geyer, Mitglied der Kontrollkommission der Partei, im Namen von zwanzig dieser Abgeordneten am 21. Dezember 1915 im Reichstag: „Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert. Nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstiger Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun . . . Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten . . .“⁸⁾ Die Mehrheit der Partei und der Parteiausschuß mißbilligten das Vorgehen Geyers scharf und forderten weiterhin Fraktionsdisziplin.

Unter Führung von Karl Liebknecht hatte sich 1914 eine radikale Gruppe, die streng an den alten internationalen Idealen festhalten wollte, abgesondert. Der ehrgeizige Liebknecht, der, ohne von der Parteiführung ganz ernst genommen zu werden, die gleiche einflußreiche Position erstrebte, die einst sein Vater, Wilhelm Liebknecht, innegehabt hatte, lehnte schon am 2. Dezember 1914 die Kredite ab, „unter Pro-

8) In: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 306 (Sten. Ber.), S. 508.

test . . . gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschworen, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne.“⁹⁾ Liebknecht wurde bald darauf aus der Fraktion ausgeschlossen. Er sammelte um sich eine Gruppe Gleichgesinnter, darunter die ihm geistig überlegene Theoretikerin und Lehrerin an der Berliner Parteischule der Sozialdemokratie, Rosa Luxemburg, und der Journalist und Parteihistoriker Franz Mehring, die beide eine Zeitschrift, „Die Internationale“ herausgaben, die allerdings schon nach der ersten Nummer verboten wurde, aber diesen Oppositionellen den Namen geben sollte.

Neujahr 1916 traten Liebknechts Anhänger zu einer Konferenz zusammen, um eine radikale Organisation zu gründen, für die Rosa Luxemburg Leitsätze verfaßte, in denen Klassenkampf nach innen und internationale Solidarität nach außen gefordert wurde. „Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.“¹⁰⁾ Diese Radikalen nannten sich jetzt nach einem von ihnen illegal herausgegebenen Informationsblatt „Spartacus“ die „Spartakusgruppe“. Sie hielten die Verbindung zu illegal in der Schweiz lebenden russischen Sozialisten wie Lenin, Trotzki und Radek aufrecht. Während Karl Liebknecht eine Zuchthausstrafe absitzen mußte — er hatte am 1. Mai 1916 in Berlin eine öffentliche Protestdemonstration gegen den Krieg veranstaltet — führte Rosa Luxemburg vom Gefängnis aus, in dem sie eine schon längere Zeit zurückliegende Strafe absaß, die Propaganda weiter. Nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution in Rußland geriet die Spartakus-Gruppe immer mehr in bolschewistisches Fahrwasser. Trotz intensiver Propagandabemühungen wurden aber nur kleine Kreise der Arbeiterschaft und der Frontsoldaten von dem propagierten Gedanken einer Diktatur des Proletariats und der Revolution ergriffen.

Die Opposition innerhalb der Gesamtpartei schwelte weiter und führte im März 1916 anläßlich neuer Kreditvorlagen im Reichstag zum Bruch, als Hugo Haase im Namen einer Minderheit die Ablehnung der Kredite begründete

9) Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin 1919, S. 41

10) Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie vom 1. Januar 1916: In: Drahn-Leonhard: Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920, S. 38.

wollte, von seinen Fraktionskollegen aber am Weiterreden gehindert wurde. Die Parteiführung schloß daraufhin die opponierenden Mitglieder aus, die sofort eine „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ bildeten, ein Programm grundsätzlicher Opposition aufstellten und den sofortigen Abbruch kriegerischer Aktionen verlangte. Im April 1917 gründeten sie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USP, später USPD), die sich nach dem Erfolg der russischen Februarrevolution gegen die Politik der sogenannten „Regierungssozialisten“ wandte, sich für die sozialistischen Arbeiter Rußlands begeisterte und einen Frieden durch Verständigung der Völker ohne direkte oder versteckte Annexionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen forderte¹¹⁾.

Die neue Partei war in ihren Zielsetzungen nicht einheitlich, denn Vertreter gegensätzlicher Anschauungen hatten sich hier zusammengefunden. Von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes traten Hugo Haase und Ernst Dittmann zu ihr über, ferner Revisionisten wie Eduard Bernstein und Kurt Eisner, die hier ihrem Gegner, dem marxistischen Theoretiker Karl Kautsky, begegneten. Dazu kam noch der radikale Georg Ledebour. Es handelte sich in der Hauptsache um diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie, die von vornherein gegen Kriegskredite und Burgfrieden eingestellt waren und von den Bindungen an die Regierung loskommen wollten. Die inneren Schwierigkeiten wurden noch dadurch vermehrt, daß die Spartakisten in der legalen USP Unterschlupf suchten und fanden, obwohl sie sonst mit deren Haltung keineswegs einverstanden waren, denn die Unabhängigen lehnten gesetzwidrige Handlungen ab und wollten lediglich durch intensive Propaganda für den Verständigungsfrieden eine Beendigung des Krieges erreichen.

Die alte Sozialdemokratische Partei, jetzt allgemein Mehrheitssozialdemokratie genannt, stützte sich weiterhin auf die Gewerkschaften und hielt trotz wachsender Opposition gegen die Kriegskredite in den eigenen Reihen die Parteidisziplin aufrecht. Genau so wie die Unabhängigen forderten die Sozialdemokraten den Verständigungsfrieden, den „Scheidemann-Frieden“, wie die alldeutschen Gegner spotteten. Die Parteiführung kam im Verlaufe des Krieges immer mehr zu der Überzeugung, daß sich auch im Rahmen des bestehenden Staatswesens eine praktische politische Arbeit

11) Manifest vom 8. April 1917. In: Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD, Berlin 1921, S. 82.

durchführen ließe. Sie verdoppelte daher ihre Bemühungen, eine innenpolitische Neuorientierung zu ihren Gunsten durchzusetzen. Immer mehr rang man sich auch zu der Einsicht durch, daß die Interessen der Arbeiterschaft mit den nationalen Belangen des Staates doch stärker verbunden waren, als es das Dogma des internationalen Marxismus wahrhaben wollte. Vor allem war sich die Führung darüber im klaren, daß eine militärische Niederlage, verbunden mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, gerade für die Arbeiterschaft die schlimmsten Auswirkungen haben mußte. Die Sorge um die Zukunft führte auch zu einer Verständigung mit Vertretern bürgerlicher Parteien, wie des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei. In der Friedensresolution des Deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917 kam eine Zusammenarbeit dieser Parteien, die später die Weimarer Koalition bilden sollten, zum Ausdruck.

Der Ausbruch der russischen Oktoberrevolution trug wesentlich zur Verschärfung der inneren Gegensätze bei. Uferlose Forderungen der Vaterlandspartei des Großadmirals von Tirpitz, die, gestützt auf die Oberste Heeresleitung, für einen Eroberungs- und Machtfrieden agitierte, gleichgültig, ob der Krieg dadurch verlängert wurde, erbitterten große Teile der Bevölkerung, die immer mehr unter Lebensmittelschwierigkeiten und Kohlenmangel zu leiden hatten. Das Mißverhältnis der Notlage in den Städten und der annexionistischen Politik führte Ende Januar 1918 zu Streiks in der Rüstungsindustrie, die aber von der Regierung durch Verschärfung des Belagerungszustandes rasch beendet werden konnten. Vertreter der SPD und USPD waren in die Streikleitung eingetreten. Die Vertreter der SPD, Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun, aus dem Grunde, um eine Ausweitung zu verhindern, die sie in Anbetracht der Lage für gefährlich und aussichtslos hielten. Durch ihre Beteiligung kam die Sozialdemokratie aber in ein schiefes Licht. Die Spartakusanhänger und die radikalen Elemente der Unabhängigen erhoben jetzt gegen sie den Vorwurf, die Arbeiterschaft verraten zu haben, während aus den Reihen der Konservativen und Alldeutschen Beschuldigungen kamen, der kämpfenden Front in den Rücken gefallen zu sein und das Vaterland in Gefahr gebracht zu haben.

3. Die Revolution

Am 28. September 1918 forderte die Oberste Heeresleitung wegen der kritischen Lage an den Fronten und des Zusammenbruchs der Bundesgenossen den sofortigen Waffenstill-

stand. Der Reichskanzler, Graf Hertling, trat zurück. Sein Nachfolger, Prinz Max von Baden, erstrebte für die kommenden Verhandlungen mit den Feindmächten eine Regierungsbildung auf breiter Basis, unter Einschluß der Sozialdemokratie, an die jetzt die Aufforderung erging, sich zu beteiligen und Vertreter zu nominieren.

Die seelischen Auswirkungen des militärischen Zusammenbruchs mußten um so größer sein, als die öffentliche Meinung bisher mit überschwänglichen Hoffnungen auf einen Siegfrieden genährt worden war. Für die sozialdemokratische Führung bedeutete diese Situation einen schweren Schlag. Denn sie hatte alle im Bereiche ihrer Möglichkeiten liegenden Anstrengungen unternommen, um den Krieg ohne eine Niederlage zu beenden und dabei die Einheit der Gesamtpartei aufs Spiel gesetzt. Aber dieses Opfer erwies sich als umsonst. Die Gesamtpartei war in die beiden Lager der „Sozialpatrioten“ und „Sozialpazifisten“ zerrissen, und die katastrophale Niederlage stand vor der Tür. Sollte die Sozialdemokratie jetzt das bankerotte Erbe der Staatsführung übernehmen sowie von dem Angebot des Prinzen Max Gebrauch machen und in die neue Regierung eintreten?

Im Vorstand kam es deswegen zu heftigen Auseinandersetzungen. Scheidemann und Landsberg sprachen sich für die Ablehnung aus, aber Ebert trat für die Beteiligung ein, um zu retten, was noch zu retten war, und um den sinnlos gewordenen Krieg auf dem schnellsten Wege zu beenden. Es gelang Ebert, den Vorstand und die Reichstagsfraktion zu überzeugen. Die Mitglieder fügten sich der Fraktionsdisziplin. In der Reichstags Sitzung vom 22. Oktober 1918 begründete Ebert seinen Standpunkt: „Gewiß, es wäre bequemer für uns, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. Aber in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und vor der Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten.“¹²⁾

Während die Spartakisten jetzt in verstärktem Maße die proletarische Diktatur und das Bündnis mit der Sowjetunion forderten und die USP auf der sofortigen Errichtung einer sozialistischen Republik bestand, traten Scheidemann und der Gewerkschaftsführer Gustav Bauer in das neugebildete Kabinett des Prinzen Max von Baden ein, zusammen mit Vertretern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen. Eine

12) In: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314 (Sten. Ber.), S. 6182.

grundlegende Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 erhob den Reichstag zur Zentralgewalt, setzte das gleiche Wahlrecht in Preußen durch, beseitigte das persönliche Regiment des Kaisers durch Ministerverantwortlichkeit und erweiterte die Presse- sowie die Versammlungsfreiheit. Die von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Parlamentarisierung war jetzt Wirklichkeit geworden; ihre immer wieder vorgebrachten Forderungen hatten durch einen gesetzgeberischen Akt, dessen Wirkung für das damalige Regierungssystem als revolutionär bezeichnet werden muß, ihre Erfüllung gefunden. Aber diese Maßnahmen der Regierung kamen zu spät. Die Ereignisse gingen über die Entwicklung hinweg.

Eine Meuterei auf den Schiffen der Hochseeflotte, deren Matrosen sich weigerten, noch einmal gegen die englische Flotte auszulaufen, führte zum Ausbruch der Revolution. Der Funke sprang von der Marine auf die Garnisonstruppen über. In wenigen Tagen waren die größeren deutschen Städte in den Händen revoltierender Matrosen und Soldaten. Am 9. November erreichte die Flutwelle Berlin; der Kaiser, der sich schon seit Tagen nicht mehr in der Hauptstadt befand, dankte ab.

Der Sieg der Revolution war vollständig, da das alte monarchische System von den eigenen Vertretern und Anhängern preisgegeben wurde. In den Städten bildeten sich überall nach dem Muster der russischen Revolution von 1905 und 1917 Arbeiterräte, während im Heer, besonders in der Heimat und der Etappe, als Zeichen einer revolutionären Auflehnung der Mannschaften Soldatenräte entstanden. Beide Organisationen arbeiteten meistens in enger Gemeinschaft miteinander und gaben sich eine gemeinsame Leitung, den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der bald in allen deutschen Bundesstaaten die Verwaltungstätigkeit der militärischen und zivilen Behörden kontrollierte. Die Hoffnung der Spartakisten, durch die Proklamierung einer Räterepublik nach russischem Muster fertige Tatsachen zu schaffen, wurde am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann zunichte gemacht, der gegen den Willen Eberts von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus die Deutsche Republik ausrief: „Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht! Seid einig, treu und pflichtbewußt! Das Alte und Morsche, die Monarchie, ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es

lebe die Deutsche Republik!¹³⁾. Mit dieser Proklamation erreichte Scheidemann zwar, daß die „Freie Sozialistische Republik“, die Karl Liebknecht, der im Oktober aus dem Zuchthaus entlassen worden war, einige Stunden später vor dem Berliner Schloß ausrief, lediglich eine Episode blieb¹⁴⁾. Aber die Grundfrage: Beendigung oder Fortführung der Revolution war damit nicht erledigt.

Mehrheitssozialisten und Unabhängige, in deren Händen die lokale politische Führung der revolutionären Bewegung lag, verhandelten jetzt um ein gemeinsames Programm. Die USP wollte die günstige Situation ausnützen, eine vorübergehende Diktatur des Proletariats errichten und ausgedehnte Sozialisierungsmaßnahmen innerhalb der Wirtschaft und Verwaltung durchzuführen. Sie verlangte auch, daß die Staatsgewalt und Verwaltung unter Ausschluß bürgerlicher Elemente den Händen von gewählten Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft anvertraut werde. Die Sozialdemokratie legte aber gerade auf diese Fachkräfte den größten Wert, die zur Demobilisierung, zum Wiederaufbau einer Friedenswirtschaft und zur Sicherung der Ernährung dringend gebraucht wurden. Dieser Standpunkt setzte sich durch. Ebenfalls nach russischem Muster wurde ein Rat der Volksbeauftragten gebildet, in dem drei Mehrheitssozialisten, Ebert, Scheidemann und Otto Landsberg, saßen sowie drei Unabhängige, Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth. Letzterer war der Vertreter der Revolutionären Obleute, einer schon seit 1917 in Berlin bestehenden illegalen, radikal gesinnten Betriebsorganisation, die sich der USP angeschlossen hatte. Mit Ausnahme des wenig bekannten Barth handelte es sich um Männer, die sich bisher in der Arbeiterbewegung bewährt hatten. Ebert, die stärkste Persönlichkeit, spielte sofort eine führende Rolle. Auch bürgerliche Fachleute wurden hinzugezogen und betätigten sich als Staatssekretäre. „Ich würde allein mit Freuden die Regierung ergriffen haben“, schrieb Hugo Haase an seinen Sohn, „wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde. So müssen wir manches in Kauf nehmen, was uns contre coeur ist. Der revolutionäre Elan wird stark ge-

13) Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialisten, Dresden 1928, Bd. II, S. 311.

14) Proklamation vom 9. November 1918, 4 Uhr nachmittags. In: Vossische Zeitung Nr. 576 vom 10. November 1918.

dämpft.“¹⁵⁾ Ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der auf einem Kongreß gewählt worden war, sollte die Tätigkeit der Volksbeauftragten überwachen.

Die Oberste Heeresleitung hatte sich den neuen Machthabern im Interesse eines reibungslosen Rückmarsches der Fronttruppen zur Verfügung gestellt. Am 15. November kam es außerdem zu einer Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern für die Übergangszeit, durch die ein Zentralauschuß gegründet wurde, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen paritätisch vertreten waren, um gemeinsam Maßregeln zur Durchführung der Demobilisierung und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens festzusetzen.

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, die sich unverhofft und unvorbereitet an die Spitze eines besiegten Volkes gestellt sahen, weigerten sich, eine „proletarische“ Revolution gutzuheißen. Sie wollten keine neue Staatsform aufzwingen. Vielmehr sollte eine vom ganzen Volke gewählte Nationalversammlung über die staatliche Zukunft Deutschlands entscheiden, wobei für Ebert kein Zweifel bestand, daß diese Entscheidung zugunsten einer parlamentarisch-demokratischen Republik ausfallen würde. Der Gedanke einer Nationalversammlung, verbunden mit einer demokratischen Erneuerung der Selbstverwaltungskörperschaften in den Ländern, Provinzen und Gemeinden, entsprach durchaus den alten Forderungen der Sozialdemokratie. Gegen diese Auffassung erhob sich die Opposition der Spartakisten, denen sich ein großer Teil der USP anschloß. „Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück“, erklärte Rosa Luxemburg. „Er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums.“¹⁶⁾

Die Volksbeauftragten kündigten die Einführung des Acht-Stunden-Tages an, hoben die alte Gesindeordnung auf, gaben den öffentlichen Beamten das unbeschränkte Koalitionsrecht und führten das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen ein, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Es folgten die Einrichtung einer Erwerbslosenfürsorge und die Neuregelung der Krankenversicherung sowie der Tarifverträge. Eine Sozialisierungskommission wurde eingesetzt, die behutsam zu Werke gehen und entspre-

chende Maßnahmen in dafür geeigneten Betrieben einleiten sollte. Ein radikales Eingreifen in die Wirtschaft und in den Großgrundbesitz war nicht vorgesehen.

Die Frage Diktatur des Proletariats oder parlamentarische Demokratie stand in der Öffentlichkeit zur Debatte. Die Sozialdemokraten erblickten in der von radikaler Seite propagierten Räteregierung die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit des Volkes, während der linke Flügel der USP, die Spartakisten sowie die revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe unter dem Eindruck der russischen Revolution zu der Überzeugung kamen, daß man auch in Deutschland konsequent ein sozialistisches Staatswesen schaffen müsse. Die Entscheidung fiel auf einer Reichstagung der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. Trotz aller Störversuche von seiten radikaler Unabhängiger und Karl Liebknechts Spartakisten gelang es den Mehrheitssozialisten, die Anwesenden von der Notwendigkeit einer Nationalversammlung zu überzeugen. Das Mitglied des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, Max Cohen-Reuß, verkündete: „Im Interesse unseres Landes, das jetzt unser Land geworden ist, das wir alle aus tiefster Seele lieben, dem wir in seiner höchsten und größten Not nur um so fester die Treue halten wollen, im Interesse des deutschen Volkes und besonders der Arbeiterschaft und im Interesse auch der neu aufzubauenden Menschheitsorganisation, vom Standpunkt der Demokratie und des Sozialismus aus, brauchen wir die Nationalversammlung, die den Willen des deutschen Volkes feststellt.“¹⁷⁾ Mit überwiegender Mehrheit (344 gegen 98 Stimmen) wurde ein entsprechender Antrag angenommen und die Wahl für den 19. Januar 1919 festgesetzt. Auch Haase und Dittmann hatten dafür gestimmt.

Der linke Flügel der USP, dem noch die Mitglieder des Spartakus-Bundes angehörten, verließ daraufhin den Kongreß und überließ es den Mehrheitssozialdemokraten, die maßgebenden Posten im Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte mit ihren Vertrauensleuten zu besetzen. Das war aber nur das Vorspiel zum endgültigen Bruch.

Als es in Berlin am 24. Dezember 1918 zu einer Meuterei von Angehörigen der sogenannten Volksmarinedivision kam, die den sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels festsetzten und die Volksbeauftragten bedrohten, ließ Ebert zur Unterstützung

15) Brief vom 26. November 1918. In: Hugo Haase, Sein Leben und Wirken, herausgegeben von Ernst Haase, Berlin 1929, S. 173.

16) Die Rote Fahne Nr. 5 vom 20. November 1918.

17) Rede vom 19. Dezember 1918. In: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Sten. Ber., Berlin 1919, Spalte 209 f.

Truppen der alten Armee heranholen. Diese Aktion veranlaßte die unabhängigen Mitglieder der Volksbeauftragten, ihre Ämter niederzulegen, weil „die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung gegeben haben“¹⁸⁾. Die Sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell übernahmen daraufhin die Funktionen der Ausgeschiedenen. Dem Rücktritt der unabhängigen Volksbeauftragten folgte im Reich und Preußen die Demission aller Minister und höhere Beamten, die der USP angehörten.

Gleichzeitig trennte sich der Spartakus-Bund endgültig von den Unabhängigen und gründete Ende Dezember 1918 die Kommunistische Partei. In dem Gründungsaufwurf hieß es: „Jetzt hat die Stunde geschlagen, in der alle proletarisch-revolutionären Elemente der USP den Rücken kehren müssen, um eine selbständige Partei mit klarem Programm, festem Ziel, einheitlicher Taktik, höchster revolutionärer Entschlossenheit und Tatkraft zu schaffen, als ein starkes Instrument zur Durchführung der beginnenden sozialen Revolution.“¹⁹⁾

So war Ende 1918 die Arbeiterbewegung in drei feindliche Lager gespalten, die sich unversöhnlich gegenüberstanden. Über den stärksten Anhang verfügte die sozialdemokratische Führung, die danach strebte, ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen aufzubauen und dabei mit der Unterstützung bürgerlicher Kräfte aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten sowie der Obersten Heeresleitung rechnen konnte. Gegen die Mehrheitssozialisten marschierte die radikalisierte USP auf, die eine eindeutig sozialistisch ausgerichtete Republik erstrebte. Und schließlich organisierte sich die kleine Schar der Kommunisten, die eine Diktatur des Proletariats förderte und sich der Hoffnung hingab, einen großen Teil der USP ins Schlepptau nehmen und selbst die Führung an sich reißen zu können.

Im Januar 1919 kam es in Berlin zu Kämpfen, die von den Spartakisten, Mitgliedern der USP und revolutionären Obleuten der Großbetriebe eingeleitet wurden. Die Führer der Aufständischen, Karl Liebknecht und Georg Ledebour, wollten durch Massenaktionen das

18) Begründung des Volksbeauftragten Hugo Haase vom 27. Dezember 1918 über den Austritt der USP. In: Die Freiheit Nr. 79 vom 29. Dezember 1918.

19) Resolution vom 30. Dezember 1918. In: Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Berlin 1919, S. 6 f.

Zustandekommen der Nationalversammlung verhindern und durch den Generalstreik die Räterediktatur erzwingen. Mit Hilfe von Freiwilligenorganisationen, die von ehemaligen Offizieren der kaiserlichen Armee geführt wurden, konnte der energische Volksbeauftragte Noske den Aufstand in wenigen Tagen niederwerfen, da die Führung seiner Gegner planlos handelte und sich unfähig zu irgendwelchen überlegten Aktionen zeigte. Unter den Toten befanden sich auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die von Regierungstruppen nach ihrer Gefangennahme umgebracht wurden. Die Morde an den beiden in der Arbeiterbewegung wegen ihres persönlichen Mutes geachteten Persönlichkeiten erhitze die Leidenschaften der radikalen Elemente nur noch mehr. Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten wurden mit der Schuld an den Vorkommnissen belastet. Im ganzen Reich kam es immer wieder zu ähnlichen Putschen und Streikaktionen. Die allgemeine Radikalisierung kam aber in erster Linie der USP, nicht den Kommunisten zugute.

4. Die staatliche Neuordnung

Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten den Arbeiterparteien nicht die erwartete absolute Mehrheit. 163 Abgeordnete der SPD und 22 der USPD standen 236 Vertretern der bürgerlichen Parteien gegenüber. So sah sich die SPD veranlaßt, mit dem Zentrum und den Demokraten Verhandlungen über eine Regierungskoalition anzuknüpfen, da die USPD jede Mitarbeit verweigerte.

Die Nationalversammlung wählte am 1. Februar 1919 mit 277 Stimmen gegen 49 bei 51 Enthaltungen Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Der Präsident führte sich mit den Worten ein: „Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin...“²⁰⁾ Mit Stolz konnte die Sozialdemokratie darauf hinweisen, daß ein Mann aus ihren Reihen das höchste Amt im Staate angetreten hatte. Am 13. Februar ernannte Ebert die neue Regierung, Philipp Scheidemann trat als „Reichsministerpräsident“ sein Amt an. Über die Richtlinien seiner Partei für die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kabinettsmitgliedern sagte Scheidemann: „Sinnlos und unnützlich“

20) Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, herausgegeben von Eduard Heilfron, Berlin 1920, Bd. I, S. 93.

wäre es, die Tatsache zu verdunkeln, daß innerhalb der neugebildeten Regierung über das Ideal einer künftigen Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen... Aber ich glaube sagen zu dürfen: kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt werden kann, noch — ohne die schwerste Gefahr für das Ganze — übersehen werden darf. Auch die nichtsozialistischen Mitglieder der Regierung wissen, daß die sozialistischen nicht aufgehört haben und nicht aufhören werden, Sozialisten zu sein, und demgemäß auch im Kabinett für ihre Überzeugung eintreten werden. Nicht aber denken wir daran, auf unsere Kollegen oder auf diese Versammlung eine unzulässige, mit dem Geist der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben.“²¹⁾

Die neue Regierung sah ihre Hauptaufgabe darin, im Innern wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen und zu erhalten. Das revolutionäre sowjetische Beispiel schreckte, besonders da ein Bürgerkrieg nach russischem Vorbild in dem dichter besiedelten Industriestaat Deutschland noch katastrophalere Auswirkungen haben mußte. Dazu kam die außenpolitische Bedrohung durch die siegreichen Ententemächte und die separatistischen Bestrebungen an Rhein und Ruhr sowie in Bayern.

Der Nationalversammlung gelang es in wenigen Monaten, eine neue staatliche Ordnung zu errichten. Schon am 11. August 1919 wurde die neue Reichsverfassung verabschiedet, nach der das Deutsche Reich als demokratischer Staat aufgebaut war. Die durch die Revolution aufgeworfenen Fragen einer neuen Sozialordnung blieben unentschieden, dem sozialistischen Gedankengut wurden aber starke Konzessionen gemacht. So waren z. B. die Organisationen der Gewerkschaften und die Betriebsräte im Artikel 165 in der Verfassung verankert. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung blieb aber als Ganzes bestehen.

Die parlamentarische Leistung der Nationalversammlung muß um so höher bewertet werden, weil die gesetzgeberische Tätigkeit unter dem Druck der Verhandlungen in Versailles geführt werden mußte. Die Auseinandersetzungen um den Friedensvertrag führten schließlich zum Rücktritt Scheidemanns, da er die Annahme verweigern wollte. Die Nachfolge trat Gustav Bauer an. Erst nach schweren Auseinandersetzungen konnte dieser schließlich, nachdem die Ententemächte mit dem Einmarsch von Truppen in deutsches Gebiet ge-

21) Die Deutsche Nationalversammlung, Bd. I, S. 108.

droht hatten, eine Mehrheit für die Unterzeichnung zustandebringen.

Die schweren Bedingungen des Versailler Vertrages zerstörten die Illusionen derjenigen Sozialdemokraten, die von der Neuordnung im Innern außenpolitische Erleichterungen erwartet hatten. Die folgenden Monate bedeuteten daher für die Sozialdemokratie, die das Erbe des kaiserlichen Regimes angetreten hatte, eine Kette von Enttäuschungen. Denn die wirtschaftlichen Kriegsfolgen führten zu weiteren Streiks und Unruhen. Ein Teil der Arbeiterschaft war darüber erbittert, daß die erwartete Sozialisierung der Betriebe nicht voranschritt und die Arbeiterräte der Auflösung verfielen. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie im Juni 1919 fällte der ehemalige Volksbeauftragte und spätere Wirtschaftsminister Rudolf Wissell das bittere Urteil: „Trotz der Revolution sieht sich das Volk in seinen Erwartungen enttäuscht. Es ist nicht das geschehen, was das Volk von der Regierung erwartet hat. Wir haben die formale politische Demokratie weiter ausgebaut. Gewiß. Aber wir haben doch nichts anderes getan als das Programm fortgeführt, das von der Kaiserlich Deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden schon begonnen worden war . . . Wir konnten die Massen nicht befriedigen, weil wir kein richtiges Programm hatten . . . Wir haben im wesentlichen in den alten Formen unseres staatlichen Lebens regiert. Neuen Geist haben wir diesen Formen nur wenig einhauchen können. Wir haben die Revolution nicht so beeinflussen können, als das Deutschland von einem neuen Geist erfüllt schiene . . . Ich glaube, die Geschichte wird wie über die Nationalversammlung auch über uns in der Regierung hart und bitter urteilen.“²²⁾

5. Die Jahre der Bedrohung von innen und außen

Die Führung der Sozialdemokratie wurde durch den Drang nach Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft unsicher, der sich besonders in den Reihen der USPD äußerte, deren linker Flügel nach dem plötzlichen Tode Hugo Haase — er starb an den Folgen eines Attentats — eine erhebliche Verstärkung erfuhr. Die gleiche Radikalisierung setzte sich aber auch in den Kreisen der wieder erstarkenden Rechtsparteien und der mit ihnen sympathisierenden militärischen Verbände fort. Gerade den Regierungsparteien, vor allem aber der Sozialdemokratie, wurde von rechts und links die

22) Rede vom 14. Juni 1919. In: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 363 f.

Schuld an der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage zugeschoben. Dazu kam die Unzufriedenheit der zahlreichen Freikorpsformationen, die wegen der Versailler Entwaffnungsbestimmungen mit ihrer baldigen Auflösung rechnen mußten. Die Regierung fürchtete diese Verbände, die teilweise in der Hand reaktionärer Offiziere waren, andererseits brauchte sie diese Truppen zur Unterdrückung der immer wieder aufflammenden Aufstände. Es war in den vorhergehenden Monaten nicht gelungen, Regimenter aus zuverlässigen republikanischen Elementen aufzustellen, denn gerade die Arbeiterschaft, auf deren Unterstützung man hoffte, wollte keine Waffen mehr tragen, auch nicht zum Schutze der Republik. „Jetzt begeistert man sich ja wieder für eine republikanische und revolutionäre Arbeitertruppe. Wo wir sie hatten, taugte sie nichts, sie debattierte und war niemals zu haben, wenn Gefahr im Verzuge war . . . Ein vollständiger Kladderadatsch der Truppe, die redet und diskutiert und die Waffe nicht in die Hand nimmt, wenn man sie braucht.“²³⁾ Mit diesen Worten konnte sich Noske später gegen wiederholte Vorwürfe aus den eigenen Reihen rechtfertigen.

In dieser Situation kam es zu dem Kapp-Putsch, einer Aktion monarchisch gesinnter Offiziere und Beamten, die die Reichshauptstadt durch Truppen der Brigade Erhardt besetzen ließen. Da die Führung der Reichswehr in ihrer Mehrzahl nicht bereit war, den Meuterern entgegenzutreten, entzogen sich Reichspräsident Ebert und die Regierungsmitglieder der drohenden Verhaftung und wichen erst nach Dresden, dann nach Stuttgart aus. Ein von den Gewerkschaften proklamierter Generalstreik, dem sich die Arbeiterschaft und große Teile der Beamten anschlossen, ließ das Unternehmen schon nach fünf Tagen zusammenbrechen, zumal sich der überwiegende Teil der Reichswehr abwartend verhielt. Die Folge des Kapp-Unternehmens waren schwere Unruhen der Linksradikalen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet und in Mitteldeutschland, die auch zu örtlichen Erfolgen der Aufständischen führten. Sie konnten erst zur Kapitulation gezwungen werden, nachdem Truppen in verstärktem Maße herangeholt worden waren.

Diese Ereignisse hatten die Autorität der Regierung stark erschüttert. Ein Versuch des Gewerkschaftsführers Legien, die Arbeiterparteien- und Organisationen in einer Regierung zusammenzufassen, scheiterte an der ab-

weisenden Haltung der Kommunisten und des linken Flügels der USPD. So blieb der Sozialdemokratie nichts weiter übrig, als noch einmal eine Koalitionsregierung mit ihren früheren Partnern zu bilden. An die Stelle Otto Bauers trat jetzt Hermann Müller, Reichswehrminister Noske und der preußische Innenminister Wolfgang Heine, die beide durch ihre fahrlässige Vertrauensseligkeit das Kapp-Unternehmen unbewußt gefördert hatten, mußten zurücktreten, obwohl Ebert große Anstrengungen unternahm, wenigstens Noske zu halten. Das Reichswehrministerium übernahm der Demokrat Otto Geßler. Die Sozialdemokratie versäumte es, diesen wichtigen Posten mit einem Vertrauensmann zu besetzen, nachdem ihn der dafür vorgesehene Otto Wels abgelehnt hatte, weil ihm die interne Parteiarbeit mehr lag. Das Verhältnis zwischen Reichswehr und Sozialdemokratie blieb auch in den nächsten Jahren gespannt.

Die prekäre Lage im Innern, verbunden mit der Furcht vor neuen bewaffneten Aktionen der Linksradikalen, hinderte das neue Kabinett so durchzugreifen, wie es nach dem Kapp-Putsch nötig gewesen wäre, um die kompromittierten Offiziere und höheren Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Von einer strengen Bestrafung der Schuldigen und einer kontinuierlichen Republikanisierung der Reichswehr und Verwaltung war nicht mehr die Rede. Der neue Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, führte eine Entpolitisierung der Truppe in dem Sinne durch, daß er sie zu einem Staat im Staate heranbildete. Von der übrigen politischen Entwicklung ließ sich Seeckt nur wenig beeinflussen.

Die Reichstagswahl vom 6. Juni bedeutete für die Parteien der Weimarer Koalition eine schwere Niederlage. Die Sozialdemokratie erhielt sechs Millionen Stimmen, gegenüber 11,5 Millionen bei den Wahlen zur Nationalversammlung, während die Unabhängigen erheblich zu nahmen und fünf Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die Kommunisten, die zum ersten Male an den Wahlen teilnahmen, brachten es nur auf 500 000 Stimmen. Ihre wiederholten Putsche hatten sich nicht ausgezahlt, sondern einen großen Teil der Arbeiterschaft mißtrauisch gemacht. Das Kabinett Müller trat zurück. An der neuen Regierung, die der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach bildete, war die Sozialdemokratie nicht mehr beteiligt.

Mit größerem Glück konnte sie sich aber in Preußen, dem größten der deutschen Länder, behaupten, wo Otto Braun nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches eine Koalitionsregierung zusammen mit dem Zentrum und

23) Rede Noskes auf der Reichskonferenz der SPD am 5. Mai 1920. In: Vorwärts Nr. 230 vom 5. Mai 1920.

den Demokraten gebildet hatte, die mit kurzen Unterbrechungen bis 1932 amtierte. Zusammen mit dem Innenminister Severing wurde Braun eine der einflußreichsten politischen Persönlichkeiten in Preußen. Die Stabilität dieser Regierung bedeutete eine starke Stütze für die Reichspolitik. Braun führte gegen alle Angriffe von links und rechts einen streng republikanischen Kurs durch. Mit Hilfe einer gut ausgebildeten Polizei gelang es, die Aufstandsversuche der Kommunisten und ihrer Tarnorganisationen sowie drohende Bürgerkriegsvorbereitungen von rechtsradikaler Seite im Keime zu ersticken und den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik in der Öffentlichkeit Preußens Achtung zu verschaffen.

Der Erfolg, den die USPD bei den Reichstagswahlen errungen hatte, war aber nur scheinbar, denn die Partei war innerlich zu sehr zerrissen. Die gemäßigten Elemente wurden ausgeschaltet. Schon im Dezember 1919 hatten die Radikalen sich zur bolschewistischen Dritten Internationale bekannt. Im Juli 1930 sandte die Parteiführung eine Abordnung nach Moskau, um diesen Anschluß zu vollziehen, wobei aber eine gewisse Unabhängigkeit durchgesetzt werden sollte. Die Bedingungen der Kommunistischen Internationale (21 Moskauer Punkte) lauteten aber, jede Selbständigkeit preiszugeben, diejenigen Mitglieder der USPD, die damit nicht einverstanden waren, aus der Partei auszuschließen, den alten Parteinamen aufzugeben und sich schließlich der zahlenmäßig schwachen Kommunistischen Partei Deutschlands anzuschließen. Im Oktober 1920 kam es auf dem Parteitag in Halle zur Entscheidung. Der Kominternchef Sinowjew, der die deutsche Sprache beherrschte, griff selbst in die Debatte ein. Seiner demagogischen Beredsamkeit gelang es, die Mehrheit der Zuhörer zu überzeugen. Die treffenden Gegenargumente Rudolf Hilferdings konnten dagegen nicht durchdringen: „Wenn die Politik so einfach wäre, so wäre es außerordentlich leicht, aber ich bin allerdings der Meinung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk auch in dem Sinne sein muß, daß sie auch ihre eigene Denkarbeit sein muß, die nicht ersetzt werden kann dadurch, da man Erfahrungen anderer Länder einfach auf die deutschen Verhältnisse anwendet. Wir müssen unsere politischen Probleme selbst lösen, und diese Lösung können wir nicht von außen akzeptieren, so wichtig es ist, daß wir aus den Erfahrungen der russischen Revolution lernen, lernen was zu machen ist, und sehr auch lernen, wie es nicht zu machen ist. Aber ebenso wichtig ist, daß wir

diese Erfahrungen selbst verarbeiten, selbst anwenden in der eigenen Praxis . . .“²⁴⁾.

Bei der Abstimmung bekannten sich 236 Delegierte zu den Moskauer Thesen, 156 dagegen. Im Dezember 1920 schloß sich die Mehrheit den Kommunisten an und rettete damit deren durch die wiederholten vergeblichen Putschversuche stark geschwächten Mitgliederbestand. Jetzt erst wurde die KPD eine Massenpartei.

Im Juni 1922 ging die restliche USPD schließlich auf das Angebot der sozialdemokratischen Führung ein, sich mit ihr zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Im September des gleichen Jahres erfolgte der endgültige Anschluß mit einem Bekenntnis zur Republik: „Was will die Vereinigte Sozialdemokratische Partei? Sie will Schutz und Festigkeit der Republik. Sie will, daß das deutsche Volk bewußt und freudig bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit teilnehme an dem Wiederaufbau der Welt, daß ihm aber auch das gleiche Recht teil werde wie jedem anderen, und daß ein Ende gemacht werde mit einer Politik böswilliger Überlastung und zerstörender Gewaltmaßregeln . . .“²⁵⁾. Unter denen, die sich freiwillig der Sozialdemokratie wieder anschlossen, befanden sich auch Dittmann und Hilferding.

Die Geschichte der USPD war beendet. Eine kleine Gruppe unter Ledebour, die selbständig fortwirken wollte, besaß keinen Einfluß mehr. Der Zerfall der Partei hatte gezeigt, daß in der deutschen Geschichte auf längere Sicht zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus keine Betätigungsmöglichkeit mehr für eine dritte Arbeiterpartei vorhanden war. Die Trennungswand zwischen demokratischem Sozialismus und totalitärem Kommunismus war aufgerichtet. Im Rückblick auf diese Ereignisse stellte Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD fest: „Die deprimierendsten Stunden in meinem Parteileben erlebte ich in dem Kampf, den ich in der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen die Anhänger der 21 Moskauer Punkte führen mußte. Viele Arbeiter haben nicht verstanden, was sie preisgaben, als sie sich diesen 21 diktatorischen Bedingungen nicht nur für das Staatsleben, sondern sogar für die eigene Partei unterordneten.“²⁶⁾

24) Referat vom 15. Oktober 1920. In: USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 180 f.

25) Einigungsparteitag zu Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen vom 24. September 1922, Berlin 1922, S. 20 f.

26) Referat vom 26. Mai 1927 über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. In: Sozialdemokratischer Parteitag in Kiel, Berlin 1927, S. 165.

Die Verschmelzung zwischen SPD und der restlichen USPD hatte sich verhältnismäßig reibungslos vollzogen, weil beide Seiten den ehrlichen Willen hatten, den Streit der vergangenen Jahre ruhen zu lassen und im Interesse der Arbeiterschaft positiv am staatlichen Aufbau mitzuarbeiten. Gestützt auf die Freien Gewerkschaften besaß die Sozialdemokratie jetzt wieder eine Mehrheit innerhalb der sozialistischen Bewegung Deutschlands. Die Partei hielt an den Methoden der parlamentarischen Demokratie und der gewerkschaftlichen Aktion fest, um die Situation der Arbeiter und Angestellten in einer Zeit steigender Inflation und Reparationsverpflichtungen, die das Wirtschaftsleben in wachsendem Maße bedrohten, erträglich zu gestalten. Die Partei erklärte sich auch weiterhin bereit, an Koalitionsregierungen mit denjenigen bürgerlichen Parteien teilzunehmen, die sich der Republik verbunden fühlten. In allen Fragen, die eine Sozialisierung der Industrie und des Großgrundbesitzes sowie die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung betrafen, war die Sozialdemokratie daher zu einer zurückhaltenden Politik gezwungen.

So beteiligten sich Vertreter der SPD im Kabinett des Reichskanzlers Dr. Wirth, der dem linken Flügel des Zentrums angehörte und zu den christlichen Gewerkschaften Beziehungen unterhielt. Der überzeugte Demokrat Wirth leitete in Übereinstimmung mit seinen sozialdemokratischen Koalitionspartnern die sogenannte Erfüllungspolitik ein. Ihr lag der Gedanke zugrunde, durch pünktliche Reparationszahlungen den guten Willen Deutschlands zu beweisen und eine außenpolitische Beruhigung herbeizuführen. Auf diese Weise hoffte Wirth, die Siegermächte bald von den Grenzen der deutschen Zahlungs- und Liefermöglichkeiten überzeugen zu können. Der Erfolg dieser Politik blieb aber aus, da sich die Ententemächte noch nicht zu mildernden Bedingungen bereit erklärten. Der wirtschaftliche Druck auf dem besiegten Lande blieb bestehen. Die Autorität und Volkstümlichkeit der Koalitionsparteien verbrauchte sich daher schnell. Die Opposition der Gegner von rechts und links gegen die „Erfüllungspolitiker“ nahm zu, desgleichen die Verbitterung großer Volksschichten.

Während die SPD das republikanische Staatswesen und seine Gesetze respektierte, verfolgten die Kommunisten andere Ziele. Durch die Spaltung der USPD zur Massenpartei herangewachsen, führten sie eine Politik gemäß den Weisungen der Moskauer Internationale

durch. Sie bemühten sich, ihre Bewegung mit allen Mitteln vorwärts zu treiben und suchten jede Möglichkeit des bewaffneten Aufstandes wahrzunehmen. Da aber die erhoffte allgemeine Erhebung der Arbeiterschaft ausblieb, brachen die von ihnen inszenierten Aufstände und Streikaktionen immer wieder rasch zusammen. Die Folge davon war, daß innerhalb der KPD eine Führungskrise die andere ablöste. Funktionäre, die gegen die Autorität der Moskauer Führung auftraten, wurden als „Gegenrevolutionäre“ oder „Verräter“ aus der Partei ausgestoßen. So gelang es der bolschewistischen Internationale, in kurzer Zeit jede selbständige Regung in der Leitung der KPD abzutöten.

Die Kluft zwischen SPD und KPD mußte daher immer größer werden. Die Sozialdemokratie blieb ihrer Tradition, die im europäischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts wurzelte, treu. Neben den Forderungen nach sozialer Gleichberechtigung und dem Aufbau vorbildlicher Sozialeinrichtungen blieb für sie auch die Wertschätzung des Einzelmenschen sowie der Freiheitsbegriff bestehen. Die Kommunistische Partei richtete sich dagegen nach den totalitären Begriffen des diktatorischen sowjetischen Systems aus, das die Herrschaft mit Hilfe einer mit allen Vollmachten ausgestatteten brutalen Geheimpolizei ausübte. Für die herrschende Funktionärsschicht bedeutete die individuelle Freiheit gemäß Lenins Auffassung lediglich ein „kleinbürgerliches Vorurteil“.

Die Sozialdemokratie bemühte sich auch, ihre Parteipolitik der allgemeinen Entwicklung anzupassen. Die bisher noch geltenden Richtlinien des Erfurter Programms aus dem Jahre 1891 ersetzte sie durch ein neues Programm, das im September 1921 auf dem Parteitag in Görlitz angenommen wurde. Es bejahte die derzeitige Staatsform, entwickelte schon seit langem bestehende reformistische Gedankengänge weiter und forderte für alle Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens weitgehende Reformen: „Die Sozialdemokratische Partei . . . betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die

Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns . . ." 27).

Die weitere innenpolitische Entwicklung sowie die enge Verbindung mit den ehemaligen Mitgliedern der USPD erforderten aber bald eine Revidierung der Görlitzer Thesen. Ein neues Programm, das auf dem Heidelberger Parteitag im September 1925 angenommen wurde, näherte sich wieder stärker den marxistischen Grundsätzen von früher, betonte die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und kam den Linkstendenzen vieler Mitglieder entgegen: „Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an den Organisationen der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften. Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts . . ." 28). Diese Forderungen bestanden aber nur in der Theorie, die Praxis blieb evolutionistisch.

Das Jahr 1923 erwies sich durch den französischen Ruhreinmarsch auch für die Sozialdemokratie als äußerst kritisch. Sie nahm zusammen mit den Gewerkschaften an dem vom Kabinett des Reichskanzlers Cuno ausgerufenen passiven Widerstand teil und stellte sich der neuen nationalen Einheitsfront zur Verfügung.

Die Lahmlegung des Produktionszentrums an der Ruhr führte sofort zu einem Verfall der gesamten Wirtschaft. Gleichzeitig nahm die schon seit 1919 schwelende Inflation gewaltige Ausmaße an. Das Geld verlor jeden Wert. Die Hauptleidtragenden waren die Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Mittelstand, dessen Ersparnisse und Vermögen sich in ein Nichts auflösten. Die rasende Geldentwertung hob alle vorhandenen Begriffe von Eigentum und Gesetzlichkeit auf. Zudem erwies sich von Monat zu Monat mehr, daß der passive Widerstand an der Ruhr ein Fehlschlag war, der dem eigenen Volke mehr schadete als der französischen Besatzungsmacht.

Die Verzweiflung in breiten Kreisen des Volkes, die eine revolutionäre Stimmung auf-

27) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, S. III ff.

28) Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, Berlin 1925, S. 5f. Heidelberger Programm vom 14. September 1925.

kommen ließ, stellte auch der Sozialdemokratie unlösbare Aufgaben. Sie war entschlossen, alles zu tun, um den Ruhrkampf und die Inflation auf legale Weise zu beenden und erklärte sich zu diesem Zweck auch bereit, wieder in eine Regierungskoalition einzutreten. Auch die Gewerkschaften wurden mit in die Krise hineingezogen, denn die Inflation vernichtete ihre Vermögenswerte und machte zudem alle Tarifverträge sinnlos, da die Geldentwertung schon wenige Tage später alle Abmachungen überholt hatte.

Aus den Reihen der Arbeiterschaft wurde die Sozialdemokratie jetzt beschuldigt, die Dinge treiben zu lassen, Vorwürfe, die eigentlich der Regierung des Reichskanzlers Cuno hätten gelten müssen, in der die Partei nicht vertreten war. Es bildete sich eine neue linke Gruppe, die aber nichts mit der früheren USPD zu tun hatte. Es handelte sich um maßgebende Funktionäre in Sachsen und Thüringen, die eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ablehnten, dafür aber bereit waren, Verbindungen zu den Kommunisten aufzunehmen, um diese zu einer verantwortungsvollen Mitarbeit heranzuziehen und eine proletarische Machtpolitik durchzuführen. Wortführer dieser Radikalen war der sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner, der jetzt im Zusammenwirken mit den Kommunisten in Sachsen proletarische Hundertschaften aufstellen ließ und in der Öffentlichkeit scharfe Angriffe gegen die von der Reichswehrführung mit Wissen der Regierung aufgestellte sogenannte „Schwarze Reichswehr“ führte. Die Kommunistische Internationale sah diese Entwicklung sehr gern, denn nun bot sich wieder eine Möglichkeit, in die deutschen Verhältnisse aktiv einzugreifen. Nachdem die Moskauer Zentrale bei Beginn des Ruhrkampfes der KPD empfohlen hatte, sich in die allgemeine Abwehrfront, sogar zusammen mit den Rechtsradikalen, einzureihen, wurde jetzt beschlossen, auf eine Zusammenarbeit mit der SPD gegen die Regierung in Berlin hinzuwirken.

Am 12. August 1923 trat das Kabinett Cuno zurück. Der Ruhrwiderstand war gescheitert, die Währung vollkommen zerrüttet. Der führende Politiker der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, bildete daraufhin eine Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokratie das Innenministerium (Severing), das Finanzministerium (Hilferding) und das Justizministerium (Radbruch) erhielt. Die sozialdemokratischen Minister wollten den Ruhrkampf beenden, eine Verständigung mit Frankreich herbeiführen und die Währung stabilisieren. Hilferding forderte eine neue Währung auf der Goldgrundlage und beab-

sichtigte, durch eine Verschärfung der Vermögens- und Erbschaftssteuern die nötigen Mittel dafür aufzubringen. Konflikte innerhalb der Regierung führten aber dazu, daß die Deutsche Volkspartei, die gegen die Besteuerung des Besitzes und für die Abschaffung des Achtstundentages eintrat, als Koalitionspartner den Rücktritt Hilferdings durchsetzte.

Die immer komplizierter werdende Lage im Innern, separatistische Aktionen an Rhein und Ruhr, Unabhängigkeitsbestrebungen in Bayern — seit 1919 die Zufluchtsstätte völkischer und militärischer Organisationen und Verbände und der Hitlerbewegung — sowie die Tätigkeit proletarischer Hundertschaften in Sachsen und Thüringen, veranlaßte Stresemann am 26. September 1923 den Ausnahmezustand zu erklären.

Daraufhin traten in Sachsen und Thüringen mit Zustimmung der dortigen Sozialdemokraten kommunistische Vertreter in die Kabinette dieser Länder ein. Das wurde von der Parteileitung der SPD schärfstens mißbilligt. Stresemann ließ als Gegenaktion sofort die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einrücken und die Hundertschaften auflösen. Außerdem setzte die Reichsregierung einen Kommissar ein und veranlaßte die dort amtierenden Regierungen zum Rücktritt, die dann durch rein sozialdemokratische Kabinette ersetzt wurden.

Die sozialdemokratischen Minister der Reichsregierung wollten aber die Verantwortung für diesen Gewaltstreich nicht übernehmen und traten am 2. November 1923 zurück. Obwohl sie mit Zeigners Politik niemals einverstanden waren, mißtrauten sie Stresemann, der gegen den Linksradikalismus mit Militärgewalt vorgegangen war, sich aber weigerte, ähnliche Maßnahmen gegen die stärkeren und darum gefährlicheren Rechtsradikalen in München zu unternehmen.

Die Aktionen in Sachsen und Thüringen hatten aber doch den Erfolg, daß die partikularistischen und separatistischen Kräfte in Bayern vorsichtiger wurden. Ein Putsch Adolf Hitlers konnte mühelos von der örtlichen Polizei und der Reichswehr niedergeschlagen werden.

Die bayerische Regierung erklärte sich daraufhin zum Einlenken bereit. Die am 16. November 1923 erfolgte Ausgabe der Rentenmark machte der Inflation ein Ende und trug schließlich erheblich zur Beruhigung der Verhältnisse bei.

6. Die Jahre der Erholung

Während Ende 1923 das Deutsche Reich vor dem völligen Zusammenbruch zu stehen schien, konnten kritische ausländische Be-

obachter schon im Frühjahr des nächsten Jahres eine erhebliche Besserung der Verhältnisse feststellen. Der militärische Ausnahmezustand wurde aufgehoben, die Währung blieb stabil. Eine Wende der Reparationspolitik kündete sich an, und die Außenpolitik Stresemanns fand in Europa und den USA Vertrauen. Die deutsche Wirtschaft erholte sich schnell unter der belebenden Wirkung von Auslandsanleihen, die Zahl der Arbeitslosen sank.

Der Anfang 1924 durch die Ereignisse der vergangenen Monate geschwächte Sozialdemokratie konnte sich ebenfalls kräftigen. Sie war zwar nicht in der Regierung vertreten, unterstützte aber trotzdem das amtierende bürgerliche Kabinett und vor allem den Reichsaußenminister Stresemann, der neben seinen Bemühungen um die Versöhnung mit den früheren Gegnern Deutschlands eine Politik der „Erfüllung“ der Versailler Forderungen betrieb, um die Voraussetzungen für eine künftige Revision zu schaffen. Die SPD befürwortete den Dawes-Plan und die Auslandsanleihen, mit deren Hilfe neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Zusammen mit den Gewerkschaften bemühte sie sich, den Lebensstandard der Arbeiter weiterhin zu heben und trieb, besonders in Preußen, eine erfolgreiche Kommunalpolitik. Sie beeinflusste außerdem die Sozialgesetzgebung durch positive Vorschläge. Mit ihrer Hilfe wurde im Reichstag ein Gesetz über die Arbeitslosigkeit angenommen und durchgeführt, das den Erwerbslosen ein gewisses Existenzminimum garantierte. Gleichzeitig erfolgte auch der Ausbau des staatlichen Schlichtungswesens. Die Löhne stiegen, die Radikalisierung ließ nach, und auch mancher Vertreter der in Opposition stehenden Rechtsparteien mußte eingestehen, daß die republikanische Verfassung von Weimar doch ein Instrument zur wirtschaftlichen und politischen Gesundung war. Schon bei den Wahlen vom Dezember 1924 erhielt die SPD fast acht Millionen Stimmen, während die KPD Verluste hatte.

In Preußen erzielte die Regierung Braun-Severing, die eine Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten beibehielt, besonders durch die geschickte Behandlung des Zentrumspartners, eine wirkliche politische Stabilität. Es gelang hier, die einflußreichen Stellen mit Vertretern der Koalitionsparteien zu besetzen und einen zuverlässigen Verwaltungsapparat zu schaffen. Vor allem legte man Wert auf den Ausbau der Positionen in der Polizei und im höheren Kommunaldienst. Es gelang auch, eine Polizeitruppe zu organisieren, die allen Anforderungen genügte und im Ernstfalle mit den Unruhen fertig werden konnte,

ohne die Unterstützung der Reichswehr in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Sozialdemokratie hatte auch starken Einfluß in den Länderregierungen von Baden, Hessen und Hamburg sowie zahlreichen Gemeinden, in denen sozialdemokratische Bürgermeister und Stadträte saßen. Unterstützt von Vertretern des Zentrums und der Demokraten gründete sie im Frühjahr 1924 einen Verband republikanischer Frontkämpfer, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das als Gegengewicht zu dem konservativen Stahlhelm und den völkischen Organisationen gedacht war. „Der Bund wird keine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen“, verkündete das Gründungsmanifest. „Die Lösung dieser Aufgaben sei den dazu berufenen republikanischen und wirtschaftlichen Verbänden überlassen. In seinen Reihen nimmt der Bund jeden Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die deutsche Republik einzutreten gewillt ist“²⁹⁾. Das Reichsbanner entwickelte sich bald zu einer Massenorganisation, die einen Mitgliederbestand von fast drei Millionen erreichte.

Während der Einfluß der Sozialdemokraten stieg, schritt die KPD wieder durch schwere Krisen. Da sich ihre Führung nicht dazu durchringen konnte, sich von der sowjetischen Bevormundung zu lösen und eine selbständige deutsche Parteiorganisation aufzubauen, geriet sie immer mehr in Abhängigkeit. Stalin ließ die wenigen noch eigenwilligen Elemente entfernen und setzte dafür seine Vertrauensleute, an ihrer Spitze den Transportarbeiter Ernst Thälmann, ein. Damit war jede eigene Initiative erstickt. Die Parteibürokratie betrachtete sich lediglich als Ausführungsorgan der Moskauer Zentrale und wurde außerdem noch in die Richtungsstreitigkeiten, die Stalin in der Sowjetunion entfesselte, mit hineingezogen.

Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert, der erste Präsident der Republik. Über den Parteien stehend, hatte seine Persönlichkeit die schwierigen Aufgaben seines Amtes gemeistert und viel dazu beigetragen, daß die kritischen Monate des Jahres 1923 überstanden wurden. Das Bürgertum hatte es aber Ebert nicht gedankt. Der „Sattlergeselle“ wurde häufig die Zielscheibe ihres Spottes. Nationalistische Richter bezichtigten ihn außerdem in einem Beleidigungsprozeß des Landesverrats, weil er 1918 in das Komitee der Munitionsarbeiter eingetreten war, um den Streik zu beenden.

Nach dem Tode Eberts kam es zu einer Machtprobe zwischen den Anhängern der Weimarer Koalition und dem Rechtsblock. Nachdem der erste Wahlgang, bei dem die Sozialdemokratie Otto Braun als Kandidaten aufstellte, in Anbetracht der Zersplitterung zu keinem Ergebnis geführt hatte, unterstützte die SPD im zweiten Wahlgang den Kandidaten des Zentrums, Wilhelm Marx, gegen den Kandidaten der Rechten, Generalfeldmarschall von Hindenburg. Die Kommunisten hatten Ernst Thälmann aufgestellt. Mit klarer Mehrheit siegte Hindenburg. Ein preußischer Konservativer alten Stils wurde jetzt Staatsoberhaupt.

In den Jahren der Stabilisierung gewann der republikanische Gedanke zweifellos an Boden. Die sozialdemokratischen Theoretiker versuchten immer wieder, die reformistische Praxis der Partei mit der marxistischen Theorie in Einklang zu bringen. Obwohl viele revolutionäre marxistische Grundsätze der Vergangenheit mit der Gegenwart, in der die Partei das republikanische Staatswesen bejahte, nicht mehr zu vereinbaren waren, zwang die Existenz der Kommunisten die Führung der SPD jedoch, das marxistische Erbe ungeschmälert beizubehalten. Den Anspruch der KPD, die in der Öffentlichkeit als Rivalin im Ringen um die Arbeiterschaft auftrat, alleiniger Vorkämpfer der marxistischen Ideologie zu sein, konnte die SPD nur begegnen, indem sie den Thesen Lenins den liberalen und humanitären Marxismus gegenüberstellte, den Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rudolf Hilferding lehrten.

Das Verharren in doktrinären marxistischen Gedankengängen trug aber wesentlich dazu bei, daß den gesunden nationalen Gefühlswerten im Leben des Volkes von Seiten der SPD zu wenig Beachtung geschenkt wurde, ja, daß man die Propaganda für vernünftige nationale Belange oft den anderen Parteien, vor allem den Deutschnationalen und Nationalsozialisten, überließ. Die törichte, 1922 gefallene Äußerung eines ehemaligen Führers der USPD, Arthur Crispian, „... Wir kennen kein Vaterland, daß man Deutschland nennt. Unser Vaterland ist die Erde, ist das Proletariat, die proletarische Internationale“³⁰⁾, kennzeichnete für spätere Jahre die Einstellung mancher radikal gesinnter Mitglieder. Abgesehen davon, hatte gerade dieser Ausspruch verhängnisvolle Auswirkungen für die Gesamtpartei, da er von den Rechtsextremisten

29) Gründungsauftrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 7. März 1924. In: Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 556.

30) Referat vom 11. Januar 1922. In: USPD-Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, Berlin 1922, S. 128.

immer wieder propagandistisch gegen die SPD ausgewertet wurde.

Aus der Vorkriegszeit hatte die Sozialdemokratie ihren Glauben an den unbegrenzten Fortschritt der Menschheit auch mit in die Weimarer Republik hinübergenommen. Die Führung der Partei, vertreten durch Funktionäre und Gewerkschaftssekretäre, die sich in langjähriger Arbeit bewährt hatten, war fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk im Rahmen des demokratischen Staates einen evolutionären Weg zum allgemeinen Glück finden würde. Die Partei identifizierte sich schlechthin mit der Republik, als deren Hüterin sie sich betrachtete, wenn ihr auch manche staatlichen Einrichtungen mißfielen und vieles reformbedürftig erschien. Ihre Gegner von rechts und links billigten ihr daher diese freiwillig übernommene Verteidigungsrolle gern zu und betrachteten die Sozialdemokratie als die Zielscheibe ihrer ständigen Angriffe. So mußte sich die SPD pausenlos mit den Feindseligkeiten der Kommunisten auseinandersetzen, die sie mit dem Schimpfwort „Sozialfaschisten“ belegten und ihr vorwarfen, das Proletariat verraten zu haben, und sich der Beschuldigungen der Rechtsextremisten erwehren, die sie des Vaterlandsverrats bezichtigten.

Die innere Politik der SPD stellte sich als ein großer Erfolg heraus, als ihr bei den Wahlen vom Mai 1928 über 9 Millionen Stimmen zufielen. Eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei kam zustande. Hermann Müller-Franken wurde zum Reichskanzler berufen, Severing erhielt das Innenministerium, Hilferding das Finanzministerium und Wissell das Arbeitsministerium. Die große Koalition wollte den inneren Frieden erhalten, die republikanischen Einrichtungen schützen und die Lebenshaltung des Volkes weiter verbessern. Eine neue Reparationsregelung, der Young-Plan, verlangte zwar noch hohe finanzielle und wirtschaftliche Leistungen, brachte aber Erleichterungen, wie die Abschaffung der Finanzkontrollen und den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland.

Seit 1919 war das Verhältnis zwischen SPD und Reichswehr äußerst gespannt geblieben. Auch nach dem Abgang des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, blieben die Mißhelligkeiten bestehen. Die Mitglieder der SPD mißtrauten den Offizieren, die nach wie vor zu den Rechtsverbänden Beziehungen aufrecht erhielten, weil sie diese als Reserve für eine künftige Vergröße-

rung der Wehrmacht betrachteten. Erinnerungen an die Zeit des Kapp-Putsches, an die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ von 1923 und die sich häufenden Fememordprozesse trugen dazu bei, gewisse Ressentiments, die schon in der Vorkriegszeit bestanden hatten, neu zu beleben. Alte Streitigkeiten in der Sozialdemokratie, die sich an dem Thema „Wehrhaftigkeit oder Pazifismus“ entzündeten, brachen wieder aus, als die Regierung Müller die Gelder für den Bau eines Panzerkreuzers bewilligte, der schon von dem vorhergehenden bürgerlichen Kabinett beschlossen worden war. Die sozialdemokratische Parteiführung hatte aber bei den Vorbereitungen zu den Wahlen von 1928 dem Drängen pazifistischer Elemente in ihren Reihen nachgegeben und sich propagandistisch gegen den Bau festgelegt. Parteiführung und Reichstagsfraktion distanziierten sich daraufhin von dem Beschluß ihrer Minister, die sich jetzt veranlaßt sahen, der scharfen antimilitaristischen Stimmung in der Partei entgegenzutreten. Auf einen Antrag hin, den Bau überhaupt einzustellen, den die SPD im Reichstag einbrachte, mußten die sozialdemokratischen Minister wegen der Fraktionsdisziplin sogar gegen ihren eigenen früheren Kabinettsbeschluß stimmen. Der Antrag wurde aber mit einer Mehrheit von den anderen Koalitionspartnern abgelehnt. Rückblickend stellte der Chefredakteur der „Lübecker Volkszeitung“, Julius Leber, fest: „Der Panzerstreit wurde für die Partei geradezu ein Verhängnis. Ihre wahren Beweggründe konnten sie (die Minister) nicht sagen, sich einfach zum Bau bekennen mochten sie auch nicht, und so entstand jenes unheilvolle Durcheinander von schlechtem Gewissen und lahmen Ausreden.“³¹⁾

Auf dem Parteitag zu Magdeburg, Mai 1928, sah sich die Führung genötigt, ihre Haltung in der Wehrfrage noch einmal zu überprüfen. Die Richtlinien zur Wehrpolitik vom 28. Mai 1929 bedeuteten einen Kompromiß. Sie bejahten die Landesverteidigung und forderten für die deutsche Republik „eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse“, verlangten aber scharfe Kontrollen des Reiches über alle Verwaltungs- und Rüstungsangelegenheiten der Reichswehr sowie un-

31) Julius Leber: Gedanken zum Verbot der Sozialdemokratie, Juni 1933. In: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber, Berlin 1952, S. 229.

parteiische Rekrutierung und eine Demokratisierung des Militärstrafrechts³²⁾.

Im Herbst 1929 setzte die große Wirtschaftskrise ein, die, von New York ausgehend, Europa ergriff und Deutschland, das jetzt keine ausländischen Anleihen mehr bekam, am schwersten in Mitleidenschaft zog. Die Zahl der Erwerbslosen stieg sprunghaft und erreichte schon 1930 die Ziffer von drei Millionen, zu denen noch Millionen von Kurzarbeitern kamen. Die Steuereinkünfte gingen zurück; es erhob sich überall der Ruf nach Sparsamkeit. Im Kabinett kam es zu schweren Konflikten zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei um die Frage der Arbeitslosenversicherung. Hilferding wurde wieder einmal im Interesse der Koalition geopfert und mußte gehen. Aber bald kam es zu neuen Auseinandersetzungen um das gleiche Problem. Die Gewerkschaften verlangten von Hermann Müller eine feste Haltung, als es um die Höhe der Arbeiterbeiträge zur Arbeitslosenversicherung ging. Im März 1930 brach die Koalition deswegen auseinander. Als verbrauchter und schwerkranker Mann trat Hermann Müller zurück.

Die sich immer mehr verschärfende Krise wirkte sich auch aus dem Grunde so verhängnisvoll aus, weil die Masse der Bevölkerung geglaubt hatte, nach den Not- und Elendszeiten des Krieges, der Revolution und der Inflation jetzt endlich den Weg zu einer ruhigen und stetigen Aufwärtsentwicklung gefunden zu haben. Die Schuld an dieser Wendung wurde wiederum dem bestehenden Staatswesen und den es unterstützenden Parteien zugeschoben. In Schleswig-Holstein kam es zu Bauernunruhen und Bombenattentaten. Die auf Moskauer Verlangen wieder aggressiv auftretende KPD glaubte ihren Radikalismus beweisen zu müssen und hatte es trotz Demonstrationsverbots am 1. Mai 1929 in Berlin zu öffentlichen Kundgebungen kommen lassen, bei denen die Polizei auf Geheiß des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel von der Schußwaffe Gebrauch machte und 25 Menschen tötete. Dazu kamen einige Korruptionsaffären und kommunale Skandale in der Reichshauptstadt, mit denen die SPD ausschließlich in Verbindung gebracht wurde, obwohl auch Vertreter anderer Parteien darin verwickelt waren. Wenn auch der Kern der Arbeiterschaft der SPD treu blieb, so setzte in den radikalisierten Volksmassen doch ein Abmarsch nach rechts und links ein, der vor allem der bis da-

32) Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai 1929, Berlin 1929, S. 288 f.

hin bedeutungslosen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zugute kommen sollte.

7. Die Tolerierung des Kabinetts Brüning

Der Reichspräsident übertrug dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning die Regierungsbildung. Dieser strebte einen Rechtskurs an und bereitete ein Wirtschaftsprogramm vor, das die Finanzen im Reich, in den Ländern und Gemeinden sanieren und Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft einleiten sollte. Brüning gab gleichzeitig zu verstehen, daß sein Kabinett mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung, der dem Reichspräsidenten in Notzeiten erhebliche Vollmachten einräumte, regieren würde, wenn der Reichstag die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen nicht billigte. Als der Regierung klar wurde, daß sie keine Mehrheit für ihre Vorschläge finden konnte, zog sie diese zurück und setzte sie gleichzeitig durch Notverordnung in Kraft. Daraufhin verweigerte die Sozialdemokratie die nachträgliche Zustimmung, die nötig gewesen wäre. Der Abgeordnete Landsberg begründete die Ablehnung mit den Worten: „Nun frage ich Sie, meine Herren vom Zentrum und von den Demokraten: Hätten Sie es damals, als wir die Verfassung schufen, im entferntesten für möglich gehalten, daß der Artikel 48 einmal so angewendet werden könnte, wie es hier geschehen ist...? Meine Herren von der Reichsregierung, wenn Sie die Verfassung so wenig achten, wie können Sie dann Achtung von dem gemeinen Mann auf der Straße fordern, der die Verfassung nicht beschworen hat?“³³⁾. Da bei der Abstimmung keine Mehrheit erzielt werden konnte, ließ der Reichskanzler den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Der Ausgang der Wahlen bedeutete einen politischen Erdbeben. Die Nationalsozialisten, die im Reichstag über nur zwölf Sitze verfügten, stiegen auf 107 Mandate. Es war ihnen gelungen, bisher abseits stehende Wählerschichten für sich zu mobilisieren. Die Radikalisierung zeigte sich auch bei den beiden Arbeiterparteien. Die Sozialdemokraten verloren eine halbe Million Stimmen, dafür stiegen die Stimmen der Kommunisten von 3 1/2 auf 4 1/2 Millionen. Der Wahlausgang löste sowohl im Regierungslager wie auch bei der Sozialdemokratie große Verwirrung aus. Denn es hatte sich gezeigt, daß sich eine wachsende Zahl der in den letzten Jahren wahlberechtigt gewordenen Jugend von den Ideen des Humanismus und demokratischen Sozialismus abgekehrt und sich zu den

33) Rede vom 18. Juli 1930. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 428 (Sten. Ber.), S. 6501 ff.

extremistischen, eine neue kollektive Gesellschaftsordnung fordernden Parteien der Kommunisten und Nationalsozialisten bekannt hatte. Gerade zu dieser Generation bestanden seitens der sozialdemokratischen Führung wenige Kontakte, die glaubte, die zum Teil irrationalen Vorstellungen der Jugend durch einen Appell an die Vernunft widerlegen zu können.

Die SPD sah im Aufstieg des Nationalsozialismus eine große Gefahr für die Republik. Auf die Initiative von Hermann Müller entschloß sie sich, alle Bedenken zurückzustellen und die Regierung Brüning durch Tolerierung zu unterstützen. Das war eine Entscheidung, von der man nicht erwarten konnte, daß sie in der Masse der Anhänger Verständnis finden würde. Eine Resolution vom 3. Oktober 1930 enthielt die Formulierung: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe... Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten...“³⁴⁾ Die Reichstagsfraktion erkannte auch, daß es keine Schwierigkeiten bereiten würde, Brüning zu stürzen. Aber wer sollte an seine Stelle treten? Eine heikle Frage, zumal die Sozialdemokratie den Oppositionsparteien, Hitlers Nationalsozialisten, den Deutschnationalen Hugenbergs und den Kommunisten Thälmanns, feindselig gegenüberstand, während es mit dem Zentrum seit 1919 trotz weltanschaulicher Gegensätze immer wieder zur Zusammenarbeit gekommen war.

Die Entscheidung, eine Tolerierungspolitik zu treiben, bedeutete für Brüning in den nächsten Monaten eine Erleichterung, da sie es ihm ermöglichte, sein Sanierungsprogramm konsequent durchzuführen. Die Sozialdemokratie kam dagegen ins Hintertreffen, weil sie es ablehnte, das Gewicht ihrer Reichstagsfraktion für eine aktive Regierungsbeteiligung in die Waagschale zu werfen. Genau so wie der Reichskanzler, wick auch die sozialdemokratische Parteiführung einer klaren Entscheidung aus. Die Partei manövrierte sich dadurch in eine Sackgasse und verlor weitgehend die Initiative. Sie sah sich sogar gezwungen, bei ihren Anhängern die unpopulären Not- und Sparmaßnahmen der Regierung zu verteidigen,

für die sie ja die Verantwortung nicht übernehmen wollte, und willigte durch Stimmenthaltung sogar in den Bau eines neuen Panzerkreuzers ein. Die Situation, in der sich die Partei befand und ihre grundsätzliche Haltung, kam besonders in dem Referat zum Ausdruck, das der außenpolitische Sprecher der SPD, Rudolf Breitscheid, am 2. Juni 1931 auf dem Leipziger Parteitag hielt: „Allerdings dürfen wir... den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbst willen getrieben wird, daß wir vielmehr in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken, daß wir nicht verbürgerlichen, weil wir einer bürgerlichen Regierung Zugeständnisse machen, daß wir das Kabinett Brüning nur am Leben erhalten, solange es entschlossen und imstande ist, die faschistischen Aspirationen abzuwehren, und daß wir die Verletzungen der demokratischen Form nur dulden, um den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten.“³⁵⁾ Der durch die Entwicklung erzwungene Verzicht auf die eigene Initiative führte auch dazu, daß im Gegensatz zu den Gewerkschaften kein eigenes Programm zur Überwindung der Krise ausgearbeitet wurde und man auch hier der Regierung freie Hand ließ. Die Abwehrhaltung gegen den Links- und Rechtsradikalismus verstärkte sich aber, wenn es um die Belange des größten deutschen Landes, um Preußen ging. Hier hoffte man, ein festes Bollwerk behaupten zu können und tolerierte auch schon aus diesem Grunde die Regierung Brüning weiterhin, weil man bei einem Kabinettssturz Gefahren für Preußen erblickte. Preußen war für eine kontinuierliche Politik auf die Reichsregierung angewiesen, aber auch diese mußte auf stabile Verhältnisse in Preußen den größten Wert legen.

Trotz einiger Verluste bei der Wahl von 1930, die sich in Grenzen hielten, konnte sich die SPD nach wie vor auf einen festen Stamm ihrer Wähler verlassen. Den Nationalsozialisten gelang kein Einbruch, und auch die Abwanderung der mit den Kommunisten sympathisierenden Elemente war nicht besorgniserregend, solange es sich nur um Anhänger handelte, denen die Politik der Parteiführung nicht aktiv genug war oder um Intellektuelle, die als radikale Marxisten einen „militanten“ Klassenkampf forderten, wenn möglich sogar in Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Eine Oktober 1931 gegründete linke Gruppe der Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz,

34) Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, Berlin 1931, S. 16.

35) Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 102 ff.

Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel, die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), bleibt ein einflußloser Zirkel, der den Bestand der Partei nicht zu erschüttern vermochte. Ein Appell der Parteiführung an die disziplinierten Mitglieder wirkte immer, weil diese stets bereit waren, Opfer und Belastungen auf sich zu nehmen. Das Schicksal der USPD mußte auch diejenigen schrecken, die mit dem Gedanken einer Opposition oder Abspaltung spielten. Außerdem hatte die Führung den Parteiapparat fest in der Hand und schloß im Notfall unerwünschte Oppositionelle unnachsichtig aus den eigenen Reihen aus.

Während sich die Parteileitung weitgehend passiv verhielt, verlagerte sich der Wille zur Aktion gegen die Rechtsradikalen immer mehr auf die Reichsbannerangehörigen, aus deren Reihen eine Spezialtruppe, die Schutzformation (Schufo) aufgestellt wurde. Die im Januar 1932 begründete „Eiserne Front“, in der sich Reichsbannerleute, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zusammenfanden, stellte ebenfalls eine Massenorganisation dar, „eine Millionenarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichtete Eiserne Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken...“³⁶⁾. Diese Neugründung sollten den republikanischen Selbsterhaltungswillen verstärken.

Als die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg abgelaufen war, kam es sogar zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Brüning und der Sozialdemokratie. Die SPD entschied sich dafür, den alten Generalfeldmarschall noch einmal aufzustellen, weil sie in den eigenen Reihen über keine Persönlichkeit verfügte, deren Namen eine solche Volkstümlichkeit besaß, daß man sie dem Kandidaten der NSDAP, Adolf Hitler, mit Erfolg hätte entgegenstellen können. Die Kommunisten propagierten dagegen wiederum Ernst Thälmann. Sowohl Brüning als auch Otto Braun setzten sich persönlich für Hindenburg ein, obwohl sich beide über die Grenzen der politischen Fähigkeiten wie des Verhaltens des Präsidenten im klaren waren. Der überwältigende Sieg Hindenburgs nach einem zweimaligen Wahlgang wurde von den Anhängern der Republik als ein Erfolg zu ihren Gunsten und eine erneute Sicherung des demokratischen Systems betrachtet.

36) Aufruf zur Bildung der Eisernen Front vom 25. Januar 1932. Nach: Kölner Tageblatt Nr. 43 vom 26. Januar 1932.

8. Die Kapitulation in Preußen

Der Reichspräsident dankte es aber seinen Wählern aus dem republikanischen Lager schlecht. Ende Juni 1932 entzog er Brüning das Vertrauen und ernannte Franz von Papen, der dem äußersten rechten Flügel des Zentrums angehörte, zum Reichskanzler. Die Parteien hatten auf diese Ernennung keinen Einfluß. General von Schleicher, der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, überzeugte den Reichspräsidenten, dem er durch persönliche Beziehungen verbunden war, von der Notwendigkeit dieses Schrittes. Der neue Reichskanzler, in der politischen Öffentlichkeit ein Unbekannter, der sich mit Ausnahme der Deutschnationalen auf keine Partei stützen konnte, führte mit Wissen und Willen des Reichspräsidenten sofort einen scharfen Rechtskurs durch.

Bei den Wahlen in Preußen vom April 1932 hatte die Sozialdemokratie erhebliche Einbußen erlitten und verlor so auch in dem größten der deutschen Länder ihre beherrschende Position. Ministerpräsident Braun und seine Koalitionspartner amtierten nur noch als geschäftsführendes Ministerium, während es den erstarkten Nationalsozialisten und Kommunisten in gemeinsamer Zusammenarbeit gelang, jede positive Arbeit im Landtag lahmzulegen. Seit Anfang Juni 1932 hatten die Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen gedrängt, um die Sozialdemokratie völlig zu entmachten. Braun, der durch persönliches Unglück und die Kraftanspannung der letzten Monate deprimiert war, hatte einen längeren Krankheitsurlaub angetreten.

Mit fadenscheinigen Gründen und der nicht bewiesenen Behauptung, die preußische Regierung hätte bei der Bekämpfung des Linksradikalismus versagt, beschloß Papen jetzt die Initiative zu ergreifen. Am 20. Juni ließ er mit Genehmigung des Reichspräsidenten den Ausnahmezustand über Berlin erklären, der die preußische Polizei dem Militärbefehlshaber unterstellte, und die preußischen Minister, darunter Innenminister Severing, absetzen sowie führende Persönlichkeiten der preußischen Polizei verhaften. Zum Erstaunen Papens ging diese Aktion vollkommen reibungslos vor sich, da die betreffenden Personen sich widerstandslos fügten.

Der Mitglieder des Reichsbanners, an ihrer Spitze Karl Höltermann, aber auch der Reihen der Eisernen Front und der Gewerkschaftsangehörigen, bemächtigte sich Unruhe. Viele von ihnen erwarteten jetzt eine Abwehraktion gegen die Regierung Papen. Aber der erwar-

tete Befehl kam nicht. Die Parteiführung hatte die schwersten Bedenken. Vor allem Braun und Severing, die von der Sozialdemokratie als die berufenen Vertreter dieses Abwehrkampfes betrachtet wurden, scheuten das Risiko eines Bürgerkrieges. Sie hielten die Bewaffnung der im großen und ganzen zuverlässigen preußischen Polizei gegenüber der Ausrüstung der Reichswehr im Ernstfalle für unterlegen. Die abgesetzten Minister überließen daher den reaktionären Gegenspielern das Feld und begnügten sich mit der wirkungslosen Geste, gegen die Regierung von Papen beim Staatsgerichtshof Klage einzureichen. Die sozialdemokratische Parteiführung unterließ es auch, wenigstens nach außen hin eine entschlosseneren Demonstration zum Widerstand zu unternehmen und gab so denjenigen Urhebern des Staatsstreiches Recht, die dieses Unternehmen unter der Voraussetzung inszeniert hatten, daß die SPD nicht bereit sein würde, das Risiko eines Bürgerkrieges auf sich zu nehmen. Nun zeigte es sich auch, daß die Reichsbannerabteilungen als demokratische Wehrorganisationen schlecht vorbereitet waren, da die Parteiführung im Gegensatz zur SA Hitlers und dem kommunistischen Rot-Frontkämpferbund sie lediglich zur Defensive erzogen hatte. Die Gewerkschaftsleitung wagte zudem keinen Generalstreik, weil über sechs Millionen Arbeitslose im Hintergrund auf eine Möglichkeit zur Beschäftigung warteten. Es wurde befürchtet, daß diese Arbeitslosen von der Regierung leicht zum Streikbruch bewogen werden konnten. Bei dieser Gelegenheit stellte es sich heraus, daß die furchtbare wirtschaftliche Notlage nicht zu einer Verstärkung der Solidarität, sondern innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung zur Kampfmüdigkeit und Lethargie geführt hatte.

Die Kapitulation des Bollwerks Preußen erschütterte die Zuversicht vieler Anhänger. Wenn sie auch im allgemeinen weiter treu zur SPD hielten, so lähmte doch die Inaktivität der Führung jede Entscheidung und ließ in den Reihen der Parteimitglieder, des Reichsbanners und der Eisernen Front immer mehr das Gefühl aufkommen, auf verlorenem Posten zu stehen.

Die Hoffnung der Sozialdemokratie, bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli gut abzuschneiden und durch Stimmenzuwachs einen Teil des verlorenen Terrains wiederzugewinnen, erfüllte sich nicht. Sie büßte 10 von bisher 143 Mandaten ein und mußte bei den Wahlen vom 6. November sogar weitere Verluste hinnehmen (zwölf Mandate), die in der Mehrzahl den Kommunisten zugute kamen. Der gleichzeitig erfolgte erhebliche Rückgang der natio-

nalsozialistischen Stimmen erfüllte die SPD aber mit Optimismus, daß es mit der NSDAP jetzt schnell bergab gehen würde, da sie ihre Chance verpaßt hätte: „Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann. Dieser Abstieg wird kaum weniger schnell erfolgen, als sich der Aufstieg vollzogen hatte.“ So begründete am 5. Dezember 1932 die Parteiführung ihre Einstellung³⁷⁾.

Auch in den folgenden Wochen fehlte der Sozialdemokratie ein überzeugendes politisches Konzept. Reichstagsfraktion und Parteiführung begnügten sich mit reinen Defensivparolen. Sie konnten daher die Krisenerscheinungen innerhalb der NSDAP ebensowenig ausnützen wie die entgegenkommende Haltung des Generals von Schleicher, der, nach dem vollständigen Bankrott Papens, auf Verlangen Hindenburgs das Reichskanzleramt übernehmen mußte. Schleicher hatte für die Arbeiterbewegung Verständnis und glaubte, die Gewerkschaften durch Entgegenkommen in sozialen Fragen sowie durch Beteiligung an einem umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm auf seine Seite ziehen zu können, um seinem Kabinett über den Kopf der Partei hinweg eine Regierungsgrundlage zu schaffen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, zeigte sich diesen Plänen gegenüber auch geneigt.

Aber trotzdem führten die Bemühungen Schleichers zu keinem Ergebnis, da die sozialdemokratische Führung jede weitere Fühlungnahme untersagte und damit wohl der Überzeugung der meisten Partei- und Gewerkschaftsmitglieder entsprach. Zweifellos war das Anerbieten des Generals ehrlich gemeint, aber das Mißtrauen der SPD gegen diese zwielichtige Persönlichkeit, die Papen überhaupt die Kanzlerschaft ermöglicht und den Staatsstreich in Preußen durch die Reichswehr gedeckt hatte, war zu groß, als daß es hätte überwunden werden können. Allerdings wollte man sich auch nicht dazu herbeilassen, mit dem General wenigstens in taktische Verhandlungen einzutreten.

Versuche Schleichers, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen bis zur Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise hinauszuschieben, stießen auf Widerstand. Im Namen seiner Partei hatte Otto Braun Schleicher vor derartigen Maßnahmen dringend gewarnt. „Wenn öffentlich dazu aufgefordert wird, der Reichspräsident möchte den Reichstag nach Hause schicken und vorläufig nicht wieder zu-

37) In Vorwärts Nr. 573 vom 6. Dezember 1932.

sammentreten lassen, so ist dies also eine Aufforderung zum Hochverrat. Solche Aufforderungen müssen vom ersten Augenblick an mit den vorgeschriebenen zulässigen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln unterdrückt werden, wenn nicht neue Verwirrung im Rechtsbewußtsein des Volkes die schwersten Folgen heraufbeschwören soll.“³⁸⁾

Schleicher mußte zurücktreten, weil ihm der Reichspräsident die erbetenen Vollmachten nicht geben wollte. Ein neues Kabinett stand schon bereit. Durch die Initiative Papens, der nach wie vor das Vertrauen des Reichspräsidenten besaß, wurde am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt und eine Regierung gebildet, in der Deutschnationale und Nationalsozialisten vertreten waren.

9. Die Zerschlagung der Partei

Die Sozialdemokratie mußte sich darüber im klaren sein, daß jetzt den fanatischsten Gegnern der Republik die staatliche Gewalt in die Hand gegeben war und daher für den Bestand der Partei die schwersten Gefahren drohten. Bei den Mitgliedern des Reichsbanners und der Eisernen Front erwachte noch einmal der Wille zum Widerstand, der auch Teile der Parteiführung mit sich riß. Immer wieder kam es zu Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Aber das dauerte nicht lange, da die Nationalsozialisten in erster Linie in Preußen, wo Göring die Befugnisse des Innenministers übernommen hatte, sofort alle staatlichen Machtmittel in den Dienst ihrer Sache stellten und mit Terror gegen die politischen Gegner vorgingen. Laufende Versammlungs- und Zeitungsverbote lähmten die Propaganda der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Reichstagsbrand und die darauf erlassene Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“, die wichtige Grundrechte außer Kraft setzte, gaben den Nationalsozialisten die erwünschte Gelegenheit, noch rücksichtsloser vorzugehen, die SA und SS als Hilfspolizei einzusetzen und jede oppositionelle Regung sofort zum Verlöschen zu bringen.

Einer Zusammenarbeit mit der KPD, die nach wie vor die Führung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ charakterisierte, standen auch jetzt Schwierigkeiten im Wege, besonders, da man in Moskau die Ansicht vertrat, daß der Nationalsozialismus lediglich eine notwendige Übergangserscheinung sei, die im Zuge der allgemeinen Entwicklung liege. Als

Stalin zwei Jahre später seinen Fehler revidierte und den Kommunisten der anderen Länder die Volksfrontpolitik zur Verteidigung der Demokratie empfahl, war es zu spät. Einheitsfront- und Generalstreikparolen, die Januar 1933 von kommunistischer Seite ausgegeben wurden, mußte die Sozialdemokratie nach den Erfahrungen der Vergangenheit skeptisch gegenüberstehen. Versuche, eine wenigstens begrenzte taktische Verständigung zu erzielen, scheiterten an den nationalsozialistischen Terroraktionen nach dem Reichstagsbrand, abgesehen davon, daß derartige Bemühungen wegen der geistigen Unselbständigkeit der KPD wenig Erfolg versprochen. So wurde von der Parteiführung der SPD die Parole ausgegeben: „Sich nicht provozieren lassen!“

Der Ausgang der Wahlen vom 5. März 1933 bedeutete für die sozialdemokratische Führung eine Genugtuung. Trotz Massenverhaftungen, Unterdrückung der Presse, Verbot der Versammlungen und schweren Verleumdungen durch die Regierung bewahrte die Anhängerschaft die Treue. Die Zahl der Mandate blieb konstant. Die SPD wurde zweitstärkste Partei, während die Stimmen der Kommunisten zurückgingen.

Die Führung der SPD gab sich jetzt der Illusion hin, daß die parlamentarische Tätigkeit weitergehen könnte und setzte außerdem Hoffnungen auf eine baldige Schwächung des heterogenen Regierungslagers durch innere Differenzen. Es wurden immer wieder Parallelen zur Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes gezogen, des „heroischen Zeitalters“ der Sozialdemokratie. Sie war sich nicht darüber im klaren, daß Hitler niemals die moralischen und politischen Grundsätze anzuerkennen gewillt war, an die sich Bismarck gehalten hatte. Der Tag des Ermächtigungsgesetzes (23. März 1933), das der Regierung für vier Jahre unbeschränkte Vollmachten einräumen sollte, gab der Sozialdemokratie noch einmal Gelegenheit, ihre Stellungnahme darzulegen. Nur 94 der 120 gewählten Abgeordneten konnten im Reichstag zugegen sein. Die fehlenden Volksvertreter waren entweder verhaftet worden oder hatten sich der drohenden Festnahme durch Flucht ins Ausland entzogen, ein Schicksal, das auch sämtliche kommunistische Abgeordnete, die wegen des Verbots ihrer Partei nicht zugelassen wurden, betraf. Trotz massiver Drohungen der Nationalsozialisten und des Zuredens aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten stimmte die SPD geschlossen gegen das Gesetz. Otto Wels, der schon einmal im Dezember 1918, als ihn meuternde Angehörige der Volksmarinedivision verhaftet und mit dem Tode bedroht hatten,

38) Schreiben Brauns an Reichskanzler von Schleicher, 27. Januar 1933. In: Vorwärts Nr. 50 vom 29. Januar 1933.

seinen persönlichen Mut bewiesen hatte begründete die Ablehnung im Namen seiner Partei und verkündete am Schluß seiner Rede: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdient Bewunderung, ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“³⁹⁾

Da das Verbot der Parteipresse permanent aufrecht erhalten blieb, sahen sich die Anhänger allein dem pausenlosen Trommelfeuer der nationalsozialistischen Propaganda ausgesetzt. Die Emigration prominenter Führer wie Otto Braun, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, die Massenverhaftungen und die Unsicherheit vor der Zukunft trugen dazu bei, die Widerstandskraft zu zermürben. Neben Resignation regte sich, wenn auch zunächst zurückhaltend, ein gewisser Opportunismus. Besonders im Kreise der Gewerkschaften erwachte der Wunsch, sich dem neuen Regime zur Mitarbeit anzubieten. Die Gewerkschaftsführung entließ Funktionäre, die den neuen Machthabern nicht genehm waren, und verhandelte über die Fusion sämtlicher Verbände unter nationalsozialistischer Führung. Der Machtverfall der SPD verführte auch dazu, die bisherige Zusammenarbeit mit ihr zu lösen. Den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung ging es dabei in erster Linie um die Erhaltung der Organisation. Sie waren zu großen Zugeständnissen bereit, wenn die Nationalsozialisten sich einverstanden erklärt hätten, den Apparat intakt zu lassen. Da die leitenden Männer der SPD seit dem Verbot ihrer Presse zu den Anhängern nur wenig Kontakt hatten, machten derartige Zersetzungserscheinungen Fortschritte.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, die Einziehung ihres Vermögens, die Verhaftung maßgebender Funktionäre sowie die Beschlagnahme der erreichbaren Vermögenswerte der SPD am 10. Mai erwiesen, daß Hitler nicht bereit war, die Existenz der Partei länger zu dulden. In der Führung mehrten sich daher die Stimmen, die jetzt eine un-

abhängige Vertretung im Ausland forderten. Einige Vorstandsmitglieder wurden ermächtigt, in Prag ein derartiges Zentrum aufzubauen. Berlin sollte aber der Sitz des Vorstandes bleiben.

Als aber am 17. Mai 1933 die unter Führung des ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe stehenden Vertreter im Reichstag geschlossen ihre Stimme für eine Erklärung Hitlers abgaben — einerseits aus patriotischen Gründen, da die außenpolitische Lage wegen des bisherigen Verhaltens der NSDAP, das bei den Nachbarn Deutschlands schwerste Bedenken erregte, sehr prekär war, andererseits aber, weil man auf diese Weise Erleichterungen für die weitere Parteiarbeit zu erlangen und die Regierung zu besänftigen hoffte —, kam es zu einem Konflikt innerhalb der Gesamtpartei zwischen dem Löbe-Kreis und denjenigen Mitgliedern, die sich in Prag niedergelassen hatten. Die Prager Gruppe kam zu der Überzeugung, die Berliner SPD habe sich hoffnungslos kompromittiert. Auf Drängen ausländischer Sozialisten sah sich jetzt der Emigrantenvorstand genötigt, als einziges unabhängiges Führungsgremium die gesamte Parteileitung zu übernehmen.

Die Berliner Mitglieder fühlten sich durch diese Aktion verraten und wählten am 19. Juni einen neuen Vorstand, dem Paul Löbe und Johannes Stelling angehörten. Jetzt bot sich für das nationalsozialistische Regime eine günstige Gelegenheit, den letzten Vorwand für ein endgültiges Verbot zu finden, da sie die in Berlin Verbliebenen für die Handlungen und Propagandamaßnahmen des Prager Vorstandes verantwortlich machen konnte. Am 22. Juni wurde der SPD wegen der „verräterischen Tätigkeit der Prager Emigranten“ jegliche Tätigkeit untersagt und alle Reichstagsmandate eingezogen sowie prominente Führer verhaftet. Reichsinnenminister Frick erklärte jede weitere Parteitätigkeit für illegal. Noch weiter bestehende geheime Zellen und Organisationen wurden von der GeStaPo systematisch aufgespürt und vernichtet. Die Zahl der Opfer stieg. Manche Mitglieder begingen Selbstmord, wie die Reichstagsabgeordneten Adolf Biedermann und Antonie Pfülf, viele wurden von SA-Leuten ermordet, wie der Journalist Felix Fechenbach und Johannes Stelling, „auf der Flucht erschossen“, wie der Polizeipräsident von Altona Otto Eggerstedt und der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Friedrich Husemann, oder fanden später im Konzentrationslager den Tod, wie Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding und Erich Kuttner. Ein 70jähriges Ringen der deutschen Arbeiterbewegung für die Gleichberechtigung

39) Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457 (Sten. Ber.), S. 25 ff.

und das Recht der Selbstbestimmung war gewaltsam zum Abschluß gebracht worden.

10. Der Parteivorstand im Exil

Als am 22. Juni 1933 das Ende für eine legale Politik der Sozialdemokratie gekommen war, fiel der Auslandsvertretung in Prag die Aufgabe zu, auch unter erschwerten Umständen die Arbeit für die Partei fortzusetzen und den Kontakt mit der Heimat aufrechtzuerhalten. An ihrer Spitze standen Otto Wels und Hans Vogel, der Schatzmeister der SPD Sigmund Crummenerl, der führende Journalist Friedrich Stampfer, der Finanzfachmann Paul Hertz und als Vertreter der Jugendorganisationen Erich Ollenhauer. Die neue Partei nannte sich Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Sopade) und gab als Zentralorgan den „Neuen Vorwärts“ heraus.

Der Ton, in dem der Vorstand seine Propaganda gegen den Nationalsozialismus richtete, war wieder die Sprache des revolutionären Marxismus. Diese Radikalisierung mußte in Kauf genommen werden, um die zu extremen Linkstendenzen neigenden Mitglieder in den eigenen Reihen zu beruhigen und den Kommunisten, die nach wie vor versuchten, die Mitglieder der SPD von ihrer Führung zu trennen und zu sich herüberzuziehen, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig hatte sich die Auslands-SPD gegen die Behauptungen der Nationalsozialisten zu verteidigen, die alle Anhänger der Sopade als Verräter hinstellten und sie beschuldigten, sich mit den Feinden des deutschen Volkes verschworen zu haben und diese zu einer Intervention aufzufordern.

Die Sopade lehnte es daher konsequent ab, ein bewaffnetes Eingreifen des Auslandes in Betracht zu ziehen. Sie versuchte lediglich, die oppositionellen Kräfte in Deutschland zu stärken, ihnen Kenntnis über die wahren Verhältnisse im Dritten Reich zu vermitteln und so im ganzen Volke eine revolutionäre Stimmung hervorzurufen. Der Vorstand kam dabei zu der Überzeugung, daß für eine derartige Revolutionierung nicht nur die Arbeiterschaft herangezogen werden müsse, sondern alle Volksschichten. Unter diesen Gesichtspunkten wurde mit Hilfe illegaler Zeitungen und Broschüren eine intensive Aufklärungstätigkeit in Deutschland betrieben. Durch eine unbarmherzige Kritik an den Verhältnissen unter der nationalsozialistischen Herrschaft erhoffte die Sopade im Volke Erfolge erzielen zu können, das ja nach einer die Wahrheit enthüllenden Berichterstattung ausgehungert sein mußte. Auch hier spielten Erinnerungen an die Zeit

der Bismarckschen Sozialistenverfolgungen eine wichtige Rolle, als die sogenannte „Rote Feldpost im Ausland gedruckten Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren mit Erfolg nach Deutschland hineinschmuggelte.

So erschien der „Neue Vorwärts“, auf dünnem Papier gedruckt, in einer Miniaturausgabe, die in Tausenden von Exemplaren zusammen mit Flugschriften, die als Klassikerausgaben, Sprachlehre und Sportanleitungen getarnt waren, nach Deutschland geschafft wurden. Die günstige geographische Lage von Prag sowie das dicht bewaldete bergige Grenzland Böhmens erleichterten den Schmuggel. Durch Mittelsmänner wurden außerdem weiterhin Kontakte mit sozialdemokratischen Gruppen und Zirkeln in Deutschland aufgenommen. Aber die Zerschlagung der alten Parteiorganisation erschwerte derartige Unternehmen, die außerdem für die Kurier mit Lebensgefahr verbunden waren. Dazu kam, daß die Mehrzahl der alten Mitglieder auf eine illegale Tätigkeit nicht vorbereitet war, im Gegensatz zu den Kommunisten, die außerdem noch auf die Unterstützung der Sowjetmacht rechnen konnten.

Die Kommunistische Partei verblieb den sozialdemokratischen Führern im Ausland gegenüber bei ihrer früheren feindseligen Haltung. Sie forderte zwar weiterhin eine Einheitsfront der Arbeiterklasse, aber nur unter Führung der KPD durch Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Massen.

Der Exilvorstand in Prag sah sich bald auch scharfer Kritik aus den Reihen des linken Flügels der Mitglieder ausgesetzt, von denen ein Teil sich seinerzeit zur USPD bekannt hatte. Diese Linke forderte von dem Prager Vorstand, in dem ja die Führer des rechten Flügels, die Reformisten, vertreten waren, einen neuen Kurs. Unter ihrem Druck sah sich die Sopade veranlaßt, zwei Vertreter dieser Richtung in den Vorstand aufzunehmen, den ehemaligen Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Karl Böchel, und den Vorsitzenden des Allgemeinen Angestelltenbundes (AFA), Siegfried Aufhäuser. Beide verlangten einen Bruch mit der bisherigen evolutionären Tradition, die sie für die Katastrophe in Deutschland verantwortlich machten, und forderten den verstärkten Klassenkampf eines revolutionären Proletariats.

Es wurde allgemein nach den Gründen geforscht, wie es in Deutschland zu einer politischen Entwicklung hatte kommen können, aus der Hitler als Sieger hervorgegangen war. In einer von Rudolf Hilferding herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialismus“ fanden diese Rich-

tungsstreitigkeiten ihren Ausdruck. Hier sollte auch die notwendige „Selbstkritik“ geübt werden, ein Wort, das sich bisher zwar im Vokabular des Bolschewismus finden ließ, aber nicht im Sprachschatz der Sozialdemokratie.

Eine grundlegende Neuorientierung wurde besonders von zwei Männern gefordert: von Erich Rinner, der bis vor kurzem eine Untergrundgruppe in Deutschland geleitet, und von Curt Geyer, der früher unter Stampfer als Redakteur des „Vorwärts“ gearbeitet hatte. Beide vertraten ein radikales Programm und forderten für den Fall eines Zusammenbruchs des Hitler-Regimes, daß in Deutschland der Großgrundbesitz aufzuheben und die Schlüsselindustrien zu verstaatlichen seien. Besonders Geyer bestand auf einer Rückkehr zur historischen Mission des Marxismus.

Ähnlich geartet war das Programm einer „Neubeginnen“-Gruppe, die vorher schon in Deutschland existiert hatte. Unter Führung des ehemaligen kommunistischen Journalisten Walter Löwenheim, der unter dem Pseudonym Miles (Soldat) schrieb, bemühte sich dieser zahlenmäßig allerdings schwächere Zirkel, eine Verbindung zwischen allen deutschen Arbeiterorganisationen herzustellen, die im Sinne eines Klassenkampfes tätig sein wollten, einschließlich der Kommunisten, vorausgesetzt, diese lösten sich von der Komintern.

Die Sopade proklamierte am 28. Januar 1934 ein neues Programm, das von Hilferding entworfen war und eine Distanzierung von dem bisherigen Reformismus mit sich brachte. Sie erhob Anspruch auf eine von der Arbeiterschaft getragene Regierung, die radikale Sozialisierungsmaßnahmen durchführen sollte. Der Inhalt war in erster Linie für die Arbeiterbewegung in Deutschland bestimmt und sollte beweisen, daß die alte Parteiführung im Exil ihre Meinung grundlegend geändert hatte.

Ein Teil der sozialdemokratischen Emigranten hegte die Überzeugung, daß der erwartete Zusammenbruch der Herrschaft Hitlers ihr Exil bald beenden würde. In der Beurteilung der Situation Deutschlands machte sich ein Optimismus breit, der nicht gerechtfertigt war. Berichte über Betriebsrätewahlen, bei denen nationalsozialistische Kandidaten abgelehnt worden waren, innerpolitische Ereignisse, wie die sogenannte Röhm-Revolution, und die ständigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des NS-Regimes wurden so interpretiert, als wäre es am Ende. Das Dritte Reich wurde allgemein als Ausnahmeerscheinung betrachtet, die bald vorübergehen werde.

Inzwischen hatten die Kommunisten eine neue Taktik eingeleitet. Ende Oktober 1934 erließ

das Politbüro in Moskau neue Richtlinien, in denen die bisherige „linkssektiererische Opposition“ getadelt und eine wirkliche Einheitsfront mit den Sozialdemokraten gefordert wurde. Stalins Volksfrontpolitik, die 1936 ihre Krönung finden sollte, kündigte sich an. Im Laufe der nächsten Wochen verbreitete die Führung der KPD sogar Vorschläge für eine Einigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Parteien. Aber die Sopade lehnte entschieden mit der Begründung ab, daß der Freiheitsbegriff der beiden Partner zu verschieden sei und die Errichtung einer gemeinsamen Front die Gefahren mit sich bringe, vollkommen von den Komintern und damit von der Sowjetunion abhängig zu werden.

Trotz der ablehnenden Haltung des Vorstandes hatten die Kommunisten aber mit ihren wiederholten Angeboten bei der Linken Erfolg. Eine Gruppe „Revolutionärer Sozialisten“ spaltete sich ab, die eine selbständige Untergrundorganisation gründete. Böchel und Aufhäuser, die mit diesen Bestrebungen sympathisierten, wurden daraufhin aus dem Vorstand der Sopade ausgeschlossen. Stalins 1936 beginnenden Säuberungsprozesse und Massenvernichtungen desillusionierten aber schnell die meisten Anhänger und Mitläufer, so daß es bald zu einer Auflösung der „Revolutionären Sozialisten“ kam. Aufhäuser trennte sich ebenfalls von diesen Bestrebungen.

Im Vorstand setzte sich die revisionistische, antikommunistische Richtung wieder durch. In der Kritik von Fehlern der Vergangenheit kam die Mehrheit zu der Überzeugung, daß bisher den nationalen Fragen zu wenig Verständnis entgegengebracht und die Propaganda zu einseitig lediglich auf die Arbeiterklasse abgestimmt worden war. Es erhoben sich Forderungen, auch die Interessen anderer Volksschichten zu berücksichtigen. Auf diese Weise erfolgte eine Annäherung an die liberal-demokratischen Leitideen der Weimarer Zeit. In der britischen Labour Party wurde das Modell für eine künftige Parteiorganisation gesehen.

Die Arbeit innerhalb Deutschlands mußte mehr und mehr eingeschränkt werden. Das Überwachungsnetz der GeStapo zog sich immer enger zusammen. Die Kontakte mit den Vertrauensleuten rissen ab. Ein Untergrundzirkel nach dem anderen wurde zerschlagen. An den Aufbau einer organisierten Widerstandsbewegung war nicht mehr zu denken. Außerdem blieb in Deutschland die erwartete revolutionäre Stimmung aus. Aber nicht nur die Aktionen der GeStapo und seit 1934 die Tätigkeit des „Volksgerichtshofes“ schwächten die Bemühungen der Partei. Die Prager Führung mußte immer mehr erkennen, daß auch die

Arbeiterschaft gegenüber den Lockungen des Nationalsozialismus nicht immun blieb. Ein Teil fand sich nicht nur mit dem Regime ab, sondern ging auch — das traf besonders für die jüngere Generation zu — zu ihm über. Der Exilvorstand arbeitete daher immer mehr im luftleeren Raum. Seine Mitarbeiter waren Offiziere ohne Soldaten.

Seit 1936 wurde die Tätigkeit der Sopade auch von der tschechoslowakischen Regierung gehemmt, die unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten litt und die Spannungen mit Deutschland nicht vermehren wollte. Im Sommer 1938 sah sich der Vorstand gezwungen, nach Paris überzusiedeln. Auch hier wurden die Auseinandersetzungen um die Einheitsbestrebungen fortgesetzt, aber wegen der kritischen außenpolitischen Situation blieben derartige Fragen nur noch akademischer Natur. In ihrer Gegnerschaft gegen den Kommunismus blieb die Sopade fest. Sie fand ihre Auffassung durch den Abschluß des nationalsozialistisch-sowjetischen Paktes vom August 1939 auch glänzend bestätigt.

Der Beginn des Krieges und schließlich der Zusammenbruch Frankreichs machten allen Bemühungen überhaupt ein Ende. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtete die neue Französische Regierung, „alle in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten befindlichen Deutschen, die von der Deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern“⁴⁰). Viele Emigranten, darunter Breitscheid und Hilferding, wurden daraufhin deutschen Behörden übergeben. Nur mit großer Mühe gelangten Stampfer und Rinner nach New York, Vogel, Ollenhauer und Geyer nach London, wo sie als Vorstand der Sozialdemokratischen Partei den Kampf fortzusetzen gewillt waren.

40) Artikel 19 des Deutsch-Französischen Waffenstillstandsvertrags vom 22. Juni 1940. In: Monatshefte für Auswärtige Politik, Jahrg. 7/1940, S. 525.

Das gemeinsame Schicksal ließ viele Emigranten in London sich näherkommen. Einige Gruppen, darunter auch „Neubeginnen“, schlossen sich zu einer Union zusammen. Mit Ausnahme von Curt Geyer, der ein überzeugter Verfechter der Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes wurde, bekämpften die Mitglieder der Union die antideutsche Stimmung in der englischen Öffentlichkeit, verständlicherweise ohne Erfolg. Sie traten auch vergeblich gegen die Formel der bedingungslosen Kapitulation und der vollständigen Zerstückelung Deutschlands auf. Ihre Hoffnungen, daß sich das deutsche Volk im Verlaufe des Krieges durch eine revolutionäre Erhebung selbst befreien würde, schlugen fehl.

Kontakte zu Deutschland bestanden nicht mehr. Selbst die Ereignisse des 20. Juli 1944, die Verschwörung gegen Hitler, an der auch Sozialdemokraten wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein und Ludwig Schwamb beteiligt waren, bedeutete für den Exilvorstand eine Überraschung, weil die Beteiligten, die ja auch zum Ausland Kontakte aufgenommen hatten, an den Exilvorstand nicht herangetreten waren.

Erst der totale Zusammenbruch Deutschlands ermöglichte die Rückkehr der Emigranten. Trotz aller persönlichen Widrigkeiten, fruchtlosen inneren Auseinandersetzungen, Enttäuschungen und Mißerfolgen, hatte die Zeit des Exils doch eine Klärung der Situation herbeigeführt. Viel theoretischer Ballast war bei den Richtungsstreitigkeiten über Bord gegangen. Manche Ressentiments waren geblieben, aber viele Dinge wurden jetzt auch unvoreingenommen betrachtet. Das sollte nach 1945 der politischen Entwicklung in Deutschland zugute kommen, als es galt, die Probleme zu bewältigen, die der staatliche Neuaufbau mit sich brachte. Der Verlust an führenden Persönlichkeiten und bewährten Anhängern, den die Partei während der nationalsozialistischen Herrschaft erlitten hatte, stellte sich dabei als besonders schwer heraus.

Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945

Das Ende des Hitlerregimes hätte für die deutschen Sozialisten ein Anlaß zur Freude, zu Triumph und Genugtuung sein dürfen. Aber die „hellere Zukunft“, die Otto Wels in seiner Rede am Tag des Ermächtigungsgesetzes¹⁾ beschworen hatte, war wüst und finster. Nicht nur das Regime war vernichtet, zerstört war das Reich. Noch während die nationalsozialistische Herrschaft andauerte und Goebbels in der Reichshauptstadt am Vorabend von Hitlers Geburtstag seine letzte Rundfunkrede hielt, versammelte an diesem 19. April 1945 im von den Amerikanern besetzten Hannover der ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD Dr. Kurt Schumacher zum ersten Male wieder alte Parteifreunde um sich. Keiner von ihnen ließ einen Zweifel daran, daß die alte Partei wieder zu gründen sei. Am 30. April hielten sie in der Fröbelschule in Hannover die erste Funktionärskonferenz ab. Ohne erst eine offizielle Zulassung durch die Besatzungsbehörde abzuwarten, war die SPD wieder da, am selben Tage, an dem sich Hitler in seinem Bunker in Berlin erschöß.

Der Vorgang der Wiedergründung in Hannover konnte natürlich im damaligen Zeitpunkt nicht als repräsentativ für die gesamte Sozialdemokratie gewertet werden, gab es doch analoge Tatbestände überall in Deutschland. Von der Person Schumachers her aber war das Geschehen in Hannover — was später die Geschichte beweisen wird — der bewußte Ansatz zur Wiederherstellung der alten SPD, die im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten verboten worden war und sich in Rudimenten mit ihrer organisatorischen Spitze die zwölf Jahre am Leben gehalten hatte. Der April 1945 in Hannover war zugleich der Griff Schumachers nach der Führung.

Die Haltung der vier alliierten Besatzungsmächte zur Gründung deutscher Parteien war uneinheitlich. Für die Westmächte überraschend, prellten im Juni 1945 in Berlin die Russen vor, die vier Parteien zuließen (KPD, SPD, CDU und LDP). In den drei Westzonen gab es Parteigründungen zunächst nur auf örtlicher Ebene, in der französischen Zone sogar

erst ab Frühjahr 1946. Die Berliner Gründung vom 15. Juni 1945 nahm von Beginn an für sich in Anspruch, für ganz Deutschland die SPD wiederherzustellen. Ein „Zentralausschuß der SPD“ unter der Führung von Max Fechner, Erich Gniffke und Otto Grotewohl bildete sich, von denen der letztere — bis 1933 SPD-Landesvorsitzender und Justizminister in Braunschweig — der prominenteste war. Das Echo dieses Aufrufs war außerordentlich stark. 1 500 frühere Funktionäre versammelten sich schon am 17. Juni 1945 zur ersten Kundgebung im „Deutschen Hof“ in der Luckauer Straße in Berlin-Kreuzberg. Im September zählte die Berliner Organisation 70 000 Mitglieder.

Der Berliner Zentralausschuß war zugleich das Führungsorgan der SPD in der sowjetisch besetzten Zone, in der ebenfalls Verbände der Partei entstanden waren. Sein Mandat beanspruchte er bis zur Wahl einer endgültigen Parteileitung auf einem Reichsparteitag unter Beteiligung aller vier Zonen. Nicht ohne Mitwirkung der sowjetischen Besatzungsmacht kam in Berlin frühzeitig eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD und KPD zustande, die allerdings wenig politische Bedeutung erhielt, weil sich alle vier Parteien zu einem „Antifaschistischen Block“ zusammenschlossen. Innerhalb der SPD jedoch gab es beachtliche Tendenzen, die Zusammenarbeit mit der KPD so eng zu gestalten, daß eine Vereinigung beider Parteien daraus würde. Die Erfahrungen des Kampfes gegen die NSDAP vor 1933 und das gemeinsame Leiden unter der Hitler-Herrschaft waren Motive, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu beenden. Ein Versuch Gustav Dahrendorfs, eines der Vorsitzenden im Zentralausschuß, mit Walter Ulbricht über eine Verschmelzung zu verhandeln, scheiterte an diesem. Die KPD glaubte sich selber stark genug, im Zuge der demokratischen Neuordnung Deutschlands die führende Partei zu werden. Diese Politik lag zu dem Zeitpunkt zweifellos auf der Linie der Sowjetunion, die ja auch mit der Zulassung jener vier Parteien eine ganz genau umrissene Vorstellung vom Nach-Hitler-Deutschland hatte. Sie achtete freilich in Berlin darauf, die Zentralen aller vier Parteien in ihrem Besatzungssektor zu wissen und sorgte für einen Umzug des SPD-Zentralausschusses noch kurz vor dem Einrücken der

1) Wels beendete seine Rede: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten! Wir grüßen unsere Freunde im Reich! Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung! Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft!“

Engländer vom Bezirk Tiergarten in den Bezirk Mitte.

Neben Berlin und Hannover existierte noch ein drittes Zentrum der SPD, der Exilvorstand in London. Zunächst in Prag, dann in Paris, war der Parteivorstand während des Krieges in England politisch tätig geblieben, zuletzt — von Mitarbeitern abgesehen — nur noch durch zwei Personen verkörpert: den 1932 gewählten stellvertretenden Vorsitzenden Hans Vogel und den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend Erich Ollenhauer. Sofort nach Kriegsende versuchten die „Londoner“ nach Deutschland zurückzukehren, stießen damit aber auf Widerstände bei der britischen Regierung. Erst im Oktober konnten sie nach Deutschland reisen. Sie betrachteten sich als den einzigen legalen Vorstand der SPD, waren aber bereit, ihr Mandat so bald wie möglich an eine repräsentative Parteikonferenz zurückzugeben.

Vom 5. bis 7. Oktober 1945 kam es in Wennigsen bei Hannover zu einer ersten Begegnung zwischen den drei Führungsgruppen unter Beteiligung von Delegierten aus der britischen und der amerikanischen Zone. Die Vertreter des Exil-Vorstands erkannten an, daß die Führung der Partei an jene fallen sollte, die den Nationalsozialismus innerhalb Deutschlands erlebt hatten; aber zwischen Grotewohl als dem Vorsitzenden des Berliner Zentralausschusses und dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Hannover — das war er damals — Schumacher kam es zu keiner Einigung. Man schied mit der Übereinkunft, daß Grotewohl weiterhin für die sowjetische, Schumacher für die drei westlichen Zonen sprechen sollte, und versprach, in Verbindung zu bleiben. Ein künftiger Gesamtparteitag sollte dann über die Führung entscheiden. Bis dahin firmierte die Spitze in Hannover unter dem unscheinbaren Namen „Büro Dr. Schumacher“.

Es ist offensichtlich, daß formal die Position Schumachers die schwächste von den drei rivalisierenden Gruppen war. Wohl strahlte der einarmige Kriegsinvalide von 1914, der zehn der zwölf Hitler-Jahre im Konzentrationslager verbracht hatte, große Autorität aus, aber er war in dieser so häufig auf Anciennität bedachten Partei nur einer von noch vielen lebenden Reichstagsabgeordneten und einer der jüngsten zudem. Seinen so ungewöhnlichen Weg an die Spitze der Partei dürfte er neben seinem Charisma vor allem der Tatsache verdankt haben, daß er als wohl einziger mit unerbittlicher Klarheit die kommende politische Entwicklung Deutschlands voraussah. Wäh-

rend es an mancherlei Orten in der neu entstehenden Partei zu Verbrüderungen mit den Kommunisten kam, die sich ja jetzt zur parlamentarischen Demokratie bekannten, lehnte Schumacher alle diese Versuche rigoros ab, und er bestritt dem Berliner Zentralausschuß vor allem das Mandat für die Gesamt-SPD, weil er ihn unter sowjetischer Observanz für keiner unabhängigen Politik fähig hielt. Er nahm dafür die Gefahr der räumlichen Spaltung der Partei in Kauf, die ja in der Tat die erste organisatorische Ausprägung der späteren Trennung Deutschlands war. Es gab zwei deutsche sozialdemokratische Parteien, bevor es zweierlei Deutschland gab.

Die Zwangsvereinigung 1946

Die Ereignisse sollten Schumacher recht geben. Nachdem die österreichischen Wahlen im November 1945 der KPO knappe vier Prozent Stimmen gebracht hatten, änderte Moskau die Generallinie. In der deutschen Sowjetzone begannen die Kommunisten unter der massiven Hilfe der Besatzungsmacht eine Agitation für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, nachdem sie zunächst im Sommer sozialdemokratische Fühler zurückgewiesen hatten. Anfängliche Erfolge der KPD in Mitteldeutschland konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bevölkerung angesichts der brutalen Besatzungspolitik die Kommunisten mit den Sowjets identifizierte. Mehr und mehr wurde deutlich, welche Partei bei bevorstehenden Wahlen die meisten Stimmen erringen würde; die Mitgliedschaft der SPD in der Sowjetzone erreichte Ende 1945 die Zahl von 376 000, die sich nun, unter dem beginnenden Druck zur Vereinigung, sogar noch erhöhte und Ende Februar 1946 auf 605 300 kletterte. Im Zentralausschuß waren die Meinungen geteilt. Grotewohl war zunächst ablehnend, er hatte schon in Wennigsen eine taktische Linie vorgebracht, die die SPD zwar selbständig erhalten, der KPD dennoch gegenüber kein Nein äußern wollte. Schumacher hatte demgegenüber von ihm notfalls die Auflösung der Partei gefordert, was Grotewohl ablehnte.

Am 15. Januar 1946 sprach sich der Zentralausschuß für eine Verschmelzung mit der KPD aus. Schumacher reagierte mit der Feststellung, daß nur ein Reichsparteitag befugt sei, über diese Frage zu entscheiden. In den Städten und Dörfern der Sowjetzone setzten die Sowjets die örtlichen SPD-Funktionäre unter Druck und erzeugten so die „spontane“ Welle von Vereinigungswünschen, die die Handlungsfreiheit des Zentralausschusses mehr und mehr einengte. Schumacher fuhr nach Berlin

und sprach mit Grotewohl — aber vergeblich. Am 22. Februar 1946 schrieb die „Deutsche Volkszeitung“ der KPD über ihn: „Feinde der Arbeiterklasse landen auf dem Schindanger der Geschichte. Feinde der Arbeiterklasse, die in deren Namen auftreten, nehmen den Pestgeruch des Verräters auf den Schindanger mit.“

Schumachers Besuch hatte besonderen Eindruck bei den Berliner Sozialdemokraten hinterlassen, die im westlichen Teil der Stadt nicht der sowjetischen Pression ausgesetzt waren und ihrer ablehnenden Ansicht über die bevorstehende Vereinigung mit den Kommunisten freimütig Ausdruck gaben. Die Frage für sie freilich war, ob sie, eine sehr kleine Minderheit innerhalb der Zonen-SPD, in einem Teil der Stadt selbständig würden existieren können, waren doch sämtliche anderen Parteien Berlins zu der Zeit organisatorisch an die Zonenverbände angeschlossen. Eine SPD auf zwei Dritteln des Territoriums einer Stadt mußte als unsinnig erscheinen. Schumachers Besuch nun machte den Berliner Sozialdemokraten klar, daß sie in ihrem Widerstand die Unterstützung der SPD in den Westzonen hatten. In einer Funktionärskonferenz am 1. März 1946 verlangten die Opponenten vom Zentralausschuß eine Urabstimmung aller SPD-Mitglieder über die Frage der Verschmelzung. Der von Franz Neumann, dem Kreisvorsitzenden von Berlin-Reinickendorf, begründete Antrag wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Schumachers Reaktion auf diesen Erfolg war sofort positiv, er erklärte in Hamburg zu Journalisten: „Der Wille fast aller Mitglieder der SPD in der russischen Zone geht dahin, eine unabhängige und selbständige Sozialdemokratische Partei zu erhalten. Es handelt sich nämlich nicht um die Verschmelzung der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei, sondern um die kommandierte Eroberung der SPD. Würde sie gelingen, dann wäre damit nur der erste Schritt auf einem Wege getan, der zu einer Einheitspartei — vielleicht auf dem Umweg über die Einheitsliste — bei kommenden Wahlen führen würde. Das wäre der Tod der Demokratie im Osten, und für die Ideale der Demokratie ist doch von seiten des Westens schließlich der Krieg geführt worden. In Berlin jedenfalls wird sich die SPD als selbständiger Faktor erhalten, und der Zusammenhang der Menschen, die aus freier Erkenntnis und eigenem Willen Sozialdemokraten sein wollen, ist nirgends zu zerstören.“

Berlin stimmt dagegen

Am 31. März 1946 fand in Berlin die Urabstimmung statt; sie wurde von den Sowjets in ihrem Besatzungsbereich verboten. 82 Prozent der Teilnehmer erklärten sich in geheimer Abstimmung gegen die Vereinigung mit der KPD. Der Zentralausschuß erkannte das Ergebnis nicht an, aber die Opposition berief die Delegierten der Berliner Kreisverbände zu einem Parteitag in die Zinnowwaldschule nach Zehlendorf ein, wo ein neuer Vorstand gegen den Zentralausschuß gewählt wurde. Vorsitzender der neuen Berliner SPD wurde Franz Neumann. Der Zentralausschuß indessen ließ am 20. April den Zonenparteitag der SPD im Berliner Sowjetsektor die Vereinigung mit der KPD beschließen, die sich formell am 22. April 1946 mit dem berühmten Händedruck der beiden neuen gleichberechtigten Vorsitzenden Pieck und Grotewohl im Admiralspalast als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) konstituierte. Stellvertretende Vorsitzende wurden Ulbricht und Fechner.

Eine Epoche in der Arbeiterbewegung Mitteldeutschlands war abgeschlossen. Nicht einmal ein Jahr nach dem Wiederentstehen der SPD nach zwölfjährigem Verbot war die Partei aufs neue unterdrückt. Mehrere tausend SPD-Funktionäre in der sowjetischen Zone, die sich der Vereinigungskampagne widersetzt hatten, waren von den Besatzungsbehörden eingesperrt worden; viele von ihnen kamen in den von den Sowjets übernommenen NS-Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald um, andere wurden erst nach Jahren wieder freigelassen. Nur im westlichen Teil Berlins existierte noch eine Sozialdemokratische Partei. Noch war Berlin eine Verwaltungseinheit mit einem kommunistischen, von den Russen im Mai 1945 eingesetzten Magistrat zwar, aber doch unter einer leidlich funktionierenden Vier-Mächte-Aufsicht. Da Parteien eine alliierte Zulassung benötigten, kam folgender Kompromiß zustande: Die drei Westmächte lizenzierten für ihr Territorium die neue SED, die Sowjets im Austausch dafür die „neue“ SPD. Damit war für Mitteldeutschland zwar die Konkurrentin SPD ausgeschaltet, die mit großem Pomp aber ins Bild gesetzte „Ausöhnung“ der getrennten Arbeiterklasse, die ja auch nach Westdeutschland ausstrahlen sollte, um ihre Wirkung gebracht. Im Berliner Sowjetsektor existierten forthin zwei Arbeiterparteien, von denen nur die eine, die KPD, ihren Namen gewechselt hatte. Die Verbrüderung war als billiger Trick entlarvt. Mit dem Aufstand der Berliner Sozialdemokraten gegen eine von der östlichen Besatzungsmacht

geforderte Politik war mehr als ein lokales Vorhaben vereitelt worden. Die kommunistische Politik war im westlichen Teil Deutschlands eines Vehikels beraubt worden, mit dem sie angesichts des Hungers und des staatlichen Chaos große Teile der Arbeiterschaft auf ihre Seite hätte ziehen und damit den östlichen Machtbereich hätte ausdehnen können. Sie blieb fortan auf den Teil des Landes beschränkt, in dem ihr die aktive Hilfe der Besatzungsmacht zu Gebote stand.

Die ersten Wahlen

Unterdessen kam es in den westlichen Zonen zu den ersten Wahlen, zunächst auf Gemeinde-, dann auf Kreisebene. In der amerikanischen Zone stimmten bei den Kommunalwahlen am 27. Januar 1946 für die CDU 37,9, für die SPD 25,1, für die KPD 3,5 und für die DVP 3,1 Prozent. Unabhängige Kandidaten erhielten 31 Prozent. Im Mai 1946 wählte der erste Parteitag der Westzonen in Hannover Schumacher zum Vorsitzenden und Ollenhauer zu seinem Stellvertreter. In der britischen Zone erbrachten die ersten Gemeindevahlen im September 1946 für die CDU 34,7, für die SPD 33,4, für die FDP 3,7, die KPD 7,7 Prozent. In der französischen Zone war das Ergebnis nicht viel anders. Die gespannteste Aufmerksamkeit aber richtete sich auf Berlin, das als letzter Teil des Landes wählte. Hier mußte sich zeigen, ob die Zwangsvereinigung von SPD und KPD von Erfolg gekrönt würde. Aber das Ergebnis war für die Sowjets enttäuschend. Am 20. Oktober 1946 erhielten bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung die SPD 48,7, die CDU 22,1, die SED 19,8 und die LDP 9,4 Prozent der Stimmen. Selbst in den acht Bezirken des sowjetischen Sektors, in denen zwar auch frei und geheim gewählt worden war, die Besatzungsmacht aber ihre SED materiell in der Propaganda gewaltig unterstützt hatte, erhielt die SED nur 29, die SPD dagegen 43 Prozent.

Die sich bei den Kommunalwahlen abzeichnenden Ergebnisse von 1946 wurden bei den nun Zug um Zug folgenden Wahlen zu den Landtagen und verfassunggebenden Versammlungen der drei Westzonen nicht mehr nennenswert verändert. Eine Zusammenfassung aller dieser einzelnen Ergebnisse zeigt einen Anteil der SPD von 36 Prozent. Das war, gemessen an den letzten Ergebnissen der Weimarer Zeit, ein bedeutender Anteil, genauer betrachtet aber auch nur die ungefähre Addition der letzten SPD- und KPD-Stimmen. Aber das schmälert das Verdienst des Ab-

wehrkampfes von 1946 nicht, der ja auch in Ansätzen in den Westzonen geführt worden war, denn fortan gab es in diesem Teil Deutschlands keine radikale Linke mehr, die zur damaligen Zeit z. B. von den Besatzungsmächten durchaus noch als demokratische Alternative empfunden wurde und in einigen Landesregierungen Minister hatte.

Die SPD im Wirtschaftsrat

Währenddessen war noch Unsicherheit das Kennzeichen der westlichen Besatzungspolitik. In Potsdam war im August 1945 die Errichtung zentraler Verwaltungsämter für alle vier Zonen beschlossen worden. Über die Verwirklichung dieses Beschlusses aber konnten sich die Vier nicht einigen; das Veto der Franzosen brachte das Projekt zu Fall. In mehreren Konferenzen der vier Außenminister 1946 wurde keine Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik erzielt. Die Sowjets wollten über die wirtschaftliche Einheit an das Industripotential der Westzonen gelangen; die Westmächte waren über die künftige Struktur des besetzten Landes uneinig und lehnten sowjetische Vorschläge zur Herstellung der staatlichen Einheit ab, weil sie ihnen zu wenig föderalistisch waren. Am Beginn des Jahres 1947 einigten sich Briten und Amerikaner über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Zonen. In Frankfurt am Main sollte ein Wirtschaftsrat aus Delegierten der Landtage entstehen, der seinerseits die Chefs von fünf zentralen Wirtschaftsverwaltungen zu wählen hatte — ein erster Schritt zu parlamentarisch-politischer Eigenverantwortung der Deutschen oberhalb der Länderebene.

Die SPD begrüßte den Wirtschaftsrat; von den 52 Abgeordneten stellte sie 20. Die Partei hatte ihren Wiederaufbau ohne ein förmliches Programm begonnen, die Not der Zeit, die relativ schnellen organisatorischen Erfolge drängten diese bei der SPD sonst stets für wichtig gehaltene Frage in den Hintergrund. Schumacher hatte der Konferenz in Wennigsen 1945 lediglich wirtschaftliche Leitsätze vorgelegt, die an die alte sozialistische Programmatik anknüpften. In ihnen wurde, nicht zuletzt wegen der Zerstörungen des Krieges, eine geplante Wirtschaft gefordert und die Verstaatlichung der Schwerindustrie, der Bodenschätze, der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und der Versicherungs- und Bankwirtschaft. Diese Punkte zu verwirklichen war unter der Besatzungsherrschaft und innerhalb der engen Räume der einzelnen Länder nicht möglich gewesen; lediglich in Hessen wurde der Versuch einer großangelegten Verstaatlichung unternommen; ähnliche

Unternehmen in Berlin und Nordrhein-Westfalen scheiterten.

Der Wirtschaftsrat nun schien der Partei Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Programms zu bieten, stand sie doch mit ihren Forderungen nach Planwirtschaft in der damaligen Zeit durchaus nicht allein. Die Ansicht, daß der Wiederaufbau nur durch zentrale Planung gelingen könnte, war allgemein und wurde auch von anderen prominenten Politikern wie Kaiser und Arnold vertreten. In der ersten Sitzung des Wirtschaftsrates erklärte der SPD-Abgeordnete Erwin Schoettle am 25. Juni 1947, daß „die radikale Not unseres Volkes mit radikalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. Das bedingte für die SPD, die im Wirtschaftsrat allerdings ein Mandat weniger als die CDU hatte, den Anspruch auf die Position des Direktors für Wirtschaft, den sie für den wichtigsten hielt. Von den insgesamt fünf quasi-Ministersitzen im Verwaltungsrat des Wirtschaftsrats verlangte die SPD zwei für sich, drei sollte die CDU erhalten. Ihren Anspruch auf das Ressort Wirtschaft vertrat die SPD auch deswegen mit großem Eifer, weil an der Spitze des bis dahin existierenden Amtes für Wirtschaft der britischen Zone in Minden ein Sozialdemokrat, Dr. Viktor Agartz, stand. Diese Position galt es nun zu verteidigen, denn das Amt in Minden fiel ja künftig fort.

Der Beginn der Opposition

CDU und FDP gaben nicht nach, mit ihrer Mehrheit wählten sie den damals parteilosen ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Professor Ludwig Erhard zum Direktor für Wirtschaft. Darauf lehnte die SPD jede weitere Beteiligung ab. Schumacher warf der CDU vor, „die totale Macht für die gesamte Wirtschaft in Westdeutschland an sich zu reißen“. Die CDU habe damit den Sozialismus aufgegeben und sich als „reine Unternehmerpartei“ erwiesen. Die SPD ging in Opposition, die spätere Bonner Koalition zwischen CDU und FDP war geboren.

Man wird hier, nach 14 Jahren Erfahrung, die Frage stellen müssen, ob die Entscheidung vom Juni 1947 im Interesse der SPD selbst gewesen war. An einem von fünf Direktorenposten hatte sie es scheitern lassen, die künftige Innenpolitik maßgeblich mitgestalten zu können. Argumente für Schumachers seinerzeitige Entscheidung gibt es: Massenelend, Hunger, Demontagen, das Millionenheer der Vertriebenen einerseits, planwirtschaftliche Tendenzen in der ganzen westlichen Welt andererseits ließen die Alternative sozialistische

Wirtschaftspolitik als die einzig mögliche erscheinen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch Kreise in der CDU einem „Sozialismus christlicher Verantwortung“ huldigten, schien es der SPD ratsam, dieser Partei den Verrat an ihren eigenen, im übrigen in der öffentlichen Meinung der Zeit allgemein gängigen Ideen vorzuwerfen und sich anzuschicken, diese Partei bei der ersten Wahl zusammen mit ihrer, wie es schien, unweigerlich erfolglosen Politik aus dem Sattel zu heben. Die Macht mit ihr zu teilen, erschien den Sozialdemokraten als die leichtsinnige Aufgabe einer großen Chance. Diese Spekulation war falsch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die SPD des Jahres 1963 nicht wieder so handeln würde, ergäbe sich eine vergleichbare Situation. Dem Staat aber leistete sie durch den Entschluß von 1947, in die Opposition zu gehen, einen Dienst von unschätzbare Bedeutung. Sie schenkte der jungen Demokratie eine zuverlässige und radikalen Absichten unverdächtige Oppositionspartei, für die es in dieser Form noch kein Vorbild in Deutschland gegeben hatte, und trug gerade so mehr zur Festigung der Demokratie bei als sie es andernfalls als Koalitionspartner hätte erreichen können.

Im Parlamentarischen Rat

Die internationale Politik trieb derweil auf eine immer stärkere Trennung zwischen Ost und West auf dem Territorium Deutschlands hin. Die Sowjets begannen nach der Unterdrückung der SPD auch die verbliebenen Parteien CDU und LDP gleichzuschalten; die Außenministerkonferenzen brachten noch immer keine Einigung über das Schicksal des besiegten Landes, und in Südosteuropa eroberten die Kommunisten einen Staat nach dem anderen. Im Frühjahr 1948 entschlossen sich die Westmächte, ihren drei Besatzungszonen eine vorläufige staatliche Organisation zu geben. Die künftige Verfassung sollte ein Parlamentarischer Rat ausarbeiten, wieder aus Delegierten der Landtage zusammengesetzt. Über die Frage, ob diese Empfehlung der Besatzungsmächte angenommen werden sollte, gab es in der deutschen Öffentlichkeit eine Diskussion, die die Grundfrage aufwarf, ob mit der Schaffung einer Regierung für die Westzonen nicht die deutsche Einheit preisgegeben werde. Letzte Zweifel daran beseitigte der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter (SPD), der die Westdeutschen aus der Position seiner vor der Spaltung stehenden Stadt aufforderte, im Westen den Anfang mit der Wiederherstellung der Staatlichkeit zu

machen, um so den Kommunisten eine Kraft entgegenzustellen.

Am 1. September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Von seinen 65 Mitgliedern gehörten je 27 der CDU/CSU und der SPD an, dazu kamen fünf FDP-Vertreter und je zwei von DP, Zentrum und KPD. Von den fünf nicht stimmberechtigten Vertretern Berlins gehörten drei zur SPD und je einer zur CDU und FDP. Zum Präsidenten des Rats wurde der CDU-Abgeordnete Dr. Konrad Adenauer gewählt, von der SPD Professor Dr. Carlo Schmid zum Vorsitzenden des Hauptausschusses, in dem die maßgebliche Arbeit an der neuen Verfassung geleistet werden sollte.

Die Vorstellungen, mit denen die SPD an die Arbeit ging, waren vor allem eine deutliche Unterstreichung des vorläufigen und fragmentarischen Charakters (ihr Abgeordneter Menzel legte einen eigenen Entwurf einer „Westdeutschen Satzung“ vor) und eine Betonung des unitarischen Elementes in der neuen Verfassung. Besondere sozialistische Vorstellungen über die Wirtschaftsverfassung und das soziale Leben versuchte sie, im Gegensatz zu Weimar 1919, nicht hineinzubringen. Von den Alliierten war der Auftrag ergangen, eine Verfassung „föderalistischen Typs“ auszuarbeiten; die Militärgouverneure hatten sich die Genehmigung des zu erarbeitenden Dokuments vorbehalten. Daher spielte während der fast neunmonatigen Beratungszeit das Problem der föderalistischen Struktur die wichtigste Rolle. Innerhalb des Parlamentarischen Rats vertraten SPD und FDP unitarische Auffassungen, CDU und vor allem CSU neigten mehr einem locker gegliederten Bunde zu.

Über die Kompetenzen der künftigen Zentralregierung ergaben sich die heftigsten Meinungsverschiedenheiten. Schon der dem Rat unterbreitete Vorentwurf für einen „Bund Deutscher Länder“ stieß auf Ablehnung bei der SPD. Im Verlauf der Beratungen verlangten die Besatzungsmächte eine starke Reduzierung der Kompetenzen des Bundes in der Gesetzgebung und auf dem Gebiet der Steuern, wobei sie u. a. die Umsatzsteuer zur gemeinsamen Steuer von Bund und Ländern erklärt sehen wollten. Die SPD erklärte hierzu, sie würde dem neuen Grundgesetz nicht zustimmen können, wenn die Alliierten auf ihren Wünschen bestehen würden. Das ganze Verfassungswerk schien darauf gefährdet, als der Vorstand der SPD am 20. April 1949 in Hannover unter Schumachers (zum ersten Male wieder nach dessen Beinamputation) Vorsitz ein hartes Nein sprach, das in seinem

Charakter einem Ultimatum gleichkam. Die Militärgouverneure wichen vor diesem Ultimatum zurück, sie erklärten sich bereit, ihre Wünsche zu modifizieren. Die SPD war damit in die Lage versetzt, zusammen mit den beiden anderen großen Parteien CDU und FDP am 8. Mai 1949 das Grundgesetz anzunehmen.

Bundesregierung ohne SPD

Die SPD hatte im Parlamentarischen Rat für eine starke Stellung des Bundeskanzlers gekämpft, und manche ihrer Abgeordneten hatten gedacht, daß der erste Regierungschef aus ihren Reihen kommen würde. Diese Hoffnung sollte sich als trügerisch erweisen. Aus der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 gingen zwar die beiden großen Parteien CDU und SPD nahezu gleich stark hervor, sie erreichten 31 und 29,2 Prozent, aber an der Bildung der Regierung nahmen die Sozialdemokraten nicht teil. Die Gründe dafür hatten sich gegenüber dem Wirtschaftsrat 1947 wenig geändert, das Bündnis zwischen CDU und FDP erwies sich bereits als dauerhaft. Diese beiden Parteien konnten dazu auf einen in der Wirtschaftspolitik gemeinsam geführten Wahlkampf verweisen, der für sie erfolgreich gewesen war, weil die liberale Wirtschaftspolitik in dem einen Jahr nach der Währungsreform die Lage der Bevölkerung im großen und ganzen gebessert hatte. Jedenfalls waren die Kassandrarufer der SPD, die von der Marktwirtschaft ein Chaos prophezeit hatte, offensichtlich unberechtigt gewesen. Das allein wäre kein Grund gewesen, im Bunde nicht auch nach dem Vorbild einer Reihe von Ländern eine große Koalition zu bilden. Maßgebliche Politiker beider großer Parteien befürworteten sie. Daß es nicht dazu kam, mag nicht zuletzt an der Persönlichkeit der beiden Parteiführer Adenauer und Schumacher gelegen haben.

Noch vor der Wahl des Bundeskanzlers formulierte die SPD auf einer Sitzung in Bad Dürkheim ihr Programm für die nächsten vier Jahre, und es war klar, daß auf der Basis der dort verabschiedeten 16 Punkte die Möglichkeit der Koalition mit der CDU in weite Ferne rückte. „Das Ergebnis der Wahlen vom 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird“, hieß es darin. Im einzelnen wurden eine Planung und Lenkung von Krediten und Rohstoffen gefordert, Mitbestimmung sowie

Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien. Dem Buchstaben nach waren diese Forderungen von programmatischen Äußerungen einiger CDU-Politiker nicht sehr entfernt, aber die praktische Politik des Wirtschaftsrates war mittlerweile in eine andere Richtung gelaufen.

Die Wahl Adenauers zum Bundeskanzler und der Ausschluß von der Regierungsverantwortung stellte die Partei vor eine neue Situation. Für das Wirken einer Opposition in dem engen Rahmen zwischen der noch fortdauernden Besatzungsherrschaft und der totalitären Gefahr auf der äußersten Linken gab es kein Beispiel. Gerade die Lage des gespaltenen Landes erlaubte es nicht, eine Politik zu treiben, die in der nun gegebenen Gesellschaftsordnung nur ein kleineres Übel sah und im übrigen auf das Scheitern der Regierungspolitik hoffte. Der Weg der parlamentarischen Mitarbeit mußte streng vorgezeichnet erscheinen, er ließ auch keine Hoffnung auf Aktionen von außen her zu. Dennoch fand sich die Partei nicht leicht in ihre neue Position. Zur Wahl des Bundespräsidenten nominierte sie ihren Vorsitzenden Schumacher, dem sie selbst nur geringe Chancen gab, weil sie es als problematisch empfand, daß einer der ihren die von der CDU-FDP-DP-Mehrheit beschlossenen Gesetze verkünden sollte. Das vermeintliche, im Jahre 1963 kaum mehr verständliche Übel blieb der SPD erspart: der FDP-Abgeordnete Heuss wurde Bundespräsident.

Ja oder nein im Bundestag?

Die Fülle der von dem ersten Bundestag zu beschließenden Gesetze gab der SPD schnell Gelegenheit, sich in konstruktiver Opposition zu üben. Nahezu alle Bereiche waren gesetzgeberisch neu zu ordnen, einmal der vorangegangenen Diktatur wegen, sodann infolge der Kriegszerstörungen und der unverändert brennenden sozialen Fragen. Über die meisten Gesetze kam es zu einer Verständigung zwischen Regierungsparteien und Opposition. Obwohl die Meinungsverschiedenheiten in der Wirtschaftspolitik andauerten, fanden sie in der eigentlichen Gesetzgebung nur beschränkt Ausdruck. In der Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montanindustrie konnte sogar eine Übereinkunft der beiden großen Parteien gegen die Freien Demokraten erreicht werden, nicht zuletzt allerdings der Gewerkschaften wegen, die mit einem Streik drohten. Es sollte dies der einzige Fall einer außerparlamentarischen Beeinflussung der Mehrheit bleiben. Vielfach stand die SPD bei

der Regelung der Kriegsfolgefragen vor dem Problem, sich über einen Gesetzentwurf schlüssig zu werden, in den sie zwar Elemente ihrer Politik hineingearbeitet hatte, der im letzten aber dem Willen der Mehrheit entsprach. Eine Ablehnung hätte sie jeweils vor die Notwendigkeit gestellt, der Bevölkerung ihr Nein zu tatsächlichen sozialen Verbesserungen damit erklären zu müssen, daß ihre noch weiter gehenden Forderungen abgelehnt worden wären. Die Mehrheit hätte agitatorisch der SPD leicht unterstellen können, sie habe die Kriegsopferversorgung, die Rentenverbesserung und ähnliches überhaupt abgelehnt. Die sozialdemokratische Opposition entschied sich in den meisten Fällen für ein Ja bei der Schlußabstimmung, auch wenn sie an Einzelheiten Kritik anzumelden hatte. Nur zu einer wichtigen Ausnahme kam es bei der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes, das die SPD ablehnte, weil sie der Entschädigung nach rein sozialen Gesichtspunkten gegenüber den von der Mehrheit beschlossenen Leistungen nach Maßgabe des individuellen Vermögensverlustes den Vorzug gegeben hatte.

Saarfrage und Schuman-Plan

Noch bevor die außenpolitischen Gegensätze anlässlich der Wiederaufrüstung Deutschlands aktuell wurden, ergab sich die erste Meinungsverschiedenheit anlässlich des „Petersberger Abkommens“ vom 22. November 1949. Die zwischen dem Bundeskanzler und den drei Hohen Kommissaren getroffene Vereinbarung sah die Beendigung der Demontagen einerseits und die Anerkennung der Internationalen Ruhrbehörde durch die Bundesrepublik andererseits vor. Sie war das erste Stück Außenpolitik der jungen Regierung und schon für alle kommenden Auseinandersetzungen typisch. Adenauer hatte von den Alliierten einen Vorteil (Demontagestop) eingehandelt und dafür die deutscherseits gewiß unbeliebte Ruhrbehörde in Kauf nehmen müssen. Schumacher zeigte dieselbe Haltung wie ein halbes Jahr früher beim Grundgesetz, er lehnte jedes Entgegenkommen gegenüber den Besatzungsmächten ab in der Überzeugung, daß die Zeit ohnehin für die Deutschen arbeite und alle Zugeständnisse an die Alliierten deren Position unnötig verfestigten. Adenauer dagegen dachte weniger starr, er arbeitete auf eine langsame Anerkennung der Bundesregierung als williger Partner der Westmächte hin und war deswegen bereit, zeitweilig mit Konzessionen zu zahlen, auch wenn er formal dazu nicht verpflichtet sein sollte. Ihm kam es auf die Wandlung des Klimas zwischen Siegern und

Besiegtem an, auch wenn er dafür sogar Rechtspositionen opfern mußte. Beide Politiker vertrauten auf die Dynamik des politischen Prozesses, der 50 Millionen Menschen an der Grenze zur kommunistischen Welt nicht für immer unter fremder Militärverwaltung lassen konnte. Aber wie beide ihr Vertrauen in Handlungen umsetzten, bestimmte sich durch ihre verschiedenen Charaktere und durch ihr persönliches Schicksal, das sie bis dahin hatten erleben müssen. Und ihrer beiden Wesen sollte die deutsche Politik auf Jahre hinaus prägen.

Fast ähnlich war die Situation im Frühjahr 1950, als die Bundesrepublik eingeladen wurde, Mitglied des Europarats zu werden. Diese Einladung war für das besiegte Deutschland natürlich ein Fortschritt auf dem Weg zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung, er wurde aber von den Besatzungsmächten mit der Anerkennung der Abtrennung der Saar verbunden. Frankreich hatte gegen alle deutschen Proteste von 1947 an das Saarland von seiner Zone abgetrennt und dort ein autoritäres Regime aus kollaborationswilligen einheimischen Politikern etabliert, die die Separation bejahten. Alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik hatten diese Vorgänge scharf verurteilt. Jetzt entstand für sie die Frage, mit der Aufnahme in den Europarat die dortige Anwesenheit eines selbständigen Saar-Staates hinnehmen zu müssen. Schumacher lehnte sie ab: „Wer als Voraussetzung der deutschen Beteiligung an der europäischen Gemeinschaft die Spaltung Deutschlands ansieht, der will nicht Europa, sondern eine privilegierte Stellung seines Landes auf Kosten Europas.“

Wieder standen sich mit dem Bundeskanzler, der den Eintritt befürwortete, und dem Oppositionsführer zwei Standpunkte gegenüber, von denen jeder auf seine Weise überzeugt war, daß die Zeit für ihn arbeite. In der SPD allerdings gab es diesmal auch Stimmen gegen Schumachers Politik, sie kamen vor allem von den hansestädtischen Bürgermeistern Brauer und Kaisen und von Paul Löbe, die die Förderung des europäischen Zusammenschlusses als Gewinn an sich betrachteten, der einer alten sozialistischen Forderung entsprach. Doch die Mehrheit folgte Schumacher.

Zur gleichen Zeit kam von Frankreich der Vorschlag zu einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannte Schuman-Plan. Schumacher witterte hinter diesem Projekt, daß sich auf Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg beschränken sollte, den Versuch katho-

lisch-konservativer Kräfte, das entstehende Europa in ihrem Sinne zu gestalten. Er kritisierte die Nichtbeteiligung der sozialistisch regierten Länder Skandinaviens und England, die allerdings dem Plan nicht beitreten wollten. Er nannte die geplante Montan-Union ein Europa, „das aus seiner kapitalistischen Struktur und seinem Mangel an Demokratismus und sozialer Potenz ein leichtes Opfer des östlichen Ansturmes wäre.“ Zweitens aber befürchtete der SPD-Vorsitzende hier zum erstenmal die unwiderrufliche Eingliederung Westdeutschlands in ein Bündnissystem, die nachteilige Folgen für die Politik der Wiedervereinigung haben könnte.

Schumachers bedingtes Ja zur Wiederaufrüstung

Der Sommer 1950 brachte sodann die folgenschwerste Entscheidung für die noch nicht ein Jahr existierende Bundesrepublik, die ihr für die ganze kommende Zeit das Gepräge geben sollte. Am 25. Juni griffen kommunistische Truppen das von der amerikanischen Besatzung geräumte Südkorea an. Damit war der seit Aufhebung der Berliner Blockade im Mai 1949 wieder auf erträgliche Ausmaße gebrachte Kalte Krieg zwischen Ost und West an einer Stelle der Welt zum heißen Krieg geworden. Für den Westen entstand die Frage, ob nicht das westdeutsche Potential in das System der gemeinsamen Verteidigung einbezogen werden sollte. Jeden Tag konnten die Sowjets auch in Mitteleuropa angreifen, möglicherweise durch Voranschicken sowjetzonaler Verbände, die bereits in getarnter Form aufgestellt wurden.

Noch als die Gespräche hierüber in den westlichen Kabinetten das Vorstadium nicht erreicht hatten, führte ein Sicherheitsmemorandum des Bundeskanzlers, das die deutsche Beteiligung an der westlichen Verteidigung vorschlug, zum Rücktritt des Innenministers Dr. Heinemann und zu lebhaften innerpolitischen Kontroversen, da die Bevölkerung psychologisch noch gar nicht auf eine solche Wendung vorbereitet war.

Gerade die noch weiterlaufende westliche Politik, Fortsetzung der Besatzungsherrschaft und Demilitarisierung, zwang im Westen zu Konstruktionen, das deutsche Potential wohl zur Verteidigung gegen einen östlichen Angriff einzusetzen, es aber gleichzeitig an jeder unabhängigen Funktion zu hindern. In den konventionellen Waffen war der Ostblock dem Westen überlegen, und so lief die Strategie anfänglich auf eine hinhaltende Verteidigung hinaus. In dieser Lage formu-

lierte Schumacher am 17. September 1950 in Stuttgart: „Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffes übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe etablieren.“ Das war ein bedingtes Ja zur Aufrüstung Westdeutschlands.

Diese Linie bestimmte bis etwa Anfang 1952 die sozialdemokratische Haltung zur Wiederaufrüstung. Hinzu kam noch das Argument, daß die soziale Sicherheit mit der militärischen Hand in Hand gehen müßte, weil nur auf diese Weise der Kommunismus eingedämmt werden könnte. Die Aufrüstungspläne gewannen im Verlauf des Jahres 1951 konkrete Formen: es sollte eine europäische integrierte Armee geschaffen werden, einer supranationalen Autorität unterstellt, womit die Westmächte die Frage der deutschen Verfügungsgewalt gelöst sehen wollten. Dazu sollte das Besatzungsregime mit einem Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten abgelöst werden; der Vertrag sollte zugleich jene Punkte bezeichnen, in denen die drei ihre Rechte aus der Besetzung behielten.

Die sozialdemokratische Reaktion stellte wieder, wie beim Schuman-Plan und der Saarfrage, die nationale Gleichberechtigung in den Vordergrund der Wertung. Vorstand und Parteiausschuß stellten ihrer Kritik an der Europa-Armee am 9. September 1951 den Satz voran: „Wie der Schuman-Plan die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Volkes unter Vorspiegelung europäischer Ziele der Verfügungsgewalt fremder Nationen für 50 Jahre unterstellt, bringt der Plevan-Plan deutsche Menschen einseitig unter fremde Kommandogewalt.“ Die deutsche Einheit erwähnte die Entschließung mit keinem Wort. Im weiteren Verlauf stellte die SPD Anfang 1952 die Forderung auf, vor einem Vertragsschluß über einen deutschen Wehrbeitrag müßte das Grundgesetz ergänzt werden, was in praxi der SPD-Fraktion im Bundestag die Position einer Sperrminorität brachte, da sie über mehr als ein Drittel der Abgeordneten verfügte. Eine Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht wurde eingeleitet.

Mit Beginn des Jahres 1952 kam zu diesen Argumenten der SPD die Sorge um die deutsche Wiedervereinigung hinzu. Am 10. März 1952 bot Stalin — in einer bis heute in ihrer Bedeutung sehr umstrittenen Note — eine Wiedervereinigung durch freie Wahlen an, verlangte aber zugleich den Abzug aller Besatzungsmächte binnen eines Jahres, die An-

erkennung der Oder-Neiße-Linie und für das wiedervereinigte Deutschland das Verbot der Teilnahme an Militärbündnissen gegen die am Krieg beteiligt gewesenen Staaten. Die sowjetische Note wurde von der Bundesregierung und den Westmächten als ein Versuch gewertet, die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu torpedieren. Der Sowjetunion wurde die Gegenforderung überreicht, auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone durch eine UN-Kommission prüfen zu lassen, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben seien und es wurde verlangt, dem wiedervereinigten Deutschland das Recht zu gewähren, Bündnisse nach eigenem Ermessen abzuschließen. Schließlich sollten gesamtdeutsche Wahlen den Diskussionen über einen Friedensvertrag vorangehen.

Die SPD lehnt die Wiederaufrüstung ab

Die beiden letzten Punkte der westlichen Politik wurden fortan der Kardinalpunkt in dem innerdeutschen Streit über die Wiederaufrüstung. Die SPD forderte Verhandlungen mit den Sowjets, bevor die Verträge über den Wehrbeitrag abgeschlossen würden. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ollenhauer sagte am 3. April 1953 im Bundestag: „Unter den heute gegebenen Machtverhältnissen gibt es nur einen Weg, die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege herzustellen, und das ist die Verständigung der vier Besatzungsmächte unter sich und mit Deutschland über den zukünftigen inneren und äußeren Status eines geeinigten Deutschlands.“ Am 17. Mai 1952 beschloss Vorstand und Bundestagsfraktion der SPD: „Alle Möglichkeiten, um Deutschlands Einheit in Freiheit zu verwirklichen, sind auszuschöpfen.“ Demgegenüber vertrat die Bundesregierung die Ansicht, das sowjetische Angebot sei ein Täuschungsmanöver. Sie erwartete die Wiedervereinigung auf dem Wege über die Eingliederung der Bundesrepublik in eine Westeuropäische Gemeinschaft, deren wirtschaftliches, politisches und militärisches Potential die Sowjetunion zu einer echten Verhandlungsbereitschaft hätte führen sollen.

Am 26. und 27. Mai 1952 wurden der Generalvertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet. Die nun beginnende Ratifizierungsprozedur im Bundestag stellte der SPD die Aufgabe, neben dem Wunsch nach Verhandlungen entwickeln zu müssen, wie sie sich die auch von ihr für notwendig erachtete militärische Sicherheit Deutschlands vorstellte. Auf ihrem Parteitag

in Dortmund im September 1952 beschloß sie innerhalb ihres neuen Aktionsprogramms die Forderung nach einem System kollektiver Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen. Das Verlangen nach nationaler Gleichberechtigung bei der Aufrüstung trat in den Hintergrund. Kurt Schumacher war am 20. August 1952 gestorben. Es ist offensichtlich, daß sein Ausscheiden gewisse Akzentverschiebungen in der Politik der SPD mit sich brachte, wengleich auch die von ihm gesteckte außenpolitische Linie die Partei fast ein Jahrzehnt lang weiterführte.

Die verlorene Wahl von 1953

Das Wahlergebnis vom 6. September 1953 enttäuschte die SPD, wenn sich auch ihr Stimmanteil von 29,2 auf 28,8 Prozent nur geringfügig verschlechterte. Die Partei des Bundeskanzlers Adenauer, die CDU, erhielt demgegenüber 45,1 Prozent und im Bundestag die absolute Mehrheit. Damit war das sozialdemokratische Argument aus der Wiederaufrüstungsdebatte, der Bundestag von 1949 sei nicht zur Entscheidung so schwerer Fragen berechtigt gewesen, ad absurdum geführt. Die Bevölkerung hatte eindeutig die Parteien gewählt, die Adenauers Außenpolitik billigten. Innerhalb der SPD machte sich Kritik an der Parteiführung bemerkbar, der seit Schumachers Tod Ollenhauer und Mellies vorstanden. Die Hoffnungen einzelner richteten sich auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter, der nach der Wahniederlage gesagt hatte: „Unsere Wähler haben verstanden, was wir nicht wollen, aber wir haben selten verstanden, klar zu sagen, was wir nun eigentlich selber positiv wollen.“ Aber Reuter ist drei Wochen nach der Wahl gestorben. Innerhalb und außerhalb der Partei wurden Stimmen laut, die eine Reform der SPD forderten, damit sie aus dem Turm der 30 Prozent herauskäme. Aber von allen Ansätzen blieb nur die Gründung einer Parteischule und einer theoretischen Zeitschrift.

Im neuen Bundestag hatte die Regierung Adenauer, an der jetzt auch der BHE beteiligt war, eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Sie ging als erstes an die verfassungsmäßige Absicherung der Wiederaufrüstung, über der ja immer noch die Klage der SPD in Karlsruhe schwebte. Im Februar 1954 beschloß der Bundestag gegen die SPD eine Ergänzung des Grundgesetzes, wonach dem Bund das Recht zur Einführung der Wehrpflicht gegeben wurde. Trotzdem blieb die Ausführung des EVG-Vertrages weiterhin in der Schwebe, weil die Ratifizierung durch das französische Parlament noch ausstand. Der Parteitag der

SPD in Berlin im Juli 1954 brachte in die Politik eine neue Variante. Er änderte das Dortmunder Aktionsprogramm in seinem außenpolitischen Teil und stellte nunmehr dem Nein zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen Katalog von Bedingungen voran, unter denen die SPD zur Beteiligung an einer Wiederaufrüstung bereit wäre:

„Für den Fall, daß wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die SPD bereit, unter folgenden Bedingungen an . . . militärischen Maßnahmen teilzunehmen:

1. daß die Bemühungen um die Wiedervereinigung unablässig fortgesetzt werden;
2. daß ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der UN angestrebt wird;
3. daß Verträge, durch die sich die Bundesrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, durch die Bundesrepublik kündbar sind, wenn sie zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung werden sollten; sie dürfen die künftige Regierung des wiedervereinigten Deutschlands nicht binden.“

Ein vierter und ein fünfter Punkt forderten Gleichberechtigung und parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte.

Diese neue Forderung war ein Fortschritt hinsichtlich einer verständlicheren Politik, denn sie stellte das Positive voran. Immerhin verpflichtete der Parteitag den Vorstand insoweit, als er in einer Entschließung hinzufügte: ob im Einzelfalle die fünf Bedingungen erfüllt seien, dürfte nur ein Parteitag feststellen. Bei den Vorstandswahlen gab es einen Ruck nach links, Brandt und Erler erreichten nicht die nötige Zahl von Stimmen für einen Sitz.

Die Bundesrepublik wird NATO-Mitglied

Kurz danach löste sich das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf, als die französische Nationalversammlung den Vertrag ablehnte. Zwischen den Westmächten und der Bundesregierung wurde ein neues Vertragssystem entwickelt, das nunmehr eine nationale Aufrüstung der Bundesrepublik vorsah und damit Frankreich seine eigenen Streitkräfte erhielt, was dem entscheidenden Einwand der Pariser Parlamentarier Rechnung trug. Die Bundesrepublik sollte unmittelbar in die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) aufgenommen werden; dem Sicherheitsbedürfnis ihrer westlichen Nachbarn entsprechend wurde mit der Westeuropäischen

Union ein Instrument der Rüstungskontrolle geschaffen. Der Generalvertrag wurde in einigen Punkten zugunsten Bonns revidiert. Wieder stand die SPD vor der Frage, ja oder nein zu sagen; die neuen, in Paris abgeschlossenen Verträge brachten mit der Aufnahme in die NATO die Verwirklichung der alten sozialdemokratischen Forderung auf Gleichberechtigung mit sich.

Die SPD entschied sich für das Nein. Im Dezember 1954 wurde in der Sowjetzone offiziell die Aufstellung einer Armee verfügt, zugleich aber erklärte Moskau, daß eine Bewaffnung der Bundesrepublik die Wiedervereinigung unmöglich mache. Die SPD forderte erneut Verhandlungen der vier Mächte; solange sollten die Pariser Verträge nicht in Kraft gesetzt werden. Ein kollektives Sicherheitssystem sollte an der Stelle des östlichen und des westlichen Bündnisses auf deutschem Boden treten. Mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche versuchte sie, eine außerparlamentarische Bewegung gegen die Verträge zu entwickeln, die sich neben der SPD auf die Gewerkschaften und kirchliche Kreise stützte. Mit Unterschriftensammlungen für ein „Deutsches Manifest“ wurde vereinzelt versucht zu beweisen, daß die Bundestagsmehrheit nicht mit der Volksmeinung übereinstimmte. Randerscheinungen bei dieser Aktion mußten die Partei erkennen lassen, daß eine demokratische Opposition ihre Begrenzung in der parlamentarischen Arbeit findet. Eine Bestätigung ihrer Politik erblickte die SPD dagegen im Oktober 1955 in der Volksabstimmung an der Saar, die entsprechend der Aufforderung der SPD und anderer Parteien, 67,7 Prozent Stimmen gegen das im Rahmen der Pariser Verträge ausgearbeitete Saar-Statut erbrachte und so zur Wiedereingliederung des Saarlandes führte.

Der Ratifizierung der Pariser Verträge folgte die Ausführung durch innerdeutsche Gesetze. Erneut hatte die Sozialdemokratie darüber zu befinden, ob sie, nach nunmehr vollzogener Entscheidung über den Wehrbeitrag, auch Soldatengesetz, Wehrpflichtgesetz, Bundesleistungsgesetz usw. ablehnen oder sogar, wie einige in ihren Reihen forderten, jede Beteiligung an Ausschußberatungen verweigern sollte. Letzteres hätte den Schritt von der Opposition zur Obstruktion bedeutet. Die Partei fand einen mittleren Weg: sie lehnte die der Aufstellung von Streitkräften dienenden Gesetze (z. B. Wehrpflichtgesetz) als „Vertragsfolgegesetze“ ab, wirkte an ihnen aber im Sinne ihrer Vorstellungen mit und versuchte sie zu beeinflussen. Solche Gesetze jedoch, die die Grundrechte der

Soldaten und ihre soziale Stellung betrafen (z. B. Wehrbeschwerdeordnung, Soldatenversorgungsgesetz), nahm sie mit an.

Im Zuge dieser Politik kam mit den Stimmen der SPD im Frühjahr 1956 die zweite Wehrgesetzgebung des Grundgesetzes zustande, die die Streitkräfte in die parlamentarisch-rechtsstaatliche Ordnung einbaute, dabei vor allem für die Sicherung der Grundrechte von Soldaten wie auch Kriegsdienstverweigerern Sorge trug.

Das Düsseldorfer Bündnis mit der FDP

Zunehmende Spannungen zwischen den Regierungsparteien CDU und FDP (der BHE war schon früher aus der Koalition ausgeschieden) führten im März 1956 in Düsseldorf zu einem konstruktiven Mißtrauensvotum von SPD und FDP gegen den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold (CDU). Arnold wurde gestürzt, an seine Stelle trat Steinhoff (SPD) mit einer SPD-FDP-Zentrum-Koalition — die CDU wurde im Landtag Opposition. Ein Jahr vor der Bundestagswahl schien sich damit eine völlig neue Situation auch im Bund anzukündigen, wo jetzt die CDU allein mit der DP regierte. Gewiß hatte die SPD schon bis dahin eine Reihe von Landesregierungen geführt, aber im größten Land der Bundesrepublik war sie seit 1950 nicht mehr an der Verantwortung beteiligt gewesen. Die Ereignisse von Düsseldorf brachten einen neuen Zug in die westdeutsche Innenpolitik, die CDU sah sich erstmalig in die Defensive gedrängt. Nicht zuletzt deswegen trat die SPD den Bundestagswahlkampf 1957 mit einem nahezu unveränderten Programm an. Beide Teile Deutschlands sollten aus den Militärblocken ausscheiden, das wiedervereinigte Deutschland einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem angehören. Bis dahin, so wurde gefordert, sollten die Verpflichtungen der Bundesrepublik innerhalb der NATO durch ein Freiwilligenheer erfüllt werden. Das Wirtschaftsprogramm kritisierte die Ansammlung großer Vermögen bei einer kleinen Schicht, wogegen die Arbeitnehmer „stark benachteiligt“ worden wären.

Das Wahlergebnis sah die CDU, die mit der Forderung „Keine Experimente“ operiert hatte, wiederum als Sieger, diesmal sogar mit der absoluten Mehrheit von 50,2 Prozent der Stimmen. Die SPD erhielt 31,8 Prozent. Diese zweite offenkundige Wahlniederlage leitete eine ernsthafte Reform der Partei ein. Auf dem folgenden Parteitag in Stuttgart im Mai 1958 wurde das Statut revidiert, an die Stelle des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes aus relativ unbekanntenen Persönlichkeiten trat ein Präsidium aus den führenden Abge-

ordneten der Fraktion wie Carlo Schmid, Erler, Deist, Schoettle. Neben dem Vorsitzenden Ollenhauer wurden Waldemar von Knöringen und Herbert Wehner zu gleichberechtigten Stellvertretern gewählt.

Der Beginn des Jahres 1958 sah die Sozialdemokratie einem neuen außenpolitischen Problem gegenüber, dem der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Wieder entfachte die SPD eine breitangelegte Kampagne „Gegen den Atomtod“, wieder beteiligte sie außerparlamentarische Kräfte wie Gewerkschaften und einzelne kirchliche Würdenträger (nicht zuletzt gefördert durch den kurz vorher vollzogenen Zusammenschluß mit der gescheiterten Gesamtdeutschen Volkspartei von Heinemann und Frau Wessel, die beide 1957 SPD-Abgeordnete geworden waren). Obwohl der CDU-Sieg noch kein halbes Jahr zurücklag, argumentierte die SPD, eine Atombewaffnung werde von den Wählern abgelehnt, und sie forderte, in einer „Volksbefragung“ dieses Begehren der Regierung zur Abstimmung zu stellen. Die Bundestagsmehrheit lehnte mit der Begründung ab, das Grundgesetz kenne, von eng begrenzten Ausnahmen abgesehen, kein Plebiszit, die Forderung der SPD sei verfassungswidrig. Demgegenüber meinte die SPD, ihre Volksbefragung sollte keine rechtliche Verbindlichkeit haben, sondern nur die Volksmeinung eruieren. Als der Gesetzentwurf im Bundestag scheiterte, unternahmen die sozialdemokratischen Länder Hessen und Hamburg eigene Initiativen, die sie aber nach einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts einstellen mußten. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Juli 1958 machte der Bewegung ein Ende, da die CDU dort die absolute Mehrheit eroberte nach einem Wahlkampf, der überwiegend im Zeichen der atomaren Aufrüstung geführt worden war.

Noch einmal wurde die SPD in ihrer bis dahin vertretenen Haltung bestärkt, als im November 1958 die Sowjetunion in einem auf sechs Monate befristeten Ultimatum den Abzug der Westmächte aus Berlin und die Umwandlung der Westsektoren in eine „Entmilitarisierte Freie Stadt“ verlangte. Zusammen mit den anderen Parteien wies sie das Ansinnen zurück und konnte unmittelbar darauf in West-Berlin unter Führung des dortigen Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt einen bedeutenden Wahlerfolg wegen ihrer festen Haltung erzielen: ihr Anteil stieg von 44,6 auf 52,6 Prozent. Dennoch kam es im Jahre 1959 wiederum zu einem erbitterten Gegensatz zwischen den beiden großen Parteien. Um den ihrer Auffassung nach drohenden Verlust des freien Berlin abzu-

wehren, legte die SPD im April 1959 einen „Deutschlandplan“ vor, in dem die Gegenseite bedenkliche Konzessionen an die sowjetische Politik erblickte. Der Plan sah eine Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen über mehrere Zwischenstufen vor. Zunächst sollten die vier Besatzungsmächte deutsche Regierungsvertreter aus Ost und West in eine gemeinsame Kommission berufen, in einer paritätisch zusammengesetzten „Gesamtdeutschen Konferenz“ sollten dann Versuche der Angleichung beider Staatsteile vorgenommen werden und in einer weiteren Phase schließlich ein paritätischer „Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat“ frei gewählt werden, der mit Zweidrittelmehrheit allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung auszuschreiben berechtigt wäre. Außenpolitisch sollte die Prozedur von einem militärischen Disengagement begleitet werden.

Große Teile der öffentlichen Meinung sahen in diesem Projekt ein Verlassen der bisherigen gemeinsamen Politik aller Parteien hinsichtlich der Nichtanerkennung der Sowjetzonenregierung durch die SPD. Ihr wurde vorgeworfen, vor der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie zu kapitulieren. Diese Angriffe übersahen zweifellos das ehrliche, geradezu verzweifelte Bemühen der SPD, in letzter Stunde doch noch eine Wiedervereinigung zu erreichen, hinsichtlich ihrer Kritik an den illusionären Elementen in diesem Plan jedoch trafen sie zu. Als weder Ost noch West ernsthafte Anstrengungen unternahmen, die Vorschläge zu debattieren, geriet der Plan schnell in Vergessenheit.

Das Godesberger Programm

Im November 1959 gab sich die Partei in Bad Godesberg ein neues Programm. Sie bekannte sich darin zur Landesverteidigung, in der Wirtschaft zum freien Wettbewerb und zur freien Unternehmerinitiative, die sie „wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“ nannte. Während noch 1952 die Überführung einer Reihe von Grundindustrien in Gemeineigentum gefordert worden war, forderte die SPD in Bad Godesberg eine „wirksame öffentliche Kontrolle“ der Großwirtschaft und konstatierte, daß „das Privateigentum an den Produktionsmitteln weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren“ habe. Im kulturellen Teil bekannte sie sich zu einer „freien Partnerschaft“ mit den Kirchen. Mit diesen Punkten hatte die SPD im wesentlichen die Konsequenzen aus ihrer wahlpolitischen Stagnation seit 1949 gezogen. Das neue Programm, das von Willi Eichler konzipiert worden war, stieß in der Partei

nicht nur auf Zustimmung; einzelne studentische und intellektuelle Kreise lehnten es ab.

Ein halbes Jahr darauf, am 30. Juni 1960, verkündete Wehner im Bundestag einen neuen außenpolitischen Kurs. Er bezeichnete das atlantische Bündnis als „Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik“ und forderte die CDU zu einer gemeinsamen Außenpolitik auf. Den Deutschlandplan bezeichnete er noch einmal ausdrücklich als „einen Vorschlag, der der Vergangenheit angehört“. Der Parteitag in Hannover im November 1960 zog die Konsequenzen aus dem personellen Debakel der SPD bei den bisherigen Bundestagswahlen und nominierte einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers, den Regierenden Bürgermeister Brandt. Der von ihm im Sommer 1961 geführte Wahlkampf bekam in der letzten Phase einen dramatischen Akzent, als am 13. August 1961 die Kommunisten den Ostsektor Berlins hermetisch durch Stacheldraht und Mauer vom freien Berlin abtrennten, um dem ständigen Flüchtlingsstrom Einhalt zu gebieten. Sie unterbrachen damit auch die Verbindungen zwischen der in den acht Bezirken des Sowjetsektors noch immer existierenden SPD und ihrem Landesvorstand in West-Berlin. Als der Druck für die Ostberliner Sozialdemokraten unerträglich wurde, sah sich die Partei gezwungen, ihre 5 300 Mitglieder dort aus ihren Verpflichtungen zu entlassen; sie löste die Ostberliner Organisation auf, die als einzige demokratische Institution dort noch zwölf Jahre nach der Spaltung übriggeblieben war. Im Westen ergab die Bundestagswahl am 17. September 1961 für die SPD einen Stimmenanteil von 36,2 Prozent; der Gewinn von rund 4 v. H. wurde weithin als Fortschritt gefeiert. Daß er zeitlich und vielleicht auch ursächlich mit dem Bau der Mauer zusammenfiel, rückte ihn in ein tragisches Licht.

Eine Chronik der hundertjährigen Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland muß an dieser Stelle schließen, weil alle folgenden Ereignisse noch zu sehr zum Geschehen des Tages gehören, als daß sie sich in einen größeren Zusammenhang stellen ließen. Einzelne Wahlergebnisse, eventuelle Regierungsbildungen mögen Entwicklungen andeuten, können aber auch bloße Eintagserscheinungen sein. Versucht man, das Geschehen seit 1945 auf die wesent-

lichen Linien zurückzuführen, dann bieten sich vier Ansätze an:

Von einer noch in der Agonie liegenden deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt verhinderte Kurt Schumacher in seiner Partei alle Verbrüderungsansätze mit den Kommunisten und gab so den Mitgliedern in der Hauptstadt die entscheidende Stütze im Kampf um ihre Selbständigkeit. Die 84 Prozent Nein-Stimmen gegen die Verschmelzung mit der KPD stellten das kommunistische Werben als Vergewaltigung bloß. Damit war im Westen Deutschlands, ehe noch der Vorhang auf der politischen Bühne hochging, der Part der Kommunisten ausgespielt. Die am Ende der Ersten Republik drittstärkste Partei, die KPD, war selbst für Millionen Verelendete keine Alternative mehr.

Zum erstenmal entstand im staatlichen Leben Deutschlands eine verfassungstreue Opposition, die zudem der Regierung an Kraft ebenbürtig war. Vorbilder parlamentarischer Opposition gab es nur im Ausland, im Lande selbst galt Neinsagen als Obstruktion oder günstigstenfalls Besserwisseri. Doch trotz des nur sehr sparsamen Lobes der öffentlichen Meinung, wodurch die Partei mehr als einmal an den Rand der Resignation geriet, hat diese Haltung dem Staat als Ganzem genutzt. Die SPD freilich mußte auch erfahren, daß außerparlamentarische Aktionen schnell an die Grenzen des Rechtsstaates stoßen, und ihr wurde als erster Partei in Deutschland demonstriert, daß Regieren im Leistungsstaat nicht abzunützen braucht, sondern volkstümlich machen kann.

Entgegen der allgemeinen Erwartung nahm die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands einen günstigen Verlauf. Der Wohlstand kam auch breitesten Volksschichten zugute, zunächst in erster Linie den arbeitenden Menschen. Die Opposition sah ihre besondere sozialpolitische Aufgabe darin, für einen gerechten Anteil aller jener einzutreten, die nicht im Erwerbsleben stehen.

Die außenpolitischen Vorstellungen der SPD blieben Theorie, sie wurden nie mit der Realität konfrontiert. Welche Seite mit ihrer Politik recht hatte, ist eine Frage, die sich der Beurteilung durch den Zeitgenossen entzieht; die Entwicklung ist noch im Fluß. Der unterlegenen SPD aber wird man die Anerkennung nicht versagen können, das öffentliche Bewußtsein für die deutsche Teilung geschärft und ihre parteipolitischen Gegner gezwungen zu haben, ihr Konzept immer wieder am gesamtdeutschen Maßstab zu messen, um bestehen zu können.